
Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung



Entwicklung als internationale soziale Frage

Dokumentation der internationalen ökumenischen
Konsultation zum Dialogprogramm
der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung

Materialien zum
GKKE - Dialogprogramm

Heft **D 1**

Materialien
der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)
zum Dialogprogramm

Heft D 1

Entwicklung als internationale soziale Frage. Dokumentation der internationalen ökumenischen Konsultation zum Dialogprogramm der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung.

Herausgegeben von den Geschäftsstellen der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Bonn, Juni 1994. 2. Auflage 1996.

Reihe Materialien, Heft D 1

ISBN 3-928214-48-9 (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

Redaktion: Gudrun Mol Kentin, Harry Neyer

Bezug: Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
Geschäftsstelle Dialogprogramm
Adenauerallee 37, 531 13 Bonn, Tel. (0228) 26798-67 und 68, Fax: -65

Inhalt

Vorwort zur Dokumentation Dr. Manfred Kulesa / Harry Neyer	5
Einführung Prälat Paul Bocklet Bischof Dr. Heinz Joachim Held	7
Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung Dr. Walther Bindemann	11
Die Intention des Dialogprogramms, Ziele der Konsultation Weihbischof Leo Schwarz	17
Die Rolle der Kirchen in der entwicklungspolitischen Diskussion Parl. Staatssekretär Hans-Peter Repnik MdB	29
Chancen und Grenzen des entwicklungspolitischen Dialogs Hans-Günther Toetemeyer MdB	37
Diskussion der Referate Berichte über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen	41
Arbeitsgruppe A Armutorientierung der Entwicklungs- zusammenarbeit - Beispiel Brasilien Winfried Steen	51
Arbeitsgruppe A Armutorientierung der Entwicklungs- Zusammenarbeit - Beispiel Tansania F. Method Kilaini	54
Arbeitsgruppe B Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen Dr. Karin Stahl	56
Arbeitsgruppe C Frieden als Voraussetzung für Entwicklung Klaus Wilkens	63
Aussprache über die Berichte aus den Arbeitsgruppen	69

Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen Dr. Günter Linnenbrink	90
Voten aus dem Süden Bischof Rodolfo Quezada Toruño, Guatemala Bischof Amon Mwakisunga, Tansania Pastor Ervino Schmidt, Brasilien Christa Held, Lutherischer Weltbund Rev. Benjamin Witbooi, Südafrika Botschafter Edy Korthals Altes, EECOD	98
Schlußwort Prälat Paul Bocklet	104
Verzeichnis der Teilnehmer/innen	106

Vorwort zur Dokumentation

Ein neues, ein zweites Dialogprogramm zur Entwicklungspolitik führt die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) in den Jahren 1992 bis 1996 durch. Es wurde nicht am grünen Tisch erfunden, sondern ist in zahlreichen Gesprächen und Konsultationen entstanden. So gab es im Februar 1992 in Berlin eine Konsultation "Solidarität mit den Armen", zu der vor allem auch Politiker und Kirchenleute aus den neuen Bundesländern eingeladen waren. Als Startschuß für das neue Programm wurde im Dezember 1992 in Bonn die "Internationale ökumenische Konsultation zum Dialogprogramm" durchgeführt, deren Beiträge und Erörterungen in dieser Publikation dokumentiert werden.

Was ist das, ein Dialogprogramm? Schon in den 70er Jahren hat die GKKE ein dreijähriges Dialogprogramm durchgeführt. In mehreren Gesprächsreihen mit führenden Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurde ein Grundkonsens für die Ausrichtung der Entwicklungspolitik erreicht, die vorrangig der Bekämpfung der Massenarmut dienen und die Beteiligung der Menschen in den Ländern des Südens am Entwicklungsprozeß und am sozialen Fortschritt ermöglichen soll. Mit dem Entwicklungspolitischen Kongreß "Entwicklung - Gerechtigkeit - Frieden" in Bad Godesberg wurde 1979 ein markanter Höhepunkt gesetzt. Anschließend wurden Fachdialoge mit dem Deutschen Bauernverband, mit der Pharma-Industrie, mit den politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds weitergeführt. Gemeinsame Positionsbestimmungen, parlamentarische Initiativen und Beschlüsse, Aktionsprogramme der Parteien, kirchliche und gesellschaftliche Aktivitäten wurden dadurch angeregt und sind als Ergebnisse des Dialogs zu nennen. Generell ging es immer darum, der Entwicklungspolitik, oder richtiger: der Nord-Süd-Politik einen höheren Stellenwert und einen stärkeren mitbestimmenden Charakter im Feld der Gesamtpolitik zu geben.

Das neue Dialogprogramm "Entwicklung als internationale soziale Frage" führt diese Bemühungen verstärkt weiter. Es will Ausdruck der Verantwortung der Kirchen für "Gerechtigkeit im Weltmaßstab" sein. Dabei wissen sich die Kirchen an die Seite der Armen gerufen, denn die Solidarität mit den Armen ist eine unabdingbare Konsequenz aus dem christlichen Glauben. Daher soll in den kommenden Dialogen unseres Programms vor allem dahingehend gewirkt werden, daß sich die Entwicklungszusammenarbeit und die weiter gefaßte Entwicklungspolitik auf die Armen ausrichtet, auf die Besserung ihrer Lebensverhältnisse und auf ihre aktive Beteiligung an den politischen und gesellschaftlichen Prozessen. Hier wird bereits deutlich, daß es nicht um die konkrete Projektpolitik geht - das ist eher Aufgabe der kirchlichen Hilfswerke -, sondern um die Aufdeckung, Erörterung und mögliche Minderung oder Beseitigung der strukturellen Hemmnisse, die eine umfassende Entwicklung verhindern. Dies wird an den beiden beispielhaft gewählten Ländern Brasilien und Tansania zu verdeutlichen sein.

Als primäre Zielsetzung wollen wir mit dem Dialogprogramm erreichen, daß die Nord-Süd-Politik eine Querschnittsaufgabe der gesamten Politik unseres Landes wird. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden ist nicht allein Sa-

che eines bestimmten Ministeriums oder bestimmter Behörden. Und auch in den Kirchen können wir diese Sorge nicht allein den für die Länder des Südens zuständigen Hilfswerken zuschieben. Die Nord-Süd-Beziehungen müssen vielmehr ein Schwerpunktbereich der gesamten Politik sein, des staatlichen Handelns wie auch der gesellschaftlichen und kirchlichen Tätigkeiten. So wird in den Dialogen unseres Programms zu fordern sein, daß in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen unseres Landes, daß in den Beschlüssen des Bundestags und in den Maßnahmen der Regierungen die berechtigten Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit in den Ländern des Südens mitbedacht und mitberücksichtigt werden. Das gilt für viele Politikbereiche, für die Außenpolitik über die Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Kultur- und Medienpolitik bis hin zur Sicherheitspolitik und dem Militärbereich. Bundestag und Bundesregierung sind aufgefordert, im Süd-Ausgleich einzutreten. Eine solche Politik muß auch entsprechende inhaltliche und institutionelle Konsequenzen haben. Dafür wird sich das Dialogprogramm einsetzen, und wir werden die kirchlichen Verantwortlichen und die Gemeinden bitten, hier mit ihrem Beispiel voranzugehen und beizutragen. Unser Leben und unser Wirtschaften hier in den Industrieländern muß ausgerichtet sein an den Notwendigkeiten und Einsichten für das gemeinsame Überleben der Menschheit, muß getragen sein von der Erkenntnis, daß wir in der "Einen Welt" leben.

Die internationale ökumenische Konsultation hat dies mit der starken Beteiligung von Partnern aus dem Süden deutlich gemacht. Und diese haben unmißverständlich gefordert, an der inhaltlichen Ausrichtung des Dialogprogramms stärker beteiligt zu sein, weil es letztlich um ihre Interessen geht. Das wir nicht ohne Auswirkungen auf die Planung des Programms bleiben, das sicherlich den ständigen Dialog mit Vertretern aus den Partnerkirchen und Partnerländern des Südens einbeziehen muß.

Bleibt noch zu sagen, wer "wir" ist. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ist eine ökumenische Einrichtung, die sich die Evangelische und die Katholische Kirche gemeinsam vor über zwanzig Jahren als ein Instrument ihrer gemeinsamen Nord-Süd-Verantwortung geschaffen haben. Es ist ein Forum für den Dialog über die Nord-Süd-Beziehungen, aber auch ein Gremium zur Bekundung gemeinsamer Positionen zur Entwicklungspolitik. Die GKKE wird auf der evangelischen Seite getragen von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED), der die kirchlichen Hilfswerke der Evangelischen Kirche als Mitglieder angehören. Katholischerseits ist Träger der GKKE die Deutsche Kommission Justitia et Pax, der Mitglieder aus der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die Leiter der kirchlichen Hilfswerke sowie Vertreter aus Verbänden und Diözesanräten und Experten angehören. Vorsitzende der GKKE sind die Leiter der beiden Kirchenbüros am Sitz der Bundesregierung, derzeit Bischof Dr. Hartmut Löwe und Prälat Paul Bocklet. Zu den beiden Geschäftsstellen der GKKE wurde eine eigene Geschäftsstelle des Dialogprogramms eingerichtet, um das Programm fachgerecht durchführen zu können.

Dr. Manfred Kulesa
Geschäftsführer der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung

Harry Neyer

Einführung

Prälat Paul Bocklet

Ko-Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Ganz herzlich darf ich Sie alle, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Treffens, begrüßen. Vor allem die, die von weither aus Übersee zu uns gekommen sind. Aus Tansania und Brasilien, aus Äthiopien, dem Sudan und Kenia, aus Guatemala und El Salvador, von den Philippinen, aus Indonesien und aus Südafrika. Aber auch aus den europäischen Ländern sind mehrere Vertreter bei uns.

Unsere Konsultation ist zunächst einmal ein *ökumenisches Ereignis*. Eingeladen hat die *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* (GKKE), in der seit mehr als 20 Jahren die Entwicklungsgremien der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland zusammenarbeiten. Wir haben Studien gemacht, Stellungnahmen abgegeben, in Hearings des Deutschen Bundestages sind wir aufgetreten und haben gemeinsam unsere Anliegen den Abgeordneten vorgetragen. Die Kirchen sind in diesem Land glaubwürdiger, wenn sie gemeinsam tun, was sie gemeinsam tun können. Neben den beiden großen Kirchen, der evangelischen Kirche und der katholischen Kirche, haben wir in Deutschland noch eine Arbeitsgemeinschaft aller christlichen Kirchen, und in Teilbereichen arbeiten wir mit dieser Arbeitsgemeinschaft zusammen.

Wir wissen alle, daß die Ökumene heute auch ihre Schwierigkeiten hat. Umso kostbarer ist die Zusammenarbeit auf diesem Feld geworden, und wir wollen dafür dankbar sein und dieses gemeinsame Tun auch weiter fördern und weiterbringen.

Unsere Konsultation ist zum zweiten ein *internationales Ereignis*. Wir sehen die größere Welt, die Eine Welt, wir sehen Afrika, Latein-Amerika, Asien, Ozeanien, und wir dürfen den Blick nicht verengen und wollen es nicht tun. Ich könnte mir vorstellen, daß viele von Ihnen, die in unser Land gekommen sind, die Frage haben: Was lesen wir von Euch in den Tageszeitungen? Was passiert zur Zeit in Deutschland? Alle unsere Politiker sagen, wenn sie ins Ausland kommen, dann ist die erste Frage: was ist eigentlich bei Euch los? Und darum meine ich, daß ich dazu auch ein Wort sagen darf. Wir sind natürlich betroffen und auch erschüttert über Ausschreitungen gegen Ausländer in unserem Land. So etwas hat es jahrzehntelang nicht gegeben. Im Gegenteil, wir haben fast sechs Millionen Ausländer in unserem Land, und es gibt eine großartige Zusammenarbeit und große Integration. Nun auf einmal bricht etwas auf in unserem Land, das wir alle noch nicht richtig werten können.

Wir sehen, es sind meistens junge Menschen, oft arbeitslos, die keine Perspektiven, keinen Sinn mehr im Leben sehen. Und nun auf einmal bricht wieder Gewalt auf, wo wir geglaubt haben, jetzt käme der große Frieden in unserem Land nach der Einheit und auch in Europa, und darum sind wir schon traurig. Aber wir können Ihnen versichern, das ist nicht unser Volk. Es sind Gruppen, meist jüngere Menschen, auch Erwachsene, die sich hier verrennen und wieder alte Parolen auspacken, von denen wir geglaubt haben, wir hätten sie überwunden. Wir können Ihnen versichern, daß wir alle mithelfen und auch

unseren Staat und die Verantwortlichen bitten, gegen alle, die sich gegen wehrlose Menschen versündigen, vorzugehen, und dem Recht und der Freiheit und dem Frieden in unserem Land die Zukunft zu schenken.

Unsere Konsultation ist auch ein entwicklungspolitisches Ereignis. Seit 30 Jahren tragen unsere beiden Kirchen zur Entwicklungshilfe und Entwicklungsförderung tatkräftig bei. Wir haben in unserem Land eine gute Partnerschaft mit dem Staat entwickelt, der uns auch finanziell in unserer Arbeit hilft, aber auch mit anderen Organisationen, Parteien, Verbänden und Institutionen, die in unserem Land diese große Aufgabe der Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik betreiben. Und wir dürfen sagen, daß auch hier eine gute Zusammenarbeit gewachsen ist. Doch wir möchten, daß die Sorge, die viele von Ihnen haben, auch unsere Sorge ist: ob jetzt, wo alles nach Osten schaut, wo die deutsche Einheit gekommen ist, wo die schwierigen Aufgaben in der GUS und im Balkan vor uns stehen, ob wir da nicht den Blick nach Süden etwas zurücknehmen.

Nein, wir sagen, die Welt ist Eine Welt. Und wir wollen auch weiterhin diese große Aufgabe der Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe fest wahrnehmen, wenn wir auch die Aufgaben im Osten unseres eigenen Vaterlandes und in Ost- und Mitteleuropa sehen müssen. Beides wollen wir sehen und beides auch anpacken.

Vor 14 Jahren war hier in Bonn schon einmal ein großer entwicklungspolitischer Kongreß der GKKE als Höhepunkt eines Dialogprogramms. Wir haben nun versucht, ein neues Dialogprogramm anzustoßen. Aber diesmal haben wir gesagt, wir brauchen unbedingt unsere Partner aus den Ländern des Südens, um das Programm abzustimmen. Darum haben wir Sie eingeladen, darum wollen wir mit Ihnen in das Gespräch kommen, wir brauchen Ihren Rat, Ihre Zusammenarbeit mit uns, aber auch eine kritische Stimme. Und deshalb wünschen wir uns alle, daß unsere Gespräche in diesen Tagen offen, vertrauensvoll und fruchtbar verlaufen mögen. Martin Buber, der jüdische Religionsphilosoph hat einmal gesagt: "Die wichtigsten Dinge des Lebens ereignen sich in Begegnungen". Wir hoffen und wünschen uns eine gute Begegnung.

Bischof Dr. Heinz Joachim Held
Leiter der Hauptabteilung Ökumene und Auslandsarbeit
des Kirchenamtes der EKD

Zunächst stehe ich hier tatsächlich als ein Stellvertreter, als ein Vertreter für Bischof Heinz Georg Binder, der vor wenigen Tagen verabschiedet worden ist aus seiner Aufgabe als Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesrepublik Deutschland. Und ich kann hier nicht stehen, ohne ihm gegenüber meinen Respekt und meinen Dank zu bezeugen für die Leistungen und die Arbeit, die er hier als Mitvorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung geleistet hat. Sodann frage ich mich, wie soll ich Sie noch begrüßen: im ökumenischen Geist. Vieles ist schon gesagt worden.

Ich stelle aber fest, daß die hier anwesenden Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich der Wissenschaft und Forschung und aus den kirchlichen Werken noch nicht begrüßt worden sind, was ich hiermit gerne tun möchte. Daß Sie als ökumenische Gäste aus den Kontinenten der sogenannten Zweidrittel-Welt gekommen sind, ist schon gesagt worden, dem kann ich mich nur anschließen. Ich möchte ferner sagen, es ist eine großartige Sache, daß wir diese *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* haben - seit mehr als 20 Jahren, wenn ich richtig weiß -, und daß die beiden großen Kirchen einen gemeinsamen Weg der Einmischung in einem Bereich vollzogen haben, der normalerweise ihnen nicht zudiktiert wird, im Bereich der Politik, im Bereich der politischen, gesellschaftlichen, internationalen Bewußtseinsbildung. Ich glaube, die Einmischung der Kirchen in diesem Bereich der Politik, der Entwicklungspolitik, ist wahrscheinlich heute genauso nötig, wenn nicht noch nötiger als vor Jahren, als diese Gemeinsame Konferenz gegründet worden ist. Und das Stichwort, das diese Konsultationen beschäftigt, nämlich eine Entwicklungspolitik, die an den Armen orientiert ist, ist ja kein neuer Gedanke. Der war am Anfang ja auch schon präsent. Aber ich glaube, er ist heute wichtiger als früher. Vielleicht sollte man sagen, wir brauchen eine Entwicklungspolitik, die sich nicht nur an den Nöten, sondern an den Rechten der Armen orientiert, derer, die zu wenig Macht in dieser Welt oder auch in ihren eigenen Ländern haben. Hier etwas zu erreichen, verehrte Damen und Herren, ist zweifellos eine langfristige Aufgabe, wird eine lange Anstrengung sein. Zwanzig, dreißig Jahre Entwicklungspolitik sowohl unserer starken Länder als auch der Kirchen haben uns davon überzeugt, daß schnelle, durchgreifende Ergebnisse auch bei allerbesten Anstrengungen trotz aller Hoffnungen nicht zu erzielen sein werden.

Darum kann ich Ihnen bei dieser Konsultation nicht nur einen langen Atem und auch nicht nur gute Gedanken und eine neue und zeitgemäße Orientierung wünschen, sondern ich hoffe, daß Sie ein Zeichen gegen die Entmutigung zu setzen verstehen, eine Entmutigung, die sich leider in unseren Tagen breitmacht. Als ob es doch keinen Sinn habe, als ob doch alles irgendwie beim alten bleiben würde. Wir setzen in der Kraft unseres christlichen Glaubens ein Zeichen gegen die Entmutigung, setzen ein Zeichen der Entschiedenheit und der Geduld, einer geduldigen Entschiedenheit oder einer entschiedenen Geduld. Gegen die Ungeduld der einen und gegen die Gleichgültigkeit der anderen. Es wird gesagt, es bleibt uns nicht mehr viel Zeit, die Probleme der Welt einigermaßen

ßen zu lindern, wenn nicht gar zu lösen. Es bleibt uns hoffentlich noch Zeit dazu und nicht nur Zeit, sondern auch die richtige Überzeugungskraft, der richtige Geist, die Aufgaben anzugehen.

Ich glaube nicht, daß wir sagen können, die Ereignisse in Europa in den letzten Jahren haben keine Einwirkung auf unser Bewußtsein und auf unsere kirchliche Arbeit in der Entwicklungshilfe. Sie werden einen Einfluß haben. Und manche alten Überlegungen und alte Konzepte können und müssen überprüft werden, das ist im Leben immer so. Ich wünsche dieser Konsultation eine Überprüfung, eine Vision, die sowohl die Veränderungen in Europa in Rechnung stellt, ohne ungeduldig und skeptisch zu werden, als auch eine Überzeugungskraft und eine Vision, die den drängenden Problemen der Welt, vor allem der Länder der Dritten Welt, aus denen die meisten von Ihnen kommen, gerecht wird.

As German is only a world language with a limited regional importance, I would like to use this opportunity to use the language which most of you do understand to extend warm greetings to all of you on behalf of the Evangelical Church in Germany and its chairman Bishop Dr. Klaus Engelhard, as the Evangelical Church in Germany is co-sponsor of this "Joint Conference Church and Development". It is not only a pleasure, it is a necessity that you are here. This conference, this Joint Conference, is an instrument of the churches to - how can I say - to mix into the realm of international development policy of our country and we have always tried to do that, taking into account the needs and the demands and the rights of the poorer people of this world. But we know now it is all the more important that you join us, representatives coming from the third world, that you offer us to help us to mix into politics here in this country and this continent to find new energy and a new Vision for the task which is ahead of us. You and us.

Y ahora unas palabras. Perdonenme, pero he vivido tantos años en Argentina, en el mundo hispano hablante, que no pudo refrenarme. Antes de decir algunas palabras de cordial bienvenida a los representantes de los países hispano y luso, parientes de portugués. Lamentablemente no habio ei portugués, pero entiendo que los que hablan portugués entienden mejor ei español que los que hablan español entienden el portugués. De todos modos bienvenidos y que tengamos una conferencia valiosa con mucho frutos para los países que Ustedes representan. Gracias y bendiciones del señor.

Gerechtigkeit. Frieden, Bewahrung der Schöpfung

Pfarrer Dr. Walther Bindemann

Direktor der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, heute Abend zu Ihnen sprechen zu dürfen, und ich muß zugleich sagen, daß ich sehr befangen bin.

Wer heute als Deutscher im Rahmen eines internationalen Dialogprogramms über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nachdenkt, muß mit dem Eingeständnis von Defiziten beginnen, die wir zur Zeit in Deutschland bemerken. Davon soll in einem ersten Teil die Rede sein. Dann möchte ich in einem zweiten Teil zu sagen versuchen, warum wir die Vision von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung brauchen.

Ich komme, das haben Sie schon gehört, aus der ehemaligen DDR. aus den neuen Bundesländern. Dort gab der konziliare Prozeß in den Jahren 1987 bis 1989 Anlaß zu einer intensiven Selbstverständigung von Christen und Kirchen aller Konfessionen über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Und zwar sowohl über das, was uns in diesem kleinen Land beschäftigte, das damals noch DDR hieß, als auch über die globalen Zusammenhänge. In diesen Gesprächsprozeß, der in drei großen Konferenzen stattfand, flossen 10.000 Voten von Einzelpersonen, Gemeindegruppen und Kirchengemeinden aus dem ganzen Land ein, so daß wir stolz sagen konnten: Die Ergebnisse dieses Gesprächsprozesses, die Dokumente, die als Ergebnis verabschiedet wurden, geben ein repräsentatives Bild dessen wieder, was Christen in unserem Land denken. Drei Dinge waren uns besonders wichtig: 1. Eine vorrangige Option zugunsten der Armen, 2. eine vorrangige Option für Gewaltfreiheit und 3. eine Option für den Schutz und die Förderung des Lebens.

Alte und neue Defizite

Wenn man heute, knapp drei Jahre später, auf diese Aussagen zurückblickt, muß man feststellen, daß wir uns von diesen Erwartungen sehr weit entfernt haben. Wir sind hinter dem zurückgeblieben, was wir in der Vergangenheit auszusprechen wagten. Ich möchte Ihnen einige Probleme etwas ausführlicher benennen.

Auf unseren Straßen herrscht Gewalt. Nicht nur die Gewalt, die in den Medien Schlagzeilen macht. Die Ausschreitungen von Rostock, die meisten von Ihnen werden davon gehört oder gelesen haben, sind nur die Spitze eines Eisberges. Die Gewalt hat so alltägliche Gesichter, daß wir uns schnell an sie gewöhnen. Da ist Gewalt auf den Straßen, unter Kindern und Jugendlichen, Gewalt auf dem Fernsehbildschirm, und da gibt es eine strukturelle Gewalt, ja, es gibt sie auch bei uns. Sie ist maskiert mit der Maske des Legalen und wird deshalb als Gewalt kaum wahrgenommen. Sie treibt Menschen in die Frustration und in den Ärger und in die Verzweiflung und führt dann zu Gewalttätigkeiten. Die werden oft erst dann als Gewalt wahrgenommen. Da ist der Zwang zum Kaufen und zum Konsumieren. Der innere Unfrieden ist in Deutschland mit Händen zu greifen. Er hat so-

ziale und ökonomische Ursachen und manifestiert sich in unterschiedlicher Weise. Seine Opfer sind bestimmte Randgruppen unserer Gesellschaft, die sich dafür besonders anbieten: Ausländer, Behinderte, sozial Schwache. Alle diese Probleme zeigen sich besonders im Osten Deutschlands in besonderer Schärfe, aber sie sind nicht auf ihn begrenzt. Der Beitritt der früheren DDR zum Bundesgebiet hat der Bundesrepublik eine Menge Probleme gebracht - das können wir Bürger der ehemaligen DDR eigentlich nur bedauern und uns dafür entschuldigen. Aber diese Probleme hat es zum Teil auch schon in der Bundesrepublik vor dem Anschluß gegeben; sie brechen jetzt nur mit größerer Vehemenz auf. Der Anschluß hat sie sozusagen deutlich gemacht und sie so verschärft, daß Probleme, die lange Zeit erfolgreich kaschiert werden konnten, jetzt mit aller Macht aufbrechen.

Auch in den alten Bundesländern gibt es schon seit Jahren ein Maß an Arbeitslosigkeit, das die Grenzen des Sozialverträglichen überschreitet. Jetzt, nachdem wir in den neuen Bundesländern eine gigantische Massenarbeitslosigkeit haben, (in manchen Gebieten liegt die Arbeitslosenquote bei fast 50 Prozent) ist es offenkundig, daß das in der Bundesrepublik geschaffene soziale Netz diese Last längst nicht mehr halten kann.

Es hat in der Bundesrepublik seit Jahren auch Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit gegeben, als Randerscheinung. Nun, nachdem die soziale Sicherheit und der innere Unfriede einen enormen Resonanzboden dafür bildet, werden diese Phänomene offenkundig. Die Diskussion um eine Neuordnung der Einwanderungspolitik, die im Moment so hektisch geführt wird, ist längst überfällig. So wie sie jetzt geführt wird, ist sie aber ein schreiender Ausdruck der Angst um unsere eigene soziale und ökonomische Sicherheit. Angst vor der von uns selbst produzierten ökonomischen und sozialen Unsicherheit in anderen Teilen der Welt.

Die bundesdeutsche Gesellschaft hat sich auch schon seit längerer Zeit zu einer Risikogesellschaft entwickelt, in der sich ökologische und soziale Gefährdungen miteinander verbinden. Die ökologische Gefahr ist wissenschafts- und technikimmanent und im übrigen ist sie neben der Armut in den südlichen Ländern der Erde eine der Kehrseiten unseres Reichtums. Gefahren ökologischer und sozialer Art werden heute zu blinden Passagieren des Konsums. Der einzelne Mensch - und das lenkt über zu den sozialen Fragestellungen - ist in der Risikogesellschaft immer weniger geborgen durch traditionelle Bindungen wie beispielsweise Familie und Beruf. Individualisierung ist ein Grundzug unserer Gesellschaft, und zwar gesellschaftlich verordnete und vermittelte Individualisierung. Der einzelne Mensch ist einsam in der Masse und für sein Schicksal selbst verantwortlich. Diese Risikogesellschaft droht schon seit Jahren umzukippen. Und immer stärker wird uns bewußt, wie instabil sie ist. Mit den selbstgezeugten Gefahren wächst auch der Zwang, sie mit jenen Mitteln zu bewältigen, mit denen sie erzeugt werden. Das sind in der Regel wissenschaftlich-technische. Jeder Versuch aber, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, also durch Wissenschaft und Technik erzeugte Probleme mit ähnlichen Mitteln zu bewältigen, kann nur tiefer in die Krise führen. Gerade wo der ökologische Druck am stärksten ist, geraten oft ökologische und soziale Interessen miteinander in Konflikt.

Ich nenne zwei Beispiele aus dem Bereich der neuen Bundesländer: Im Süden der ehemaligen DDR, im Raum Cottbus, wird Braunkohle zur Energiegewinnung abgebaut. Die-

sen Abbau fortzusetzen heißt, ganze Landschaften weiterhin zu verwüsten und die Luft weiterhin zu verschmutzen. Eine andere Energiepolitik aber würde im betroffenen Gebiet zu noch größerer Arbeitslosigkeit führen.

Auf der Insel Rügen, im Nordosten unseres Landesteils, würde eine Großwerft Arbeitsplätze schaffen, aber auch ein wunderschönes Stück Natur und Landschaft zerstören. So geraten ökologische und soziale Interessen ständig in Konflikt miteinander, und die gesellschaftlichen Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Regierungen und Sozialämter sind kaum noch in der Lage, derartige Konflikte befriedigend zu lösen.

Ich habe aus drei Gründen so ausführlich über unsere deutschen Probleme gesprochen. Zum einen, um Ihnen deutlich zu machen, daß wir in einem internationalen Dialogprozeß keinesfalls als die Besserwisser dastehen, die von vornherein wüßten, in welche Richtung die Lösungen gehen müßten, die wir alle miteinander brauchen. Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen, liebe Freundinnen und Freunde aus dem Süden. Zum anderen, weil unsere deutschen Probleme zwar gegenwärtig unsere spezifischen Probleme sind, aber keinesfalls unsere *speziellen*. Wir teilen sie mit anderen. Sie verbinden uns mit unseren Nachbarn in Europa und mit unseren Nächsten auf der anderen Seite des Globus. Ich plädiere daher dafür, die deutschen Probleme als Lehrstücke für internationale Problemlösungen zu begreifen. Ich glaube, wer einen Blick dafür bekommt, wie im deutsch-deutschen Verhältnis trotz Demokratie und Marktwirtschaft Ungerechtigkeit erzeugt wird und soziale Sicherheit immer mehr ausgehöhlt wird, der bekommt auch einen Blick für analoge Vorgänge in Ländern der Dritten Welt, für das, was wir der Dritten Welt antun. Ich glaube, wer verstanden hat, wie wissenschaftlich-technischer Fortschritt in Deutschland ökologische und soziale Unsicherheit erzeugt, kann sich auch besser mit der Tatsache auseinandersetzen, daß wir bereits weltweit in einer Risikogesellschaft leben, deren Gefahren gebändigt werden müssen. Drittens machen die in Deutschland entstandenen Problemlagen ein grundsätzliches Faktum deutlich, das national und international bedacht sein will:

Wirtschaftliche und politische Freiheit (und wir im Osten Deutschlands sind froh, daß wir sie endlich haben) braucht als Korrektiv die Gerechtigkeit. Nur wo beide zusammenspielen, wo - ich wandle eine biblische Aussage ab - "Gerechtigkeit und Freiheit sich küssen", können wir auf inneren und äußeren Frieden hoffen.

Ich bin damit beim Stichwort "Frieden". In der internationalen Politik wie in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ist in letzter Zeit eine Erosion jener Überzeugung zu verzeichnen, die uns in den 80er Jahren so selbstverständlich erschien, als Ost und West noch in Konfrontation einander gegenüberstanden. Damals sagten wir sehr oft: Krieg darf im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel kein Weg zur Lösung politischer Konflikte mehr sein. Und der Hintergrund für einen Sinneswandel, der sich jetzt abzeichnet, ist wohl darin zu suchen, daß wir nicht mehr in einer bipolaren Welt leben, in der sich Ost und West als geschlossene Mächte gegenüberstehen, sondern in einer multipolaren Welt voller unterschiedlicher Interessen und Gegensätze. Die USA sind in die Rolle eines Weltpolitisten geraten und sind bemüht, die Ordnung einer "brave new world" aufrechtzuerhalten. Der Golf krieg war ein deutliches Zeichen dafür, daß die USA und andere Staaten der internationalen Gemeinschaft bereit sind, zur Zementierung dieser Ordnung auch

wieder zum Mittel des Krieges zu greifen - und zwar ganz gezielt. Der Krieg als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln - das aber wäre ein verhängnisvoller Rückfall ins 19. Jahrhundert. Im 20. Jahrhundert müssen andere Gesetze des Handelns gelten. Im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen und einer hochgradig verwundbaren technischen Zivilisation macht es keinen Sinn mehr, auf die friedenserhaltende Funktion des Militärs zu bauen. Die jugoslawische Lektion spricht eine deutliche Sprache und niemand sollte an ihr zweifeln.

Markierungen

Nach diesen analytischen Vorüberlegungen einige theologisch-ethische. Sie sollen deutlich machen, warum wir die Vision von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung brauchen und warum gerade Christen und Kirchen an ihr festhalten müssen. Diese Vision nämlich kann uns davor bewahren, daß wir uns an falsche Werte und Leitbilder klammern. In der Sprache der Bibel heißen solche falschen Werte und Leitbilder Götzen. Ich gebrauche bewußt diese religiöse Sprache. Denn natürlich müssen die Probleme der Friedenssicherung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung und der Bewahrung der Natur mit säkularen Mitteln gelöst werden; es sind ja profane Aufgaben. Aber wir brauchen zugleich die Sprache des Glaubens, um diese Aufgaben richtig zu verstehen und sie angemessen anzugehen. Deshalb spreche ich von falschen Leitbildern und Werten als Götzen. Götzen sind keine Phantasiegebilde, sondern sehr reale Größen. Sie sind ins Gigantische hochgetriebene, perverse Bedürfnisse und Werte. An sich legitime Dinge und Bedürfnisse werden zu Götzen, wenn wir ihnen mehr Wert zumessen als ihnen zusteht. Wenn wir unser Leben unter ihr Diktat stellen, erzeugen sie ein perverses Verhalten.

Einer der Götzen, dem wir uns heute unterworfen haben, heißt "Sicherheit". Sicherheit ist zunächst einmal etwas sehr Positives, ein menschliches Grundbedürfnis. Gegenwärtig aber nimmt es im persönlichen Leben der Menschen wie auch in der internationalen Politik großen Raum ein. Wir tun sehr viel für unsere Sicherheit. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist immer negativ und defensiv ausgerichtet. Das heißt, Abgrenzung und Abschreckung sind die Mittel, die wir benutzen, um uns zu sichern. Wir sichern uns gegenüber Feinden und Gegnern. wir sichern unser Territorium, unseren Besitz oder unseren Einflußbereich. Die Bibel kennt den Begriff Sicherheit nicht. Sie spricht dagegen von Frieden, und wir tun gut, ihr darin zu folgen. Das Konzept der Sicherheit setzt Konfrontation voraus. Frieden beruht auf Kooperation. Das hebräische Wort für Frieden heißt "Shalom". Es hat eine große Bandbreite von Bedeutungen. Sie reicht vom persönlichen Zufriedensein über das friedliche Miteinander von Menschengruppen und Völkern bis hin zum Frieden mit Gott. Auch der Frieden mit der Natur gehört dazu. Sicherheit, das lernen wir heute, kann nicht mehr allein mit militärischen Mitteln gewährleistet werden, sondern dazu gehört die soziale, die ökonomische und die ökologische Sicherheit. Damit kommen wir dem biblischen Friedensverständnis ein gutes Stück näher. Frieden ist eine Gesamtheit von vielen verschiedenen Faktoren: sozialen, ökonomischen, ökologischen.

Dieses biblische Friedensverständnis ist eine Utopie, eine Vision und zugleich eine handfeste Kritik des Götzen Sicherheit, der mit Feindbildern und Vernichtungspotentialen operiert. Wir brauchen die Vision vom Frieden gerade in einer Welt, in der neu zur De-

batte steht, was wir zu unserer Sicherheit tun wollen und tun dürfen und was wir unterlassen müssen.

Ein zweiter Götz ist das, was wir unter Natur verstehen. Über diese Behauptung werden Sie sich vielleicht wundern, denn Natur ist etwas durchaus Positives, was uns wertvoll ist. Dennoch: Wenn wir von der unberührten Natur schwärmen oder die gefährdete Natur von Tschernobyl bis zum Amazonas-Regenwald beklagen, tun wir so, als sei die Natur etwas, was sich von unserem menschlichen Tun abtrennen ließe. Ein Gegenstand, mit dem wir uns beschäftigen oder den wir nach unserer Maßgabe genießen können. Dann gerät Natur in Gegensatz zu dem, was wir Menschen sind und tun. Aber das ist ja nicht so. Es kann auch nicht so sein. Im Gegenteil, die Umweltschäden, die wir heute registrieren, sind keine Naturereignisse, sondern sie sind Zivilisationsprodukte. Die Bibel kennt den Begriff Natur genausowenig wie den der Sicherheit. Sie spricht stattdessen von Schöpfung, und alle biblischen Schöpfungsaussagen beziehen sich letzten Endes auf den Menschen. Sie beschreiben sein organisches Eingebundensein in ein größeres Ganzes. Sie sprechen von der Verantwortung, die daraus resultiert. Im biblischen Reden von der Schöpfung ist der Mensch immer schon im Kalkül. Biblische Schöpfungstheologie ist also kein metaphysischer Welterklärungsversuch und auch nicht der Versuch, kausal zu erklären, wie der Kosmos entstanden ist oder das Leben oder der Mensch, sondern sie ist eine nach vorn gerichtete Vision. Eine Sicht der Welt und des Menschen, die uns heute helfen kann, die von uns selbst vorgenommene Trennung zwischen Menschen und Natur zu überwinden.

Zu den Götzen der modernen Welt gehört auch der ökonomische Wachstumszwang. Wachstum ist vielleicht die mächtigste und gefährlichste Göttin unserer Tage und ihr Tempel ist der freie Markt. Bis in das 17. Jahrhundert hinein war die Ökonomie eine Teildisziplin der Ethik, d. h. sie war eingebunden in ein Gesamtsystem von Werten. Das hat sich gründlich verändert. In der Neuzeit läuft die Ökonomie nicht nur der Ethik davon, sondern auch der Politik und das geschieht auf Schritt und Tritt.

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus im Ostblock hat diese Verselbständigung der Ökonomie gegenüber aller Politik noch einmal eine Beschleunigung erfahren. In der Wirtschaftsdenkschrift der EKD wird die Marktwirtschaft als eine Gestalt der Freiheit beschrieben. Die politische Gestalt der Freiheit sei die Demokratie und ihre wirtschaftliche Gestalt die Marktwirtschaft. In solchen Aussagen schwingt der Triumph über den Zusammenbruch des Staatssozialismus im Osten mit. Wenn das im Rahmen einer kirchlichen Denkschrift so ausgesprochen wird, läuft es auf eine Heiligsprechung menschlicher Ordnung hinaus, und davor sollten wir uns wohl hüten. Niemand bezweifelt die Effektivität von Märkten, aber gerade hier liegt das Problem. Oft sind unsere größten Erfolge zugleich unsere größten Niederlagen. Das gilt für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und auch für eine Marktwirtschaft, die totalitäre Züge annimmt, das gesamte Leben durchzieht und die Menschen in ihren Bann schlägt.

Die Pädagogin und Theologin Marie Veith hat beschrieben, wie die Marktwirtschaft Menschen - junge Menschen - prägt. Wie sie sie nötigt, sich marktgerecht zu verhalten, sich möglichst flott zu geben, möglichst energisch, gebildet, brauchbar, kreativ, produktiv. Ausgehend von Marie Veiths Beobachtungen muß man fragen: Ist der Markt für den Men-

schen da oder der Mensch für den Markt? Ist es normal, wenn Menschen sich marktgerecht verhalten oder wäre es nicht richtiger, wenn die Märkte menschengerecht funktionierten? Märkte dürfen nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben, sondern müssen gesteuert werden. Das ist kein sozialistisches Postulat. Es gehört vielmehr zu den Voraussetzungen der sozialen Marktwirtschaft, auf die die Bundesrepublik Deutschland mit Recht so stolz ist. Dieses Prinzip verlangt heute nicht nur national, sondern auch international Anerkennung.

Eine Gruppe niederländischer Ökonomen plädiert dafür, daß die reichen Industrienationen sich für eine Ökonomie des Genug entscheiden. Wohlbemerkt, die reichen Industrienationen! Es wäre schwarzer Humor, dieses Entwicklungsländern zuzumuten. Aber dort, wo Reichtum und Produktivität solche Ausmaße angenommen haben wie bei uns, dürfen die Bedürfnisse nicht mehr in den Himmel wachsen. Vielmehr stellen sie uns vor die Aufgabe, das ökonomische System so umzugestalten, daß es ökologisch verträglich wird und den Menschen in der Dritten Welt wie den Armen in den reichen Ländern Chancen läßt.

Die Aufgabe ist neu, das Problem ist alt. Schon im Alten Testament finden wir einen heftigen Kampf zwischen den Propheten und den Verehrern der Baalim. Die Baalim, die Götter, auf die das Volk Israel in seiner kanaänischen Umwelt stieß, waren Fruchtbarkeitsgötter - auf deutsch: Götter der Produktivität. Diese werden von den Propheten, den Dissidenten des Volkes Israel, mit Macht und Energie bekämpft. Es war vielleicht kein Zufall, daß Israels Könige und Oberschicht dieses Volkes besonders anfällig waren für den Kult der Baalim. Die Propheten werfen im Kampf gegen die Baalim das Prinzip von Recht und Gerechtigkeit in die Waagschale. Israels Thora und Propheten insistieren darauf, daß Gerechtigkeit nicht ein liberales oder liberalistisches Gleichheits- oder Fairnessprinzip darstellt, sondern das Recht des Schwachen beinhaltet. Gerechtigkeit üben heißt, das Recht der Schwachen sichern. Gerechtigkeit in diesem Sinn ist wiederum eine Vision. Sie war es schon zu biblischen Zeiten und es ist auch heute. Aber die Vision von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ist das Brot, das wir heute und für die Zukunft brauchen.

Ich komme zum Schluß. Zwischen dem Wahrnehmen dieser Vision und ihrer Umsetzung in praktische Politik liegt ein langer Weg. Um ihn zu beschreiten, ist Sachverstand nötig und jener Mut, den wir Glauben nennen. Erst wenn beides zusammenspielt, besteht die Hoffnung, daß die globalen Probleme der Gegenwart gelöst werden können. Ich bin überzeugt, daß die Kirchen und jeder einzelne von uns eine Verantwortung dafür haben, daß Glaube und Sachverstand zusammenkommen. Die Verantwortung der Kirchen sehe ich darin, daß sie die Vision von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wachhalten. Nicht als Angabe eines fernen Zieles, das wir eines Tages vielleicht erreichen könnten, sondern als Markierung eines Weges, auf den wir hier und heute gestellt sind. Wir müssen uns gegenseitig und den Menschen in unserer Umgebung Mut machen, diesen Weg zu beschreiten.

Die Intention des Dialogprogramms, Ziele der Konsultation

Weihbischof Leo Schwarz

Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Wir haben Sie nach Bonn zu dieser internationalen ökumenischen Konsultation eingeladen, um Ihnen das Konzept unseres Dialogprogramms vorzustellen. Wir, das sind die Verantwortlichen in der *Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung*, in der wir als evangelische und katholische Christen seit über 20 Jahren zusammenarbeiten. In dieser GKKE haben sich die evangelische *Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst* (AGKED) und die katholische *Deutsche Kommission Justitia et Pax* zusammengefunden, haben ein Forum zur Diskussion und eine gemeinsame Stimme für die Probleme der Entwicklungspolitik geschaffen.

So spreche ich zu Ihnen nicht nur als katholischer Bischof, sondern weiß mich von der ökumenischen Gemeinsamkeit in einer vertrauensvollen und bewährten Zusammenarbeit getragen. Prälat Bocklet hat gestern zur Eröffnung bereits gesagt, wie kostbar diese Pflanze der Ökumene ist, die wir als wertvolles Gut hüten und pflegen, die wir aber auch weiterentwickeln wollen. Diese ökumenische *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* ist auch Träger und Veranstalter des Dialogprogramms.

1. Was ist das: ein Dialogprogramm?

Als Europa in den fünfziger Jahren noch damit beschäftigt war, die Zerstörung des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen, den Wiederaufbau und die Produktion anzukurbeln, da kam zu uns die Kunde von der Not in den Ländern des Südens, in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Kirchen hierzulande reagierten schnell: *Brot für die Welt* und *Misereor* wurden gegründet, Kollekten und Sammlungen gehalten, die Personaldienste *Dienste in Übersee* und *Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe* geschaffen. Wir glaubten, durch materielle und personelle Hilfe könne Not und Elend im Süden überwunden, könnten die Ursachen der Armut beseitigt werden. Sie wissen, daß vor allem auch die staatliche Hilfe der ersten Entwicklungsdekade von einer solchen euphorischen Vorstellung geprägt war.

Es ist in der Tat beeindruckend, was allein die Kirchen in der Bundesrepublik in mehr als dreißig Jahren seit 1959 zur Förderung der Entwicklung in den Ländern des Südens beigetragen haben. Für die katholische Kirche konnte ich die Angaben zusammentragen: Es waren 19,2 Milliarden Mark, die in über 390.000 Projekte flossen. Rund 2.400 Entwicklungshelfer sind ausgesandt worden, und etwa 6.000 deutsche Missionare und Schwestern sind in den Ländern des Südens tätig. Die evangelische Kirche hat ähnlich hohe Beträge aufgebracht, und auch hier wurden bisher 2.348 Verträge von *Dienste in Übersee* abgeschlossen.

Diese Hilfe hat vielen Menschen in den Ländern des Südens geholfen, daß sie ihre unmittelbaren Lebensverhältnisse verbessern konnten. Und was noch wichtiger ist: Sie hat Selbstvertrauen, Mut und Hoffnung gegeben. Denn entscheidend ist die eigene Anstrengung der Betroffenen, der Armen, die Selbsthilfe. Wir sehen mit Bewunderung

die Leistungen unserer Partner, die um vieles größer sind als unsere Hilfe. So haben wir eigentlich keinen Grund, uns zu rühmen. Viele sagen auch: Diese Hilfe aus dem Norden - die kirchliche und die wesentlich umfangreichere staatliche - diese Hilfe ist ja doch nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Unsere Partner verlangen von den Ländern des Nordens, die größeren weltwirtschaftlichen, sozialen und geschichtlichen Zusammenhänge nicht zu übersehen. Sie sagen uns: Ihr Länder des Nordens müßt Eure Politik ändern, auf eure Vormachtstellung verzichten, wirkliche Partnerschaft üben, das heißt, die Länder des Südens gleichberechtigt an den Gütern dieser Welt teilhaben lassen.

Mir scheint, daß Kardinal Frings 1958 bei der Gründung von Misereor bereits solches im Blick hatte. Denn er forderte nicht nur zur Hilfe auf, sondern - wörtlich: "Vom Evangelium her muß denen ins Gewissen geredet werden, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bestimmen". Unsere beiden Kirchen haben diese Aufgabe schon früh gesehen, bekräftigt und wahrgenommen: Hierzulande als Anwalt der Menschen in den Entwicklungsländern aufzutreten, ihre berechtigten Interessen zu vertreten, also advocacy zu üben, Anwalt zu sein, Lobby zu betreiben. Beide Kirchen haben dies in Stellungnahmen und Erklärungen getan, haben Denkschriften und Studien vorgelegt, und wir in der GKKE haben immer wieder mit Eingaben und bei Hearings an Parlament und Regierung appelliert. Ist es uns gelungen, damit auf die Politik einzuwirken, die Entscheidungen der Mächtigen zugunsten der Menschen in den Entwicklungsländern zu beeinflussen?

Kardinal Frings hatte gesagt: Ins Gewissen "reden", nicht: ins Gewissen schreiben! Und Sie kennen alle das Wort und die Erfahrung: "Paper does not work" - "Papel no esta trabajando". Das war die Geburtsstunde eines ersten Dialogprogramms, das die GKKE in den Jahren 1977 bis 1979 durchgeführt hat. In acht Gesprächsreihen haben wir uns an die politischen Parteien im Deutschen Bundestag gewandt, an die großen gesellschaftlichen Gruppierungen der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Bauern. Gut 100 größere intensive Gespräche und zahllose kleinere sind geführt worden, auf unserer Seite von Kirchenvertretern und Experten, auf Seiten der Dialogpartner von Politikern, Wirtschaftsexperten, Verbandsvertretern, Transnationalen Konzernen. In einem Entwicklungspolitischen Kongreß 1979 hier in Bonn mit rund 1000 Teilnehmern wurden die Ergebnisse zusammengefaßt.

Es ist uns damals sicherlich gelungen, quer durch die beteiligten Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen einen Grundkonsens in der Entwicklungspolitik herbeizuführen, der letztlich auch zur ersten entwicklungspolitischen Entschließung des Deutschen Bundestages 1982 führte. Und in diesem Parlamentsbeschuß wird die Bekämpfung der Armut als oberstes Ziel der Entwicklungspolitik genannt, wird die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung am Entwicklungsprozeß gefordert. War das schon Erfolg genug? Hatte das Dialogprogramm die gesteckten Ziele erreicht? Alle Beteiligten haben sich positiv geäußert bei einer abschließenden Auswertung. Wir haben dann unsere Bemühungen weitergeführt in Dialogreihen der GKKE mit dem Deutschen Bauernverband und dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie und Übereinkünfte erreicht. Doch: Angesichts der Dimensionen der Entwicklungsprobleme zerbricht jeder Anflug von Stolz und Selbstgefälligkeit. Fragen wir uns zunächst:

2. Wie hat sich die Situation im Süden und Norden entwickelt?

In der Dokumentation des eben erwähnten Entwicklungspolitischen Kongresses von 1979 heißt es: "Der Kongreß hat deutlich gemacht, daß in unserer Gesellschaft der Spielraum für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und für ein konstruktives Verhalten gegenüber den Entwicklungsländern größer ist, als vielfach angenommen wurde". Seit damals sind fast 14 Jahre vergangen. Ist unser Verhalten gegenüber den Ländern des Südens wirklich konstruktiver geworden? Und wie hat sich generell die Situation der Menschen in den Ländern des Südens entwickelt?

Um es vorwegzunehmen: Die Lebensbedingungen für den weitaus größten Teil der Menschen auf der südlichen Halbkugel haben sich nicht verbessert. Die Zahl der in absoluter Armut Lebenden ist nicht gesunken, sondern auf 1,1 Milliarden Menschen angestiegen. 1,5 Milliarden Menschen sind ohne medizinische Versorgung. 1,7 Milliarden haben keinen Zugang zu einwandfreiem Wasser. Immer noch können rund 1 Milliarde Erwachsene nicht lesen und schreiben, so daß ihnen durch den Ausschluß von Bildung sogar die Zukunft verbaut ist. Vor allem sind die Frauen davon betroffen.

Aber es ist auch der Mangel an elementaren politischen Rechten wie Mitsprache, Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und an den verbürgten Menschenrechten. Entscheidungen werden über diese Menschen hinweg getroffen, obwohl sie die Auswirkungen zu tragen haben. Armut zeigt sich somit nicht nur als Defizit im materiellen Bereich, sondern besonders im Ausschluß der Betroffenen von den Prozessen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Das ist gleichzeitig Symptom und Ursache für die Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens.

Für die Zukunft lassen die politischen, sozialen und vor allem die wirtschaftlichen Indikatoren wenig Hoffnung aufkommen. Das gilt vor allem für die Länder Afrikas südlich der Sahara, worauf die GKKE in ihrer Eingabe an die Bundesregierung, überschrieben "Plädoyer für Afrika", im vorigen Jahr eindringlich hingewiesen hat. So sanken für Afrika zum Beispiel die Quoten der Einschulung zwischen 1980 und 1990, also dem Zeitraum seit unserem erwähnten Entwicklungspolitischen Kongreß, von 84 auf 70 Prozent; der Anteil der schwarzafrikanischen Länder an Welthandel ging gar von 4 auf nur 1 Prozent zurück; die Verschuldung hingegen stieg von 56 auf 161 Mrd. US-Dollar, das macht mittlerweile 112 Prozent des Bruttosozialprodukts der afrikanischen Länder aus.

Die Ursachen für die weltweite Zunahme von Armut sind zahlreich und vielschichtig. Sie liegen teilweise in den Ländern des Südens selbst, teils in den Rahmenbedingungen, die von den Industrieländern gesetzt werden.

Zu den in den Entwicklungsländern liegenden und weithin von ihnen verantworteten Faktoren gehören die Rechtsunsicherheit, mangelnde demokratische Strukturen, häufige Ausbeutung durch Eliten, Prestigestreben der Regierungen, Kapitalflucht und Korruption. Das weitgehend durch die Armut begründete Wachstum der Bevölkerung trägt zur Festbeschreibung von Armutsstrukturen bei. Pro Jahr wächst die Menschheit um fast 100 Millionen Menschen, und 97 Prozent dieser Zunahme entfällt auf die Entwicklungsländer.

Die von außen herangetragenen strukturellen Hemmnisse für die Entwicklung spiegeln sich vor allem in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wieder, also in der Handelspolitik und der internationalen Finanzpolitik. Aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Position sind die Industrieländer fast immer in der Lage, ihre Interessen durchzusetzen, und sie tun es auch weithin. Hinzu kommen die noch in keiner Weise gelösten Schuldenprobleme der Entwicklungsländer, die inzwischen Jahr für Jahr mehr an Schuldendienst zurückzahlen, als sie an Entwicklungshilfe und neuen Krediten erhalten. Es ist schon ein Skandal, daß somit die armen Länder die reichen Länder noch reicher machen, also eine monetäre Ausplünderung, deren Folge eine Zunahme der sozialen Not von vielen Millionen Menschen ist.

Berechnungen der Weltbank und der Entwicklungsbehörde der Vereinten Nationen (UNDP) haben gezeigt, daß diesen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine größere Bedeutung in der Benachteiligung für die Entwicklungsländer zukommt als der Förderung dieser Länder durch die westliche Entwicklungshilfe. Wenn zum Beispiel der Zinssatz für die Verschuldung der Entwicklungsländer nur um ein Prozent steigt oder fällt, so entspricht diese Summe dem Doppelten aller Entwicklungshilfe der OECD-Länder eines Jahres. Oder: Die Einkommensverluste der Entwicklungsländer durch den Protektionismus der Industrieländer sind um ein Mehrfaches höher als die Entwicklungshilfe. Hier zeigt sich: Der Schlüssel für eine entwicklungsfördernde Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen liegt bei den Industrieländern.

Das wird auch deutlich im Zugriff auf die Ressourcen dieser Erde. Die größten Industrienationen mit weniger als 10 Prozent der Weltbevölkerung nehmen für sich rund 80 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs in Anspruch. Sie haben sich ein wirtschaftliches System des Wohlstands geschaffen. das - genau besehen - ausschließlich für diese 10 Prozent Menschen dazusein scheint. Denn es scheint ausgeschlossen, diese intensive Form von Konsum und Produktion weltweit zu praktizieren - schon aus Gründen einer noch schlimmeren Umweltzerstörung, zu der die Industrieländer bekanntlich am meisten beitragen.

Entwicklung wird dort behindert und ist oft unmöglich, wo gewaltsame oder sogar kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden. Zur Zeit gibt es etwa 40 kriegerische Konflikte. Die Zahl der Menschen, die vor solchen innerstaatlichen Kriegen auf der Flucht waren und sind, wird auf 10 Millionen geschätzt. Von 17 Millionen Flüchtlingen spricht die Statistik des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen. Rechnet man die hinzu, die zwar auf der Flucht sind, aber ihr Land nicht verlassen haben, kommt man auf rund 30 Millionen Menschen. Die internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) schätzt die Zahl der Migranten und Wanderarbeiter auf rund 100 Millionen. Hinzu kommt die Zahl derer, die aus Gründen der Umweltzerstörung ihre Heimat verlassen mußten, und die manche Quellen auf fast unglaubliche 500 Millionen Menschen schätzen. Diese erschreckenden Zahlen, die zwar niemand genau beweisen kann, machen die gewaltige Dimension dieses Problems deutlich, von dem Europa bisher nur am Rande berührt wurde. Hinter solchen Zahlen stehen aber Menschen und Einzelschicksale. Menschen, die ihre Heimat verloren haben, die ihr bescheidenes Hab und Gut zurücklassen mußten, denen die Lebensgrundlage entzogen ist.

Rüstungsexporte und Waffenhandel haben das Konfliktpotential oft erst angeheizt. Direkt vor unserer Haustür, im ehemaligen Jugoslawien, sind 200.000 Menschen erschossen und erschlagen worden, wenigstens 1,5 Millionen Menschen wurden vertrieben. Dieser Konflikt ist öffentlich. Die Medien berichten darüber. Andere geschehen im Verborgenen, unbeachtet von der Öffentlichkeit. Vor kurzem erhielten wir einen Augenzeugenbericht aus dem Sudan. Er beginnt so: "Glücklich die Menschen in Jugoslawien und Somalia, denn die Welt ist bei ihnen. Verdammt die Menschen in Juba, denn die Welt hat keinen Zugang zu ihnen und ist auch nicht daran interessiert, etwas über sie zu erfahren". Ob öffentlich oder verborgen: alle Konflikte werden auf dem Rücken der Armen ausgetragen.

Es wird immer deutlicher, daß diese Probleme nicht mehr auf die Länder des Südens beschränkt bleiben. Zumindest in diesem Bereich wächst die Erde zu einer Welt zusammen. Nur ein ganz geringer Teil der Flüchtlinge kommt nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland. Die Heftigkeit, mit der in unserem Land die Diskussion über die Asylbewerber geführt wird, macht die Schärfe der Problematik deutlich. Die gewaltsamen Übergriffe gegen Ausländer und Fremde, die wir entschieden verurteilen, beleuchten jedoch die Stimmungslage, die völlig ungerechtfertigt ist, wenn man etwa Deutschland mit Malawi vergleicht: Dieses afrikanische Land hat bei 8 Millionen Einwohnern 1 Million Flüchtlinge aus Mosambik aufgenommen, während in Deutschland bei 80 Millionen Einwohnern noch nicht einmal 1 Million Flüchtlinge, Asylbewerber und Asylberechtigte leben.

1989 fand die sogenannte "Wende" statt, die zur Vereinigung Deutschlands führte. Mit der Berliner Mauer stürzte auch eine Weltordnung ein. Neue Chancen in den Ost-West-Beziehungen, aber auch für die Nord-Süd-Beziehungen taten sich auf. Es kamen aber auch ungeheure finanzielle Belastungen auf uns zu. Die neuen Bundesländer werden jährlich mit rund 150 Milliarden Mark unterstützt. Wenn man den Etat des Entwicklungsministeriums mit rund 9 Milliarden Mark dagegen hält, wird die Diskrepanz deutlich. Vorige Woche fand die Debatte über den Bundeshaushalt 1993 im Deutschen Bundestag statt. Schon geht die Rede von Verteilungskämpfen. Die Solidarität ist auf eine harte Probe gestellt. Angst schleicht sich ein, weil das Wirtschaftswachstum nicht mehr automatisch gewährleistet ist. Verzicht will kaum einer üben, die Gewerkschaften stellen bereits neue Lohnforderungen für 1993. Haben wir in Deutschland, haben wir in Europa die innere, moralische Kraft, solidarisch zu handeln?

Die Antwort von Christen und die Antwort unserer Kirchen kann nur lauten: Solidarität ist unteilbar. Wir haben deshalb auch ein Positionspapier der GKKE zum diesjährigen Wirtschaftsgipfel der führenden Industrienationen in München so überschrieben.

3. Wie reagiert der Norden, wie reagieren die Kirchen?

Die Kirchen in Deutschland verfolgen mit Besorgnis die Reaktion in unserem Lande, in Europa und in den übrigen Industrieländern auf diese ernste Weltsituation, die ich nur in einigen Strichen skizziert habe. Die Kirchen wollen die Menschen für solidarisches Handeln im Welthorizont gewinnen und wollen positive Impulse für solches Handeln geben.

Wir kennen aus vielen Gesprächen die Befürchtungen unserer Partner aus dem Süden, daß das öffentliche Interesse an den ärmeren Ländern der Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika in den Industrieländern nachlassen könnte. Sie befürchten, daß die starke Hinwendung nach Osteuropa die Marginalisierung vor allem Afrikas verstärken könnte, daß die Schuldenkrise sich vertiefen und der politische Handlungsspielraum der Entwicklungsländer noch weiter eingeschränkt werden könnte. Diese Befürchtungen nehmen wir sehr ernst. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung im vereinigten Deutschland, in Osteuropa und der Sowjetunion, aber auch angesichts der harten Auseinandersetzungen in der Weltwirtschaft (Stichwort: GATT-Verhandlungen) müssen wir den Eindruck gewinnen, daß wir auf harte Verteilungskämpfe zugehen.

Die *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* tritt für die Hilfeleistung der westlichen Länder für Osteuropa ein. Sie setzt sich aber auch mit allem Nachdruck dafür ein, daß diese Hilfe nicht zu Lasten der Entwicklungsländer des Südens gehen darf. Die Begegnung mit den Ländern des Ostens soll uns unsere Verpflichtung für die Länder des Südens eher noch deutlicher erkennen lassen. Jetzt geht es darum, daß die Belange der Benachteiligten in den Ländern des Südens nicht noch mehr übergangen, sondern in weltweiter sozialer Verantwortung wahrgenommen und vertreten werden können.

Deshalb treten wir für eine entschiedene Orientierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die Förderung der Selbsthilfe der Armen ein. Hier sollten die Programme und Projekte ansetzen und vorrangig und unmittelbar den benachteiligten Schichten und Gruppen der Bevölkerung in den Ländern des Südens zugute kommen. Bisher ist das nur zu einem viel zu geringeren Teil der Fall. Die Kirchen gehen in ihrer Entwicklungsarbeit mit gutem Beispiel voran und fordern entsprechende Konsequenzen für die staatliche und internationale Politik. Dies ist deutlich und ausführlich dargelegt in der Publikation "Gerechtigkeit für alle" der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* (*Justice for all / La Justicia al alcance de todos*). Die Beschlüsse und Erklärungen aus der evangelischen Kirche stimmen mit dieser Orientierung vollkommen überein.

Im Verfolg dieser Zielvorstellung haben wir eine gute Gesprächsebene und Partnerschaft mit den Entwicklungspolitikern unseres Landes gefunden, die sich hier und in internationalen Gremien für eine armutsorientierte oder besser: armenorientierte Entwicklungspolitik einsetzen. Wir haben die Chance zu einem konstruktiven Dialog mit dem zuständigen Bundesministerium über die Kriterien für die Vergabe von Entwicklungshilfe. Aber es werden uns auch Grenzen deutlich. Noch immer fließt nur ein kleiner Teil der Entwicklungsmittel in die Vorhaben der unmittelbaren Bekämpfung der Armut. Und der Beitrag unseres Landes zur Entwicklungszusammenarbeit bleibt im ganzen weit hinter unseren Erwartungen und den noch bei der Rio-Konferenz bekräftigten Versprechungen unserer Regierung zurück.

Deshalb sind wir der Meinung, daß es einer besonderen Anstrengung bedarf, um den neuen Anforderungen in der notwendigen Hilfe für den Osten und der europäischen Zusammenarbeit gerecht zu werden, gleichzeitig aber auch der Solidarität mit den Menschen des Südens eine konkrete Chance in der Politik Deutschlands und Europas zu geben. Dazu gehört ja nicht nur die Erweiterung und Qualifizierung der direkten Entwicklungszusammenarbeit. Vielmehr geht es vor allem auch um die Verbesserung der welt-

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um die Bereitschaft zum wirtschaftlichen Strukturwandel und zu einer nachhaltigen Änderung des Konsumverhaltens bei uns.

Eine solche Politik ist nicht leicht zu vertreten, wenn sie konkrete Konsequenzen erfordert. Wir sind bereit, in Abstimmung mit unseren kirchlichen und ökumenischen Partnern bei uns dafür einzutreten, nämlich in dem geplanten Dialogprogramm. Das wird keine leichte Aufgabe sein. Doch wir sehen auch durchaus ermutigende Zeichen. In unserem Lande und besonders in der jungen Generation bemerken wir eine wachsende Bewegung hin zu einer neuen Ethik, die sich an den Zielen der Menschenrechte und der Bewahrung der Schöpfung ausrichtet. Umweltschutz und die Erhaltung der Lebensgrundlagen werden als gemeinsame Aufgaben der Menschheit erkannt, die gerade von uns in den Industrieländern eine Umkehr im Verhalten einfordern. Der "ferne Nächste" wird uns durch die modernen Medien und die (gewiß noch unzureichenden) Anstrengungen der Völkergemeinschaft aktuell nahegebracht. Nach der Überwindung der weltweiten Ost-West-Konfrontation sehen wir eine neue Chance zur Abrüstung und zu neuen Formen der Konfliktlösung. Das alles sind Zeichen der Hoffnung für eine Weltpolitik der Zukunft, die sich stärker als die national bestimmte Politik der Vergangenheit an der Würde und dem Lebensrecht aller Menschen orientieren soll.

Ich möchte nicht verschweigen, daß es zur Durchsetzung einer solchen Politik noch mancher Anstrengung bedarf. Viele Widerstände müssen überwunden werden. Wir erleben in diesen Monaten, wie schwer es vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und auch den Politikern fällt, eine sachgerechte und menschliche Antwort auf die Herausforderung durch die Flüchtlinge zu finden, jener "Botschafter des Elends", die vor unserer Tür stehen. Wir erfahren, wieviel Haß und wieviele Ängste in unserem Land immer noch unterschwellig bestehen. Aus solchem Anlaß brechen sie bösartig hervor - zu unserer Betroffenheit und zu unserer Scham. Auch das Verhalten der europäischen Nationen in der internationalen Abstimmung um den Agrarhandel zeigt deutlich, wie gering oft die Bereitschaft bestimmter Interessengruppen ist, den Anforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Noch rangiert die "Ethik des eigenen Rettungsbootes" in dem Bewußtsein vieler Menschen bei uns vor der "Ethik des Raumschiffs Erde", die wir uns und den nach uns kommenden Generationen wünschen. Ich hoffe und wünsche, daß auch unsere Begegnung hier in diesen Tagen uns ein wenig weiterhelfen kann im Erkennen dessen, was an politischer Änderung nötig ist, und im Bewußtsein unserer gemeinsamen globalen Verantwortung.

Wir meinen: Die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden ist nicht allein die Sache eines bestimmten Ministeriums oder bestimmter Behörden. Und auch in den Kirchen können wir diese Sorge nicht allein den für die Länder des Südens zuständigen Hilfswerken überlassen. Die Nord-Süd-Beziehungen müssen vielmehr ein Schwerpunktbereich des gesamten staatlichen Handelns, also der gesamten Politik sein, aber auch im gesellschaftlichen und kirchlichen Handeln. Die Nord-Süd-Politik darf nicht in eine Nische begrenzter Zuständigkeit abgeschoben werden. Deshalb fordern wir von unserer Regierung, daß sie sehr viel stärker als bisher in all ihren politischen Entscheidungen die berechtigten Interessen der Armen in den Ländern des Südens berücksichtigt. Das gilt für viele Politikbereiche, für die Außenpolitik über die Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Kultur- und Medienpolitik bis hin zur Sicherheitspolitik und dem Militär-

bereich. Wir fordern unsere Regierung auf, im globalen Zusammenhang für den Nord-Süd-Dialog und einen Nord-Süd-Ausgleich einzutreten. Eine solche Politik müßte entsprechende institutionelle und inhaltliche Konsequenzen haben, für die wir uns in dem kommenden Dialogprogramm einsetzen wollen. Und unsere Gemeinden und Kirchen müßten hierin mit ihrem Beispiel vorangehen. Unser Leben und unser Wirtschaften hier in den Industrieländern müssen wir an den Notwendigkeiten des gemeinsamen Überlebens der Menschheit ausrichten.

Ob wir in Deutschland und in Westeuropa zu einer solchen Umkehr kommen können, wird sich möglicherweise am deutlichsten in der Neugestaltung der Europa-Politik erweisen. Sie bedarf verstärkter Aufmerksamkeit, gerade auch der Kirchen. Hier wird sich nämlich zeigen, ob vordergründig formulierte Interessen zu der befürchteten "Festung Europa" führen, ja zu Ausprägungen einer verhängnisvollen globalen "Apartheid-Gesinnung". Oder ob von dem europäischen Zusammenschluß Ansätze zu einer weltweiten Offenheit und Solidarität erwartet werden können. Schon heute werden in den zuständigen europäischen Gremien und Behörden ständig Entscheidungen getroffen, die die künftige Entwicklung in der einen oder anderen Richtung bestimmen werden, übrigens viel zu wenig legitimiert und kontrolliert durch das Europäische Parlament. Hier sollten wir uns in den Kirchen mehr als bisher informieren, den entwicklungspolitischen Dialog auf europäischer Ebene pflegen und darüber hinaus auf die Notwendigkeit des Nord-Süd-Dialogs hinweisen. Ich bin sicher, daß unsere ökumenischen Gäste aus dem Süden uns auch zu diesem Bereich ihre Sorgen mitteilen werden.

4. Was will das neue Dialogprogramm?

Das zweite Entwicklungspolitische Dialogprogramm der *Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung* versteht sich als eine Antwort auf die Herausforderungen, die ich beschrieben habe. Unser Vorhaben ist verankert in der Tradition der vergangenen Jahrzehnte, sich aus christlicher Verantwortung und Solidarität dann zu Wort melden, wenn es erforderlich ist. Wir meinen, die genannten Zeichen der Zeit sprechen deutlich für diese Notwendigkeit.

Das geplante Dialogprogramm der GKKE ist Ausdruck der Verantwortung der Kirchen für "Gerechtigkeit im Weltmaßstab". In dem wichtigen sozialen Lehrschreiben von Papst Johannes Paul II "Sollicitudo Rei Socialis" aus dem Jahr 1987 steht, daß die Kirche gar keine andere Wahl hat. "Kraft ihres Auftrags aus dem Evangelium fühlt sich die Kirche an die Seite der Armen gerufen, um die Berechtigung ihrer Forderungen zu ermitteln und zu deren Erfüllung beizutragen". Die Solidarität mit den Armen ist eine unabdingbare Konsequenz aus dem christlichen Glauben.

Wie das erste Dialogprogramm basiert unser neues Vorhaben auf der Überzeugung, daß im Dialog Verständnis füreinander wächst. Im Dialog können die unterschiedlichen Interessen der Gesprächspartner eingebracht und berücksichtigt werden, aber es können auch Handlungsenergien auf eine als gemeinsam erkannte Zielsetzung mobilisiert werden. Wir werden deshalb die Gespräche handlungsorientiert führen und unsere Gesprächspartner auffordern, in ihrem Verantwortungsbereich die Belange der Menschen in

den Ländern des Südens stärker zu berücksichtigen, ja für mehr Gerechtigkeit im Weltmaßstab einzutreten. Das ist ein hoher Anspruch.

Als primäre Zielsetzung wollen wir erreichen, daß Entwicklungspolitik oder richtiger: Nord-Süd-Politik eine Querschnittsaufgabe der gesamten Politik unseres Landes wird. Sie darf nicht auf das Ressort der Entwicklungshilfe begrenzt bleiben. Ich habe vorhin begründet, warum wir dies für dringend notwendig halten. Ein entsprechender Bundestagsbeschuß soll daher eines der Ziele unseres Programms sein. Natürlich ist ein solcher Entschluß nur dann etwas wert, wenn seine Umsetzung in der Politik erfolgt. Dazu müssen die Politiker, aber auch die großen gesellschaftlichen Gruppierungen und Institutionen beitragen.

Entsprechend wollen wir die Dialogreihen hier in der Bundesrepublik mit denen erneut führen, die maßgeblich in den Nord-Süd-Beziehungen involviert sind: mit Politikern aller Parteien, mit den Leitungen und den Beamten der Bundesministerien, mit Wirtschaftsverbänden und Unternehmern, mit Gewerkschaften, Stiftungen und Verbänden. Wir wollen möglichst die Entscheidungsträger erreichen. Es gilt, politischen Willen zu mobilisieren und zu unterstützen.

Ich habe bereits gesagt, daß sowohl interne als auch externe Faktoren und Interessen eine umfassende, auf Partizipation basierende Entwicklung behindern oder gar vereiteln. Die Fragen, in welchen Bereichen Veränderungen notwendig sind und an welchen Beispielen strukturelle Hemmnisse diskutiert werden sollen, sind von den vier Fachgruppen des Dialogprogramms angegangen worden. Darüber wollen wir uns mit Ihnen, den Gesprächspartnern aus dem Süden, verständigen.

Sie wissen bereits, daß wir das Dialogprogramm mit drei thematischen Schwerpunkten durchführen wollen:

- A Armutsorientierung der Entwicklungspolitik
- B Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen
- C Frieden als Voraussetzung für Entwicklung

Lassen Sie mich dazu wenige Hinweise geben, die Sie in den Ihnen übersandten Arbeitspapieren ausführlicher finden. Wir haben zu den drei Themenbereichen Fachgruppen gebildet, jeweils zusammengesetzt aus Wissenschaftlern, Experten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kirchlichen Hilfswerke. Diese haben die thematischen Vorschläge erarbeitet, die hier zur Diskussion stehen. Die Fachgruppen sollen auch den geplanten Dialog fachlich vorbereiten und begleiten.

Zu A: Armutsorientierte Entwicklungspolitik

Hier soll nicht die konkrete Projektpolitik erörtert werden - das ist eher Aufgabe der Hilfswerke mit ihren praktischen Erfahrungen -, sondern strukturelle Hemmnisse, die eine umfassende Entwicklung verhindern. Um möglichst konkret zu werden, haben wir zwei Länder ausgewählt, an deren Strukturen exemplarisch dargestellt werden soll, was Entwicklung behindert, was sie fördert und was verbessert werden müßte. Die Länder sind Tansania und Brasilien. Ein asiatisches Land soll folgen, wenn unsere Kräfte dazu rei-

chen. Wir haben je eine Fachgruppe zu Tansania und Brasilien gebildet, die ihre Vorschläge auf dieser Konsultation darlegen werden.

Zu B: Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Hier hat unsere Fachgruppe vorgeschlagen, sich den Problemen der Verschuldung, der Beteiligung der Entwicklungsländer am Welthandel und der Ökologie-Problematik zuzuwenden. Die GKKE hat in ihrem Positionspapier zum diesjährigen Wirtschaftsgipfel in München und in früheren Stellungnahmen bereits Vorarbeiten geleistet. Hier dürfte auch am deutlichsten werden, daß Nord-Süd-Politik eine Querschnittsaufgabe der gesamten Politik sein muß.

Zu C: Frieden als Voraussetzung für Entwicklung

Die regionalen Konfliktprobleme sollen exemplarisch an den Regionen Horn von Afrika und Zentralamerika behandelt werden, genauer: an den Konflikten in Äthiopien und im Sudan sowie in Guatemala und El Salvador. Hier geht es um die Frage, was die Kirchen im Süden und im Norden zur Minderung und Schlichtung solcher Konflikte beitragen können. Wir sind sehr froh, daß wir erfahrene und verdienstvolle Gesprächspartner aus diesen Ländern hier bei uns haben. Ferner hat unsere Fachgruppe vorgeschlagen, die friedens- und entwicklungsfördernde Politik der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft zu erörtern, und zwar am Beispiel des Rüstungsexports und der neuen politischen Kriterien für die Entwicklungszusammenarbeit. Schließlich, wenn es uns gelingt, sollte ein Kongreß der Konfliktschlichter Erfahrungen auswerten und Kooperationsmöglichkeiten suchen.

Ich meine: der Dialog ist unverzichtbar. Aber er ist letztlich nur ein Mittel zum Zweck. Der personelle, zeitliche und finanzielle Aufwand ist nur berechtigt, wenn aus den Dialogen Handlungen erwachsen. Ein Dialog nützt noch nicht viel, wenn lediglich Konsens erzielt wird, aber die konkrete Umsetzung fehlt. Unsere Dialoge sollten einen gewissen Grad der Verbindlichkeit auf beiden Seiten erlangen. Ein Beispiel: Wenn wir mit Wirtschaftsunternehmen die Entwicklung in der Region Carajás in Brasilien erörtern, dann werden überprüfbare und wirklich durchgeführte Handlungen eine Meßlatte des Erfolges sein.

Das wiederum stellt besondere Anforderungen an die Gespräche. Es wird nicht ausreichen, mit moralisch erhobenen Zeigefinger auf ungerechte Zustände hinzuweisen. Wir müssen fundiert wissen, worüber wir mit den Dialogpartnern reden, wo die einzelnen Interessen liegen, wer im Norden und Süden profitiert und wer auf der Verliererseite ist. Wir müssen hinterfragen, welche Auswirkungen die vielleicht gerechtfertigten oder verständlichen Interessen des Nordens auf die Situationen im Süden haben.

Unser Engagement hat nur dann Aussichten auf Erfolg, wenn die notwendige Sachkompetenz vorhanden ist. Das Aufzeigen von Konfliktfeldern genügt nicht. Alternativen zum Handeln, die beiderseitige Interessen berücksichtigen, werden zu erarbeiten sein. Dazu sind gute Chancen gegeben. Bei uns im Dialogprogramm haben sich zu allen thematischen Schwerpunkten kompetente Personen in den Fachgruppen zusammengefunden. Auf diese Weise werden der Sachverstand aus verschiedenen Disziplinen und die Erfahrung in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen gebündelt. Das dient dazu, die Dialogreihen präzise vorzubereiten und durchzuführen. Wir sind sehr dankbar, daß sich diese

Fachleute zur Mitarbeit im Dialogprogramm bereiterklärt haben und zum größeren Teil auch hier zu unserer Konsultation anwesend sind.

Das Dialogprogramm stellt einen hohen Anspruch. Läßt sich dieser Maßstab in die Praxis umsetzen? Wir wollen es mit allen Kräften und mit Gottvertrauen starten. Aber ich möchte warnen vor zu großen und nicht erfüllbaren Erwartungen. Ein Dialogprogramm wird die Welt nicht verändern. Aber die im Namen des Evangeliums erhobene Stimme kann auch nicht totgeschwiegen werden. Dieses Programm ist eine Anstrengung unserer beiden Kirchen, zeitlich, personell und finanziell begrenzt. Wir werden immer wieder vor die Frage gestellt: Was können wir unter den gegebenen Voraussetzungen leisten, wenn die Arbeit sachgerecht und fundiert sein soll? Ich hoffe, daß es dennoch ein Schritt, vielleicht ein guter Schritt zu mehr Gerechtigkeit wird.

5. Was soll diese Konsultation erbringen?

Wir wissen, daß der Einsatz unserer Partnerkirchen im Süden das Wichtigste, das Grundlegende, das Vorausgehende ist, um Entwicklung zu fördern und mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Unser Dialogprogramm ist eine Ergänzung dieser Bemühungen, eine wichtige, wie wir meinen. Beides muß miteinander gehen, muß kongruent in der Zielvorstellung sein. Deshalb haben wir rund 30 kirchliche Vertreter und Experten aus dem Süden eingeladen, um sie zu fragen: liegen wir richtig? Wir erbitten Ihren Rat. Wir möchten das Programm und eine künftige Kooperation mit Ihnen abstimmen.

Damit es hier ein wirklich gutes Gespräch wird, bei dem sich jeder einbringen kann, haben wir fast zwei ganze Tage für kleine und überschaubare Arbeitsgruppen vorgesehen, die sich nach den drei Themenbereichen ordnen. Wir möchten Sie fragen:

1. Was halten Sie generell von diesem Dialogprogramm? Haben Sie Wünsche, Ergänzungen, sollen wir auf etwas verzichten?
2. Sind unsere Schwerpunkte - die drei Themenbereiche - richtig gesetzt? Oder gibt es andere, dringendere Fragen?
3. Sind die Vorhaben in den Themenbereichen, über die ich hier noch nicht im einzelnen referiert habe, richtig gesetzt? Sind das Ihre primären Sorgen? Sehen Sie andere Probleme als vorrangiger an?

Bitte beraten Sie darüber in den Arbeitsgruppen heute und morgen. Am Freitag soll über die Ergebnisse im Plenum berichtet und diskutiert werden. Dazu ist es notwendig, daß jede Arbeitsgruppe einen kurzen Bericht erstellt, der am Freitagmorgen *schriftlich* vorliegen muß. Vielleicht tun sich je eine Teilnehmerin und ein Teilnehmer aus dem Süden und Norden zur Abfassung dieses Berichts zusammen.

Am Freitagnachmittag wird mein Mitbruder Dr. Linnenbrink eine Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Diskussionen vorlegen. Dazu erbitten wir abschließende Voten. Im Programm sind drei Personen vorgeschlagen, damit sie sich schon jetzt auf ein solches Votum einstellen können. Darüber hinaus ist aber jeder dazu eingeladen, der in der ab-

schließenden Diskussion ein Votum geben möchte. Zum Abschluß unserer Konsultation wollen wir im ökumenischen Gottesdienst unseren gemeinsamen Herrn bitten, unsere Bemühungen zu segnen.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen, was uns gemeinsam zu diesem Vorhaben treibt. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland haben es bereits vor 20 Jahren in einer Erklärung zur 3. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung in Santiago de Chile folgendermaßen formuliert:

- Im Bekenntnis zur Welt als Schöpfung Gottes und zur Einheit der Menschen sprechen die Kirchen die Verantwortung für ein gerechtes und menschenwürdiges Leben für alle Menschen an.
- Im Bekenntnis zu Jesus Christus, der sich für alle Menschen hingegeben hat, wissen sich die Christen zur Liebe und solidarischen Verbundenheit mit den Benachteiligten und Unterdrückten aufgerufen.
- Der Glaube an die Erneuerung durch den Heiligen Geist und das kommende Reich Gottes befähigt die Christen, sich nicht mit den bestehenden Verhältnissen abzugeben, sondern sie um der Menschen willen zu verbessern.

Ich danke Ihnen - und besonders den Dolmetschern.

Die Rolle der Kirchen in der entwicklungspolitischen Diskussion

Hans-Peter Repnik MdB

**Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Zunächst einmal danke ich herzlich für die Einladung, an der Internationalen Ökumenischen Konsultation "Entwicklung als internationale soziale Frage" mitzuwirken, bei der das Ökumenische Dialogprogramm 1992 bis 1996 der *Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung* mit den Partnern aus den Ländern des Südens diskutiert und abgestimmt werden soll. Das erste Ökumenische Dialogprogramm 1977 bis 1979 mit dem gleichen Thema, das 1979 mit dem Entwicklungspolitischen Kongreß in Bad Godesberg zu Ende ging, stellte den ersten nachdrücklichen Versuch dar, gesellschaftliche Gruppen wie Unternehmer, Gewerkschaften und Bauernverband sowie Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einen Tisch zu bringen und auf ihre Verantwortung für entwicklungspolitisches Handeln aus jeweils eigener Kompetenz anzusprechen.

Dieses erste Dialogprogramm hatte Erfolg: keine unmittelbaren spektakulären Wirkungen, sondern Einstellungsänderungen in den verschiedensten entscheidenden gesellschaftlichen und politischen Gremien. Auch die Meinungsbildung im Parlament wurde nachhaltig beeinflusst. 1982 konnten wir im ersten entwicklungspolitischen Beschluß des Deutschen Bundestages Einvernehmen erzielen, über die Parteigrenzen hinweg.

Mit der fortschreitenden Einigung Westeuropas, den revolutionären Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und den dadurch entstandenen grundsätzlichen Veränderungen zwischen Ost und West erleben wir alle eine historische Zeitenwende. Ihre Auswirkungen gehen über die Grenzen unseres Kontinents hinaus. Sie haben heute noch unabsehbare Konsequenzen. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ist ein großartiger Erfolg des westlichen Bündnisses. Der Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen, das ideologische und praktische Scheitern des Marxismus nicht nur im östlichen Teil Deutschlands, sondern auch in Osteuropa und in der Sowjetunion machen aber nicht nur das unglaubliche Ausmaß der menschlichen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Zerstörungen als Erblast dieser Diktaturen offenkundig; sie bürden auch den westlichen Demokratien außerordentliche Verantwortung und Lasten auf.

Diese Zeitwende eröffnet auch neue Perspektiven für die Entwicklungspolitik - weltweit, insbesondere aber auch für das vereinte Deutschland. Es ergeben sich eine Vielzahl neuer Aufgaben und neuer Chancen für unsere Entwicklungszusammenarbeit.

Vor diesem Hintergrund setzt das zweite Dialogprogramm zum richtigen Zeitpunkt ein. Die Wirkungen des ersten Dialogprogramms lassen mich für dieses zweite hoffen: Hatte das erste Aufmerksamkeit, Verständnis und Verantwortung von Menschen und Gruppen auf das entwicklungspolitische Thema gelenkt, so gilt es nun, neue Bundesgenossen zu gewinnen und den Handlungswillen der Angesprochenen zu noch entschiedenerer Durchsetzung der entwicklungspolitischen Ziele aufzurufen.

Meine Auffassung von der Rolle der Kirchen in der entwicklungspolitischen Diskussion möchte ich anhand einiger Beispiele darstellen. Ich gehe dabei von den drei Themenbereichen des Dialogprogramms - Armutsorientierung, weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Friedensförderung - aus.

Etwa 1,2 Milliarden Menschen leben in absoluter Armut, die Mehrzahl in ländlichen Regionen. Sie leben auf einem Niveau, das Westeuropa und die USA vor 200 Jahren erreicht hatten. Ein Fünftel der Bevölkerung in Entwicklungsländern leidet ständig an Hunger. Knapp 180 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt, über 14 Millionen starben davon 1990. Etwa eine Milliarde können nicht lesen und schreiben. 1,5 Milliarden haben keinen Zugang zu einer geregelten Gesundheitsversorgung, ebensoviele verfügen nicht über sauberes Trinkwasser.

Hinter diesen abstrakten Zahlen stehen unmittelbar konkrete Not und menschliche Schicksale. Unseren Einsatz gegen Armut und für mehr Gerechtigkeit gebietet deshalb schon unser christlich geprägtes Verständnis von Verantwortung miteinander und füreinander in der Einen Welt, die wir nur gemeinsam für die künftigen Generationen erhalten können. Die Bekämpfung der Armut - oder besser, wie es in kirchlichen Papieren heißt: die Option für die Armen - muß oberstes Gebot sein.

Im Hinblick auf die Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit sind die Kirchen im entwicklungspolitischen Dialog besonders erfolgreich gewesen. Ihr Vorgehen in diesem Bereich betrachte ich als ein Lehrstück des gesellschaftlichen und politischen Durchsetzens eines entwicklungspolitischen Ziels.

Die beiden Kirchen hatten Grundlagen für ihr Engagement für Gerechtigkeit und den Kampf gegen Armut in der Welt in Erklärungen an die deutsche Öffentlichkeit bereits in den 70er Jahren dargestellt. Dies geschah beispielsweise durch die Denkschrift der Kammer der EKD unter dem Titel "Der Entwicklungsdienst der Kirche - ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt" im Jahre 1973 und - neben den Verlautbarungen der Weltkirche und des Papstes - der Beschluß der Gemeinsamen Synode in Würzburg 1975 "Der Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden" oder das Wort der Deutschen Bischofskonferenz 1983 "Gerechtigkeit schafft Frieden".

Schon wenige Monate nach der Bildung der neuen Regierung 1982 wurden im Jahre 1983 entscheidende Schritte zur Umsetzung der Armutsorientierung auch in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit getan: Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde eine besondere Arbeitseinheit für die Armutsbekämpfung eingerichtet und eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der auf dem Gebiet der "basisnahen" Armutsbekämpfung erfahreneren nichtstaatlichen Organisationen, darunter an vorderster Stelle der Kirchen, und der staatlichen Exekutive gebildet.

Im April 1991 wurde im Zuge dieses Prozesses der vom Bundestag angeforderte "Erste Selbsthilfebericht" vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) unter dem Titel "Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe" vorgelegt. Hier vereinigten sich die Erfahrungsberichte der beiden kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshil-

fe und die einer Vielzahl anderer autonomer nichtstaatlicher Organisationen, aber auch u.a. der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Von diesen Anstößen der Kirchen über die Beschlüsse des Deutschen Bundestages führt ein direkter Weg zu unserer heutigen armutsorientierten Politik. Armutsbekämpfung ist heute unbestritten vorrangiges Ziel deutscher Entwicklungspolitik. Auch bei der Umsetzung dieses Ziels wird wieder auf den Dialog mit den Kirchen gesetzt: bei unseren Länderanalysen, Sektorprogrammen wie auch bei einzelnen Vorhaben wird stets nach dem Zusammenhang zur Armutsbekämpfung gefragt und versucht, sie darauf auszurichten. Hierbei haben wir einen intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Kirchen vereinbart.

Das BMZ führt vor der Erstellung der wichtigen "Länderkonzepte" sogenannte "Ländergespräche" unter Beteiligung von erfahrenen Mitarbeitern der Kirchen und auch von Vertretern anderer Nicht-Regierungsorganisationen. Vor allem über politische und menschenrechtliche Rahmenbedingungen in einzelnen Ländern findet - auf Vermittlung der Kirchen - auch ein sehr aufschlußreicher Dialog mit Führungspersönlichkeiten, oft aus dem oppositionellen Lager, dieser Länder statt.

Dieser Dialog über Rahmenbedingungen und Armutsbekämpfung mündet in geeigneten Fällen in die Verbreitung kirchlicher Entwicklungsansätze durch die Übernahme solcher Ansätze in die bilaterale staatliche Kooperation oder in konkrete gemeinsame Vorhaben von Kirchen sowie Regierungen eines Entwicklungslandes und Deutschlands. Modell für eine solche "vierseitige Entwicklungszusammenarbeit" ist die in Vorbereitung befindliche Kooperation der Kirchen sowie der Regierungen Tansanias und der Bundesrepublik auf den Gebieten des Gesundheits- und Bildungswesens. Dieses Programm ist auch eine Antwort auf häufig unvermeidbare soziale Folgen von Strukturanpassungsprogrammen in armen afrikanischen Ländern.

- In dieser Kooperation findet der entwicklungspolitische Dialog zwischen Kirchen und politischen Entscheidungsträgern im Norden und - in diesem Falle - auch im Süden die konkreteste und hoffentlich erfolgreiche Wirkung für die "Zielgruppe" der Armen. Im Rahmen des neuen Ökumenischen Dialogprogramms und im Rahmen der vorbereitenden Konsultation werden Sie mit Ihren Partnern aus Tansania auch hier die tansanischen Probleme zum Beispielsfall für die armutsorientierte entwicklungspolitische Diskussion machen.

Bei alledem muß klar sein: Die grundlegenden Voraussetzungen erfolgreicher Entwicklung werden in den Entwicklungsländern selbst geschaffen. Hier müssen entwicklungs-fördernde Rahmenbedingungen geschaffen werden, auf denen unsere Hilfe aufbaut. Fehlen diese Voraussetzungen oder zumindest die Bereitschaft, sie durch entsprechende politische und wirtschaftliche Reformen zu schaffen, müssen wir dies im Sinne eines effizienten Einsatzes der uns von Steuerzahlern zur Verfügung gestellten - durchaus knappen - Mittel stärker als bisher bei Art und Umfang unserer Hilfe berücksichtigen. Die deutsche Entwicklungshilfe wird sich insbesondere an den folgenden fünf Zielvorgaben orientieren:

1. Die Beachtung der Menschenrechte ist, wenn Sie so wollen, die säkularisierte Konsequenz aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen. Sie ist nicht nur moralischer Imperativ, sondern auch unerlässlich, soll eine Strategie, die den "Menschen in den Mittelpunkt stellt", glaubwürdig sein. Das Recht auf Leben, die Würde der Person, Meinungsfreiheit, die Freiheit von Folter, die Gewährung von Religionsfreiheit und ein wirksamer Minderheitenschutz sind Maßstäbe, die wir bei der Beurteilung der Menschenrechtssituation in einem Land heranziehen.

2. Die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Entscheidungen ist ein weiteres Kriterium für die Vergabe von Entwicklungshilfe. Dabei kann es nicht darum gehen, an historischen Verfassungsmodellen ausgerichtete Maßstäbe ohne Berücksichtigung soziokultureller Unterschiede auf einzelne Entwicklungsländer zu übertragen. Wichtig ist aber, daß grundlegende Elemente einer pluralistischen Ordnung verwirklicht sind. Ein Kernpunkt ist das verfassungsmäßige Recht zur Bildung einer Opposition. Dazu gehören auch eine demokratische Wahlpraxis, Vereinigungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Presse- und Informationsfreiheit - grundlegende Bürgerrechte also, die in den internationalen, von nahezu allen Staaten dieser Welt unterschriebenen Menschenrechtskonventionen verankert sind.

3. Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind das dritte Kriterium. Die Unabhängigkeit der Justiz und die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz, auch dies säkularer Ausfluß der theologischen Überzeugung der Gleichheit der Menschen vor Gott, sind grundlegende Elemente einer rechtsstaatlichen Ordnung.

4. Die Existenz einer, wie die Weltbank in ihrem jüngsten Weltentwicklungsbericht formulierte, "marktfreundlichen" Wirtschaftsordnung meint in erster Linie den Schutz des Eigentums, das Prinzip des Wettbewerbs in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen, die Preisfindung durch den Markt sowie die Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit.

5. Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt gerade in den Entwicklungsländern hängt schließlich erheblich davon ab, in welchem Maße der Staat sich seiner Kernaufgaben annimmt und mit welcher Effizienz er sie erfüllt. Die "Entwicklungsorientierung des staatlichen Handelns" ist daher das fünfte Kriterium, das wir bei Entscheidungen über die Vergabe von Entwicklungshilfe heranziehen.

Das bedeutet, daß die Regierungspolitik unserer Partnerländer vorrangig darauf ausgerichtet sein muß, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zur Verbesserung der Lage der breiten Bevölkerung zu fördern. Um diese Ziele verfolgen zu können, müssen auch die Bereitstellung der eigenen öffentlichen Mittel des Entwicklungslandes überprüft werden. Dies wird in vielen Ländern eine Reduzierung überzogener Rüstungsausgaben erfordern.

Ohne weltweite Abrüstung bleibt weltweiter Friede ein Wunschtraum. Und wer von uns Solidarität in der Entwicklungszusammenarbeit fordert, von dem erwarten wir Solidarität bei der Erhaltung des Friedens. Doch auch die Industrieländer müssen zur Erhaltung des Friedens beitragen, indem sie in ihren Ländern die Waffenproduktion reduzieren und rigorose Waffenexportkontrollen sicherstellen.

Zur Verwirklichung dieser inneren Rahmenbedingungen können die christlichen Kirchen in unseren Partnerländern im Süden - und im Osten - erheblich beitragen. Ihr stetes Drängen in diese Richtung, vor allen Dingen, was Menschenrechte und Gerechtigkeit betrifft, ist ein wesentlicher Grund für die Furcht totalitärer und autoritärer Machteliten vor den Kirchen und ihrem Engagement im Sinne einer konsequenten und bedingungslosen Option für die Armen. Gerade in Lateinamerika hat die Theologie der Befreiung trotz verschiedener ideologischer Auswüchse dazu beigetragen, daß neben den Gerechtigkeitsanspruch der klassischen Soziallehre der sozialtheologische Anspruch der erbarmenden Liebe Gottes zu den Armen und Unterdrückten tritt.

Christsein heißt, angesichts von Unrecht und Unterdrückung, von Armut und Not, ohne Konzessionen Partei zu ergreifen für die geschundenen Mitmenschen. Auch wenn staatliche Entwicklungszusammenarbeit diesen Anspruch nicht immer mit der Unbedingtheit einlösen kann, wie dies die kirchliche Arbeit kann und tut, weil sie per definitionem zuerst die Kooperation zwischen Regierungen, zwischen Regierungen souveräner Staaten ist, wird sich staatliche Entwicklungszusammenarbeit das Eintreten für Kernfragen wie die Wahrung der Menschenrechte nicht mit dem Hinweis des Verbotes der Einmischung in innere Angelegenheiten versagen lassen dürfen. Das Eintreten für die Menschenrechte untergräbt nicht die Souveränität unserer Partner, sondern hilft, sie wertorientiert für die Menschen zu verwirklichen.

Doch die inneren Rahmenbedingungen von Entwicklung sind nur eine Seite der Medaille, die andere sind die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, für die die Industrieländer primär die Verantwortung tragen.

Hinsichtlich der Frage der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen können wir einen ähnlichen Bogen von den kirchlichen Grundsatz-erörterungen und -erklärungen über den politischen Dialog bis hin zu gewissen Wirkungen wie im Falle des Armuts-Themas schlagen. Angesichts der Enttäuschungen über den Verlauf der Uruguay-Runde vermag ich hier aber nicht von eigentlich "konkreten" Wirkungen zu sprechen.

Sie kennen aber die klare Position, welche das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hinsichtlich der "externen" Rahmenbedingungen für die Entwicklungsländer einnimmt. Die Gesamtheit der politischen Entscheidungen der Industrieländer muß mit Programmen und Zielen der Entwicklungspolitik kohärent werden. Das gilt für die außen- und handels-, die agrar- und industriepolitischen Maßnahmen der reichen Länder.

Wie externe wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Entwicklungsländer auch im Hinblick auf einzelne Sektoren oder selbst Branchen durch strukturelle Veränderungen bei uns gerechter gestaltet werden sollten, haben Sie als *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* zum Dialoggegenstand gemacht. Dazu dient beispielsweise Ihre Erklärung mit dem Titel "Neuordnung der Agrarpolitik als gesellschaftliche Herausforderung" aus dem Jahre 1989. Besonders wichtig scheint mir aber Ihre Erklärung vom Februar dieses Jahres über "Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt", weil sie aus Ihrem Dialog mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie hervorgegangen ist. Hiermit liefern Sie ein Beispiel für die Rolle der Kirchen in dem eminent wichtigen Dialog mit den

einzelnen Interessenverbänden der Wirtschaft über die Veränderung ganz konkreter Elemente der Weltwirtschaft.

Lassen Sie mich zum Thema der weitwirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch eine persönliche Erfahrung aus der jüngsten Zeit hinzufügen: meine Erfahrungen vom Umweltgipfel in Rio. Selbst wenn in Rio keine spektakulären Ergebnisse erzielt wurden - beispielsweise in bezug auf notwendige strukturelle Reformen in den Industriestaaten -, so sind doch bedeutende Einstellungsänderungen bei Politikern und bei der breiten Öffentlichkeit sichtbar geworden. Sie gehen nicht zuletzt auf das beharrliche Gespräch der in Fragen von Umwelt und Entwicklung engagierten Bewegungen und Organisationen, hier wiederum zuvorderst kirchlichen Gruppen, mit Politikern und Mitbürgern zurück. Hier haben eindringliche Sätze wie das *Misereor-Motto* "Anders leben, damit andere überleben" oder die Aktion "e" von *Brot für die Welt* ("Einfacher leben, einfach überleben, Leben entdecken" aus dem Jahr 1977) Bewußtseinsänderungen bewirkt. Von diesen Einstellungsänderungen, aber auch von Beschlüssen wie der Agenda 21 werden künftig bedeutendere Wirkungen ausgehen, als es zunächst den Anschein hatte. Eine dieser Wirkungen ist die Anfang November begonnene Erörterung der Ergebnisse von Rio in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die Generalversammlung wird auch eine Kommission "for sustainable development" zur Umsetzung und Kontrolle der Beschlüsse der Agenda 21 aus der Taufe heben. Die Agenda 21 weist gerade den Nichtregierungsorganisationen wichtige Funktionen, besonders solche des Anstoßes und der Kontrolle zu. Ich bin sicher, daß gerade die Kirchen diese Funktion aus ihrer Verantwortung für die Schöpfung heraus sorgfältig wahrnehmen werden. Und es gibt noch ein weiteres konkretes Ergebnis von Rio: Der Deutsche Bundestag wird die in Rio unterzeichnete Konvention zum weltweiten Klimaschutz als eines der ersten Parlamente der Welt in nationales Recht umsetzen.

Zum Thema Frieden als Voraussetzung für Entwicklung können wir wieder zahlreiche ermutigende Beispiele für die erleichternde und vermittelnde Rolle der Kirche in konkreten Fällen eines konfliktlösenden Dialogs anführen. In El Salvador und in Mosambik beispielsweise ist die entscheidende Rolle der Kirchen bei der Konfliktlösung bezeugt. Freilich sind auch hier eigentlich noch keine Lösungen für die den Konflikten zugrundeliegenden Gegensätze, noch viel weniger der zugrundeliegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme gefunden; die "Waffenstillstände" bleiben daher äußerst fragil. Die erzielten bescheidenen Erfolge (und nicht die überwiegend enttäuschenden Erfahrungen aus den Begegnungen der Kirchen im Konflikt auf dem Balkan) sollten für das Ökumenische Dialogprogramm Ansporn sein, auch in den teils schon eingeleiteten Bemühungen der Kirchen, in Ländern wie Guatemala oder Äthiopien Frieden zu stiften, unermüdlich fortzufahren.

Ich könnte Ihnen sehr leicht weitere Felder aufzählen und beschreiben, auf denen die Kirchen im entwicklungspolitischen Dialog - auch nach meinen eigenen Erfahrungen - erfolgreich und nachhaltig gewirkt haben. Mir kam es hier darauf an, die Fragen nach Rolle und Wirkungen anhand nur weniger Beispiele anzureißen und Sie zu weiteren Anstrengungen im entwicklungspolitischen Dialog zu ermutigen. Auch wollte ich einige Themen andeuten, die in den Schwerpunktbereichen dieses Dialogs in Zukunft anstehen und wie sie weiterverfolgt werden könnten.

Die Haltung christlichen Glaubens und christlicher Solidarität muß die Kraft haben, die Dialogpartner - auch Nichtchristen - hier wie in den Entwicklungsländern zu überzeugen. Diese Haltung muß aber auch Glaubwürdigkeit auf jene Menschen und Gruppen ausstrahlen, die als Bundesgenossen im entwicklungspolitischen Dialog für "neue Allianzen der Solidarität" auf der Seite der Kirchen gewonnen werden sollen. Das gilt beispielsweise für Gruppen, die ihr entwicklungspolitisches Engagement nicht aus dem Glauben, sondern sozialetisch von den Menschenrechten herleiten.

Neben der Option für die Armen ist kirchliche Entwicklungsarbeit gekennzeichnet durch ihr tätiges Zeugnis des Glaubens und der Solidarität: ihre Nähe zu den Menschen, das heißt einerseits und vornehmlich Nähe zu den Benachteiligten, den Armen. Nähe zu den Menschen heißt aber andererseits auch, daß das entwicklungspolitische Handeln der Kirchen wesentlich vom Engagement einzelner Mitglieder und von "basisnahen" Gruppen getragen wird, die sich der Solidarität mit den Armen verpflichtet fühlen. Beide Aspekte der Nähe der Kirchen zu den Menschen verleihen ihrer Stimme im entwicklungspolitischen Dialog überzeugende Autorität, und sie verschaffen ihr verständiges Gehör.

Ein weiteres Charakteristikum, das der Rolle der Kirchen im entwicklungspolitischen Dialog Gewicht verleiht, ist ihre Unabhängigkeit. Papst Paul VI. umreißt die Verpflichtung allen gegenüber in seiner Enzyklika "Populorum progressio" von 1967 so: "Es geht darum, eine Welt zu bauen, wo jeder Mensch, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Abstammung, ein volles menschliches Leben führen kann, frei von Versklavung seitens der Menschen oder einer noch nicht hinreichend gebändigten Natur."

Diese Verpflichtung und ihre Unabhängigkeit bedeuten auch, daß die Kirchen - wie dies das erste Ökumenische Dialogprogramm versuchte - eine Plattform für den Dialog unter Interessenverbänden bieten: Die Interessenverbände bestimmen ihre Eigeninteressen auf dieser Plattform im Kontext von internationalen Abhängigkeiten neu; diese Eigeninteressen können dann im Sinne eines Aufeinander-Angewiesen-Seins ausgeglichen werden, ja Interessenstandpunkte können sogar - wie das erste Dialogprogramm erhoffte - "Triebkraft dafür sein, Entwicklung mit eigenen Beiträgen voranzutreiben." Ich brauche hier wohl nicht hinzuzufügen, daß "Unabhängigkeit" der Kirchen, welche den Interessenten eine "neutrale" Plattform bieten, nicht bedeuten kann, daß von einer Parteilichkeit, der eindeutigen Option für die Interessen der Benachteiligten, Abstriche gemacht werden.

Kennzeichnet das Engagement der Kirchen auf der einen Seite Ungeduld im Hinblick auf die Herstellung gerechter Lebensbedingungen für die Armen, so gebietet ihnen doch auf der anderen Seite ihre langjährige, besonders in sozio-kultureller Hinsicht tiefe Erfahrung in den Entwicklungsländern Verständnis für den oft langwierigen und von Rückschlägen begleiteten Prozeß der Entwicklung. Dieses Verständnis bringen die Kirchen auch in den entwicklungspolitischen Dialog ein. Sie vermitteln damit Schutz gegen ein Gefühl der Resignation, das sich bei uns allen angesichts der Schwierigkeiten bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele oft breitmachen möchte.

Lassen Sie mich abschließend hinzufügen, daß Kirchen und entwicklungspolitische Exekutive - d.h. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Institutionen wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit - an Fach- und Sachkenntnissen auf beiden Seiten aus ihrer engen Kooperation - beispielsweise aus Ländergesprächen oder aus der "vierseitigen" Zusammenarbeit in Tansania - lernen. Wechselseitige Erfahrungen wachsen nicht zuletzt aus der langjährigen programm- und projektbezogenen Zusammenarbeit, die aus dem "Kirchentitel" des BMZ-Haushalts finanziert wird. Soeben (am 12. November) haben wir des 30jährigen Bestehens der beiden kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe feierlich gedacht. In diesen 30 Jahren haben wir gemeinsam rund 8.300 Projekte kirchlicher Partner in den Entwicklungsländern mit mehr als 5,3 Milliarden DM aus dem Bundesetat gefördert. Diese Kooperation bildet tatsächlich eine breite Erfahrungsgrundlage für den Aufbau von Fach- und Sachkenntnissen auf beiden Seiten: Basis und Anknüpfungspunkt auch für den entwicklungspolitischen Dialog. Im Namen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit darf ich hierfür herzlichen Dank sagen.

Ich hoffe, daß die Kirchen ihre entscheidende Rolle im entwicklungspolitischen Dialog - vornehmlich in den auch hier erörterten Schwerpunktbereichen der Entwicklungszusammenarbeit - dank ihrem besonderen Gewicht weiter erfolgreich wahrnehmen werden. Als einer Ihrer Partner in diesem Dialog wünsche ich Ihnen und Ihren Freunden aus den Ländern des Südens dazu reichen Erfolg.

Chancen und Grenzen des politischen Dialogs

Hans-Günther Toetemeyer MdB
Steilvertretender Entwicklungspolitischer Sprecher
der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat vor kurzem entwicklungspolitische Prüfsteine für eine Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Darin sagen wir, daß wir eine neue Entwicklungsstrategie brauchen, die fünf Punkte umfaßt, anhand derer ich das mir gestellte Thema "Chancen und Grenzen des politischen Dialogs" behandeln möchte:

1. Auf Dauer tragfähig
2. Wirtschaftlich produktiv
3. Sozial gerecht
4. Umweltverträglich
5. Menschenwürdig

Dies ist keine Prioritätenfestsetzung. Dies sind alles selbständige, nebeneinanderstehende Punkte von gleichem Gewicht. Ich bitte um Verständnis, daß, wenn ich praktische Beispiele nenne, Afrika im Vordergrund steht, denn dort kenne ich mich aus.

1. Auf Dauer tragfähig

Welche Chancen haben wir in dem Gespräch, das ich bei allen fünf Punkten so verstanden wissen möchte, daß es ein Gespräch der Europäer ist mit den Menschen, die noch heute unter den Folgen unseres Kolonialsystems leiden und mit denen wir gemeinsam überlegen, wie wir sie vorwärtsbringen.

Die Chance ist sehr groß, beim Punkt "auf Dauer tragfähig" im Gespräch mit unseren Partnern im Süden zu verdeutlichen, daß ein entscheidender Faktor die Bildung ist. Ich habe in sehr vielen Gesprächen mit afrikanischen Politikern nie Widerspruch erfahren, wenn ich gesagt habe: "Euer Staat wird auf Dauer nur tragfähig sein, wenn er über gebildete Menschen verfügt." Und ich halte diesen Punkt "auf Dauer tragfähig" im Hinblick auf eine rechtsstaatliche soziale Demokratie für ganz entscheidend, wenn ich die Frage beantworten will, welche Chancen die Staaten des Südens oder jetzt auch des Ostens haben.

Auch für ein weiteres Problem, das ich hier nur antippen möchte, nämlich für die Frage des zu hohen Bevölkerungswachstums, scheint mir dieser Punkt entscheidend zu sein. Wir werden auf Dauer tragfähige staatliche Systeme, insbesondere in Afrika nur dann bekommen, wenn Menschen nicht mehr gezwungen sind, viele Kinder zu haben, weil sie damit ja bisher ihr Alter gesichert haben - und dafür muß man Verständnis haben -, sondern wenn wir ihnen deutlich machen können, es wird auch in eurem Staat ein Sozialsystem geben, das euer Alter absichert.

Die Chancen sind da. Welches sind die Grenzen? Ich sehe, und da unterscheide ich mich von Hans-Peter Repnik, eine große Grenze bei den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Diese Programme haben (wir haben in der SPD-Fraktion vor kurzem eine große Anhörung dazu gehabt) nach übereinstimmender Meinung aller Fachleute die Situation in den 80er Jahren bis hinein in die 90er nicht verbessert, sondern verschlechtert. So sehr man dieser Idee der Strukturanpassung zustimmen mag (ich tue das im Grundsatz), so ist das, was passiert, wenn man sagt: "Wir fordern von euch Rückführung der öffentlichen Ausgaben" und die Staaten sparen dann im Bereich Bildung und Erziehung, genau der falsche Weg, und er bringt überhaupt kein Ergebnis. Ich habe Tansania immer bewundert und für mich ist Nyerere nach wie vor ein großes Vorbild - auch wenn ich seine Wirtschaftspolitik nicht akzeptiert habe - weil Tansania eines der ersten afrikanischen Länder war, das den Analfabetismus beseitigt hat. Heute müssen Kinder in Tansania als Konsequenz der Strukturanpassungsprogramme wieder Schulgeld zahlen. Hier entsteht also eine neue Klassengesellschaft. Auf Dauer tragfähig, auch als rechtsstaatliche Demokratien, werden alle diese Länder nur sein können, wenn wir sie aus der Schuldenfalle erlösen.

Allein Tansania (ich habe das vor kurzem noch in einer Diskussion im Bundestag deutlich gemacht) hat heute über 75 Prozent der Schulden seines Staatshaushaltes als Schuldentilgung zu leisten. Ein Staat, der aus dieser Schuldenfalle nicht erlöst wird, kann nicht auf Dauer tragfähig sein. Das gilt nicht nur für die staatlichen Schulden, da sind wir - hier stimme ich der Bundesregierung zu - auf dem richtigen Wege, wenn wir sagen: Wir geben den LDC-Ländern keine Darlehen mehr, sondern nur noch Grants, also Zuschüsse. Wenn da auch Schuldenerlasse in einem großen Umfang in der Vergangenheit stattgefunden haben, so bleibt das private Kapital, das in diese Länder geflossen ist. Es ist inzwischen bei den Privatbankiers längst abgeschrieben worden. Es ist überhaupt keine Belastung mehr, weil hier der Steuerzahler schon in Anspruch genommen worden ist. Also nicht nur staatliche, sondern auch private Schulden sind gemeint.

2. Wirtschaftlich produktiv

Meine Erfahrungen in Gesprächen mit Freunden in den Ländern des Südens, insbesondere denen, die ich gut kenne, sagen mir: Es wird akzeptiert, daß das System der sozialen Marktwirtschaft ein gutes Wirtschaftssystem ist. Ich lege Wert auf das Wort "sozial". Ich habe ein bißchen Sorge, daß es auch in unserem eigenen Lande nicht mehr ganz als soziale Marktwirtschaft verstanden wird. Wo sind die Grenzen? Die Grenzen sind für mich eindeutig in der derzeit geltenden Ordnung von Wirtschaft und Politik, denn diese Ordnung führt dazu - das ist wohl unbestritten -, daß die Industrieländer nach wie vor protegiert werden und daß der Handelsprotektionismus der Industrieländer den Entwicklungsländern bis jetzt keine fairen Chancen einräumt. Ich nenne nur das Stichwort "GATT". Hierzu eine Nebenbemerkung: So sehr ich den Aufruhr der französischen Bauern verstehe, rational ist er nicht. Denn gut ist an dem Übereinkommen, das zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten getroffen wurde, daß Ackerbauflächen zurückgeführt werden, und dies ist gerade in Frankreich, wo Raps und Ölsaaten produziert werden, dringend erforderlich, weil das hohe Maß an Produktion heute auf Kosten des Bodens geht, und der Boden ist nicht vermehrbar. Das heißt, rational müßten alle Politiker Frankreichs sagen, das ist eine gute Entscheidung, dieser

Kompromiß tut uns zwar weh, ist aber richtig mit Blick auf unseren Boden. Aber Sie sehen es in den Medien, vieles ist nicht nur rational. Und die Rückfrage an diesem Punkt könnte lauten: Praktiziert ihr, die ihr dieses Modell immer so gerne anbietet, in der Bundesrepublik und in Europa soziale Marktwirtschaft? Ist nicht gerade eure Landwirtschaft ein ständiger Sündenfall der sogenannten sozialen Marktwirtschaft? Denn die Landwirtschaftspolitik Europas hat mit sozialer Marktwirtschaft überhaupt nichts zu tun. Diese Frage halte ich für berechtigt, und darüber müssen wir nachdenken, bevor wir Modelle anbieten.

Ich will an diesem Punkt ein weiteres Beispiel nennen: die Straßen in Tansania. Wer in Tansania ankommt und ein bißchen über Land fährt, sieht immer wieder die neuen Löcher. Es ist ja halbsbrecherisch, über Tansanias Straßen zu fahren. Woran liegt das? Das liegt einfach daran, und darüber diskutieren wir gerade im Ausschuß sehr engagiert, daß mit Hilfe europäischer Staaten, auch der Bundesrepublik, Straßenbau in Tansania in den letzten 20 Jahren stattgefunden hat. Aber muß man sich nicht zunächst Gedanken über die ständige Straßeninstandhaltung machen, bevor man Straßen baut? Wir erleben heute, daß Straßen, die vor fünf oder sechs Jahren mit hohen Mitteln errichtet worden sind, neu gebaut oder aufwendig instand gesetzt werden müssen, weil es kein funktionierendes Straßeninstandhaltungsprogramm gibt. Strassen sind für die Infrastruktur einer Wirtschaft unglaublich wichtig. Wer also jetzt den Finger hebt und sagt: Warum denkt ihr nicht daran, der sollte besser sich selbst fragen: Warum haben wir nicht zu allererst gemeinsam mit den Freunden Tansanias Straßeninstandhaltungsabteilungen aufgebaut und dann erst Straßen errichtet? Und wir hätten sie auch dabei finanziell unterstützt. Hier ist eine weitere praktische Grenze.

3. Sozial gerecht

Jeder unserer Partner akzeptiert, daß in all diesen Staaten der Aufbau eines funktionierenden Sozialsystems wichtig ist. Es ist auch klar, daß dies nur möglich ist innerhalb der Struktur eines demokratischen Rechtsstaates, weil nur dann Sozialabgaben und Sozialleistungen demokratisch kontrolliert werden können.

Wo liegen die Grenzen? Die Grenzen liegen darin, daß hier nach meiner Auffassung nicht alle Schichten beteiligt sind, sofern es schon Entwicklungsprozesse gibt. Es fehlt eine effiziente Verwaltung innerhalb eines demokratischen Rechtsstaates, eine kontrollierbare Verwaltung. Und die Frage geht auch wieder an uns in den Norden zurück: Wenn ihr das wollt, soziale Gerechtigkeit in der sogenannten Dritten Welt, gibt es die denn bei euch schon? Beklagen nicht gerade die Kirchen im Augenblick das Vorhandensein einer Zweidrittel-Gesellschaft, das Zunehmen sozialer Armut? Wir sollten sehr vorsichtig sein, bevor wir selbst nicht unsere Hausaufgaben gemacht haben.

4. Umweltverträglich

Die Chance ist auch hier gegeben, nämlich die Einsicht, daß Umweltverträglichkeit dringend erforderlich ist. Aber wie soll ich das einsichtig machen, wenn ich über kein funktionierendes Bildungssystem verfüge? Ich habe in Tansania mal ein sehr schönes Projekt technischer Zusammenarbeit gesehen, was eigentlich gar nicht in unser herkömmliches

Schema paßt, wo in einer Grundschule die Lehrer mit den Schülern Bäumchen angepflanzt und gesagt haben, ein solcher Baum braucht soundso viele Jahre, bis er überhaupt genutzt werden kann zum Kochen, also als Feuerholz. Aber er muß sofort, wenn er abgeholzt wird, wieder durch mindestens drei neue ersetzt werden. Dies in den Erziehungsprozeß einzubringen, halte ich für ganz wichtig. Aber auch wieder die Frage an uns im Norden: Müssen wir nicht zunächst einmal unser Verhalten ändern? Ist es richtig, daß die Industriestaaten nach wie vor einen ressourcenverschwendenden Konsum betreiben, einschließlich ressourcenvernichtender Produktionsweisen? Und die weitere Rückfrage an uns: Wann fangt ihr dann an, ist voll berechtigt. 80 Prozent der Immission, die den Ozongürtel beschädigen, stammen nicht aus dem Süden, sondern aus dem Norden. Und auch bei diesem Punkt "Umweltverträglichkeit" habe ich erhebliche Bedenken gegenüber den sogenannten Strukturprogrammen der Weltbank.

Ich will ein Beispiel nennen: Wenn Ghana, das immer als Musterland vorgestellt wird, nach wie vor gezwungen wird, seine Schulden zurückzuzahlen, bevor es neue Kredite bekommt, dann wird es weiter tun, was niemand akzeptieren kann: es wird die Limba- und Teakbäume roden und exportieren - mit schlimmen Folgen für die Umwelt. In einer Pressekonferenz vor drei Jahren in Ghana habe ich begeisternde Zustimmung der afrikanischen Freunde gefunden, als ich gesagt habe: "Don't cut anymore limbatree". Aber das nützt ja nichts, wenn sie durch falsche ökonomische Auflagen der Banker gezwungen werden, Gelder durch den Export von Teakholz zu erwirtschaften.

5. Menschenwürdig

Hier gibt es die Chance der Zusammenarbeit ganz sicherlich. Aber auch hier sehe ich einen großen Nachholbedarf bei der staatlichen Entwicklungshilfe, denn die Verhandlungen - und damit bin ich bei den Grenzen - finden immer mit den Regierungen statt, und das sind nicht alles demokratisch kontrollierte Regierungen.

Basiskontakte in die Entwicklungszusammenarbeit haben nach meiner zehnjährigen Einsicht eigentlich nur die Nicht-Regierungs-Organisationen. Sie sind diejenigen, die sich um menschenwürdige Hilfe bemühen. Der Staat zielt meist daran vorbei. Ich glaube, daß der Staat auch Fehler macht, wenn er die kulturellen Hintergründe nicht genügend berücksichtigt. Es ist nicht zufällig, daß im BMZ nicht ein einziger Anthropologe beschäftigt ist. Hier ist ein großer Mangel festzustellen.

Ich habe vor kurzem mit europäischen Kollegen die Buschleute in Namibia besucht, deren Kultur durch Kolonialzeit und dann durch die Südafrikaner in der Besatzungszeit Namibias völlig zerstört worden ist. Wir können ihnen nur dadurch helfen, daß wir ihnen die Möglichkeit geben, ihre Identität und Kultur wiederzufinden. Mit Geld allein ist das nicht getan.

Hier möchte ich schließen und noch einmal auf den Anfang zurückkommen. Menschenwürdige Entwicklungszusammenarbeit wird es nur in der Zusammenarbeit mit einem sozialen, von allen Bürgern zu kontrollierenden Rechtsstaat geben.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Diskussion der Referate

Dr. Candido Grzybowski

Mir hat ihr Beitrag gut gefallen. Ich sehe die Position der Sozialdemokratischen Partei in ihrem Unterschied zu dem, was vorher der Herr Staatssekretär Repnik gesagt hat, und möchte zunächst nur vom Standpunkt einer Nicht-Regierungsorganisation beziehungsweise eines Landes der südlichen Hemisphäre oder einfach nur aus einem ethischen Grundsatz heraus die Reihenfolge der Prioritäten ändern und mit der Würde des Menschen anfangen, um mit den Fragen der Produzierbarkeit und Nachhaltigkeit zu enden. Mehr als alles andere brauchen wir eine Entwicklung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.

Zweitens gibt es eine Frage, die sich auf den Begriff der Nachhaltigkeit bezieht, der zu denken gibt. Wir in Brasilien führen eine Debatte über dieses Thema und sind der Ansicht, daß es nicht möglich ist, Nachhaltigkeit ohne Demokratie zu denken. Denn: Was ist nachhaltig? Irgendein Ding oder unsere Partizipation? Was ist wichtiger?

Wenn man den Begriff der Nachhaltigkeit nicht qualifiziert, kann man, wie Sie selber sagten, mit dem Problem der Geburtenkontrolle konfrontiert werden. Nun glauben wir aber nicht, daß wenn die Armen eliminiert werden, damit auch das Problem der Nachhaltigkeit von Entwicklung gelöst sei. Wir sind der Ansicht, daß man die Geburten kontrolliert, wenn man die Armut kontrolliert. Das heißt der Weg verläuft in die umgekehrte Richtung: Wenn wir das Problem der Armut angehen, gehen wir das Problem des Bevölkerungswachstums an. Und nicht: Wenn wir die Armen eliminieren, gehen wir das Problem der Bevölkerung an.

Ganz zu schweigen davon, daß in einem Land wie Brasilien 45 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter heute infolge einer offiziellen Politik der Geburtenkontrolle sterilisiert sind. Bis zu welchem Punkt haben die Regierungen unserer Länder oder der Länder des Nordens oder multilaterale Institutionen das Recht, dermaßen in ein fundamentales Menschenrecht einzugreifen?

Bethuel Kiplagat

Ich würde gerne einige Bemerkungen hinzufügen.

Zunächst zum Thema Ausbildung. Ich war sehr betroffen über das, was Sie zur Ausbildung sagten, die zur Zeit, aufgrund der vielen anderen Probleme, denen wir uns gegenübersehen, bei vielen Geberorganisationen kein Hauptanliegen ist. Aber ich denke, sie sollte an die Spitze jedes Entwicklungsprogrammes gesetzt werden. Persönlich beschäftige ich mich mit der Bereitstellung von Schulbüchern. Das ist ein Hauptproblem in Afrika. Wir haben herausgefunden, daß dieses Problem für Universitäten noch akuter ist. Sie müssen Bücher aus Übersee kaufen, die extrem teuer sind, besonders die technischen Bücher. Hundert Studenten müssen sich ein oder zwei Bücher teilen. Dies ist nicht nur in Kenia ein Problem. Es ist in einigen anderen Ländern sogar noch schlimmer.

Wenn Sie also über Ausbildung reden, müssen Sie auch die Lehrmittel einbeziehen. Bücher sind ein sehr, sehr wichtiges Element. Es existiert ein Hunger nach Büchern in vielen Ländern.

Betrachten wir ein anderes gesellschaftliches Problem. Wenn wir über Entwicklung reden, müssen wir uns den Demokratisierungsprozeß ansehen, der bereits erwähnt wurde. In unserer afrikanischen Gesellschaft sehen wir, daß Konflikte und Spannungen Haupthindernisse und ein Hemmnis für Entwicklung waren. Länder, die sich in solchen Konflikten befinden, benötigen unsere Aufmerksamkeit am dringendsten. Die zweite Kategorie liegt dort, wo die Macht durch Waffen und nicht durch demokratische Mittel übernommen wurde. Sogar wenn diese Länder zeitweise stabil sind, liegt in ihnen ein großes Konfliktpotential, und wir können nicht warten, bis es zur Explosion kommt.

Die dritte Kategorie sind die Länder, die sich einig darüber sind, den Frieden zu wollen. Bislang wurde nicht darüber gesprochen, jene Länder zu unterstützen, die den Demokratisierungsprozeß in einem weiteren Sinne durchführen möchten. Es reicht nicht zu sagen, jetzt haben sie Wahlen durchgeführt und somit ist alles in Ordnung. Auch diese Länder benötigen größere Unterstützung. Ich denke, Namibia ist das beste Beispiel, weil dort die internationale Gemeinschaft hinging, blieb und immer noch engagiert ist. Aber es gibt auch andere Länder, die Unterstützung erhielten, um politische Veränderungen zu fördern, doch dann ließen wir sie allein und gaben ihnen keine Hilfe mehr, weil sie nicht demokratisch genug waren oder wir fangen an, sie zu kritisieren anstatt ihnen zur Seite zu stehen.

Mein letzter Punkt ist die anthropologische Frage. Im heutigen Afrika, zumindest in Kenia, wird das Bewußtsein darüber größer, was wir unsere einzigartigen kulturellen Kenntnisse nennen. Es wird viel darüber diskutiert. Wir kamen mit unseren Projektvorstellungen, haben sie in westlicher Denkweise formuliert und sie der Bevölkerung übergestülpt, ohne wirklich das Wissen, das in der Bevölkerung vorhanden ist, in Rechnung zu ziehen. Ich habe mich mit der Lebensart von nomadischen Völkern beschäftigt und mit ihrer großen Kenntnis darüber, wie sie die Herden versorgen. Ohne diese Kenntnisse und Fähigkeiten zu nutzen, wird es keine Entwicklung geben.

Dieser letzte Punkt bezieht sich auf Entwicklung. Wir machen Hungerkrisen durch, und zwar regelmäßig. Afrika ist ein Kontinent, der an Unterernährung leidet. Dabei gibt es reichlich Proteine auf dem Kontinent, die wir nicht ausnutzen. Zum Beispiel Viehhaltung: Einige Länder haben mehr Tiere als Bevölkerung, und trotzdem leiden sie an Unterernährung, Jahr für Jahr.

Afrika hat eine Küste von über 10.000 km, aber unser Fisch wird von anderem ausgebeutet. Einige Länder weigern sich, die Seekonventionen zu unterschreiben, weil sie nur ihre eigenen Interessen sehen. Die ganze Küste, die Ressourcen des Meeres und der Seen auf unserem Kontinent werden ausgebeutet. Andere Länder profitieren davon. Ich würde gerne Ihre Meinung hierzu hören. Vielen Dank.

Hans-Günther Toetemeyer MdB

Ich stimme dem brasilianischen Freund voll zu. Wenn ich Prioritäten setzen würde, würde ich die Menschenwürde an den Anfang setzen. Ich habe eben ja gesagt, die genannten Punkte haben keine Prioritäten, sie sind alle gleichgewichtig. Ich habe den Terminus "nachhaltige Entwicklung" nicht benutzt, aus gutem Grund: Weil ich ihn nicht akzeptieren kann. Er ist mir zu unklar. Was ist eigentlich damit gemeint, und insofern stütze ich die kritische Rückfrage zu dieser Terminologie. Sie haben völlig recht, was das Problem der Geburtenentwicklung angeht, und ich habe versucht, das deutlich zu machen, allerdings sehr kurz. Es wird, und auch da stimmen wir voll überein, nur möglich sein, wenn es eine alle Menschen beteiligende wirtschaftliche Entwicklung gibt. Ich halte die in vielen Ländern durch den Staat herbeigeführte Geburteneindämmung für menschenunwürdig. Man wird das Bevölkerungswachstum nur in den Griff bekommen, wenn man klare, wirtschaftliche, alle Menschen sattmachende Wirtschaftssysteme erreicht. Also, ich freue mich, hier gibt es volle Übereinstimmung.

Zu Kenia. Ich habe selbst gesagt, die Erziehung muß am Anfang stehen. Ich bin Haushalts-Berichterstatter meiner Fraktion für den Einzelplan 23, was in unserem Budget der Haushalt für Entwicklungszusammenarbeit ist. Die Ausgaben der bilateralen, also der von der Bundesrepublik ausgehenden Hilfe für Bildung, stagnieren seit Jahren bis zum Jahr 1991 (das letzte Jahr, das ich kritisch begleitete) zwischen 10 und 14 Prozent. Dies kann nicht so weitergehen. Wenn meine These richtig ist, daß Erziehung am Anfang aller Entwicklung stehen muß, müssen wir hier Prioritäten setzen.

Die heutige Entwicklungszusammenarbeit, die ich als "Projektitis" bezeichnen möchte, ist nicht in der Lage, dieser wichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Sie haben das Problem der Bücher angesprochen, es ist mir bekannt und gilt nicht nur für Kenia, auch für die Nachbarstaaten. Man löst das ja auch nicht mit den Mitteln der Waren- hilfe, die die Fachleute unter euch kennen, wo man dann gleich reinschreibt, aber bitte die Bücher in Deutschland kaufen oder in England, sondern man löst es sehr viel besser dadurch, daß man sagt, wir helfen euch, kleine mittelständische Buch- druckereien aufzubauen. Dann werden Arbeitsplätze geschaffen, und die Menschen können Bücher selbst produzieren. Dies scheint mir der richtigere Weg zu sein. Hunger nach Büchern, das war ein schöner Ausdruck. Das ist ein gutes Zeichen, wenn es diese Art von Hunger gibt.

Zur demokratischen Entwicklung möchte ich den Satz aufnehmen, mit der Wahl ist es nicht getan. Und hier will ich spezifisch zu Kenia etwas sagen. Ich hatte vor etwa 14 Tagen eine Delegation aus Kenia bei mir im Büro, die gesagt hat, was da jetzt in Kenia läuft, hat nichts mit demokratischen Wahlvorbereitungen zu tun. Es gibt 2,5 Millionen Menschen, die gar nicht registriert worden sind, die also von der Wahl ferngehalten werden sollen. Es gibt keine Freiheit für politische Parteien, öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Wir bitten euch, schickt Beobachter nach Kenia, damit nicht am 7. Dezember gewählt wird. Allein schon die Androhung des Auswärtigen Ausschusses, in dem das diskutiert worden ist, Beobachter des Deutschen Bundestages nach Kenia zu schicken - die ersten fahren nächste Woche weg - hat dazu geführt, daß zunächst einmal auf den 29. Dezember vertagt worden ist. Ich halte nichts davon, daß Wahlbeobachter nur

bei Wahlen dabei sind. Sie müssen eigentlich drei Wochen vorher dabei sein, um die faire Chancengleichheit aller Parteien beobachten zu können.

Die große Gefahr in Afrika ist, daß riesige Erwartungen entstehen, wenn eine Wahl stattgefunden hat, wenn die Menschen, die nun zur Wahl gegangen sind auf Änderungen und Verbesserungen warten. (Derartige Wahlbeteiligungen, wie ich sie in Namibia oder jetzt in Angola erlebt habe, mit über 90 Prozent, sind ja Wahlbeteiligungen, von denen alte Demokratien nur träumen können! Wir hatten bei der letzten Bundestagswahl 72 Prozent. Auch hier die Rückfrage an den Norden, wenn wir immer die Demokratie predigen, was macht Ihr denn selbst? Beteiligen sich eure Bürger denn an Wahlen, da, wo sie ihre Stimme abgeben können?) Und die große Gefahr ist, daß nach Wahlen ein großer Erwartungshorizont aufgebaut worden ist, auch in Namibia: Wenn wir dann an der Macht sind, wenn wir unsere eigene Regierung haben, dann wird alles ganz schnell besser. Das kann gar nicht sein, und die ersten zwei Jahre in Namibia haben das auch gezeigt, verstärkt durch die Dürre dieses Jahres.

Und ich schreibe es nur - das will ich hier sehr deutlich sagen - den beiden großen Kirchen, der katholischen und evangelischen Kirche, in Namibia zu, daß sie immer wieder in jedem Gottesdienst sagen: "Was in hundert Jahren gewachsen ist, kann nicht in zwei Jahren geändert werden. Habt Geduld!". Ich bewundere die Geduld der namibischen Freunde. Aber: da ist die Bundesrepublik im Wort, und Sie kennen mich - meine Kollegen sagen: "Er kämpft im Parlament wie ein Löwe für Namibia" - ich bin stolz darauf. Aber wenn von 180 Millionen DM, die der Deutsche Bundestag durch Gesetz beschlossen hat, bis zum 30. Dezember 1992 nur 12 Millionen in Namibia angekommen sind, dann muß man doch rückfragen, ist das die Hilfe, die dieses Land zum Aufbau einer Demokratie braucht, ist das richtig? Gibt es da nicht Frustrationen, Enttäuschungen, vor allen Dingen der Bürger, die auf eine neue bessere Zeit warten? Also, ich bin voll Ihrer Meinung, mit einer Wahl ist noch nicht alles getan.

Nun noch ein Wort zur kulturellen Identität. Das ist z.B. auch das große Problem der Deutschen in der alten Sowjetunion, jetzt GUS-Staaten. Sie sagen: "Wir bleiben hier, aber nur dann, wenn wir unsere kulturelle Identität pflegen können". Und Sprache ist für mich der erste und entscheidende Faktor kultureller Identität. 2,5 Millionen Deutschstämmige fordern dies zu Recht. Und ich bin deswegen auch der Auffassung, daß in den Staaten Afrikas in den Grundschulen nicht nur die Lingua franca, meist Englisch oder Französisch, gelehrt wird, sondern ganz bewußt auch die eigene Heimatsprache. Sonst geht kulturelle Identität verloren, und dies wäre verhängnisvoll.

Cattling. Sie haben recht, overcattling gibt es in vielen afrikanischen Ländern, beispielsweise in Botswana. Aber das ist ein großes Problem, das auch mit der kulturellen Vergangenheit zu tun hat. Bei uns ist das Auto das Statussymbol, wir machen uns damit kaputt. Regen wir uns bitte nicht darüber auf, daß die Freunde in Botswana mit den Kühen ähnlich verfahren. Das ist das Statussymbol. Wir sollten miteinander darüber diskutieren, aber wir sollten erst unsere Hausaufgaben lösen, wie wir das Statussymbol wegkriegen und zu vernünftigen rationalen Überlegungen kommen.

Zu dem Stichwort: Fischräuber, Namibia, 200-Meilenzone. Neben der Sowjetunion waren wir die größten Räuber, ein Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft - die Spanier. Es gab darüber große Diskussionen im Europäischen Parlament. Ich muß hier sagen "I am ashamed", der zuständige Kommissar in der Europäischen Kommission ist ein Sozialist. Er hat die Spanier verteidigt in der Europäischen Kommission, wenn sie in Namibia Fisch rauben. Dies ist wirklich eine Schande, er müßte schleunigst ausgeschlossen werden.

Da gibt es Probleme, auch in der Europäischen Gemeinschaft, die immer so schön sagt: "Wir tun ja soviel, mit Lomé und und und. Aber gleichzeitig rauben die Spanier, und gleich hinterher kommen die Portugiesen, und dann kommen die Koreaner. Die Russen haben sich etwas zurückgezogen, sie haben nicht mehr so viel Geld, das hat auch manches Gutes. Sie rauben wichtige Bestandteile, die für die Ernährungssicherung in Namibia notwendig sind. Von daher sollten wir Namibia dabei helfen, die Fischereigrenzen besser zu bewachen, und wir sollten keine Scheu haben, auch unsere eigenen Freunde zu mahnen: "So geht es nicht".

Ivo Poletto

Meine Frage geht in die folgende Richtung: Wäre es respektlos gegenüber den Gesetzen des Marktes und der Demokratie, wenn unsere Völker - wie Brasilien oder andere Völker des Südens - die Verteidigung der sozialen Rechte auf dieselbe Art erreichen wollten wie etwa das deutsche Volk es getan hat? Die europäischen Völker haben dies erreicht durch eine Stärkung des Staates und der Ausübung der politischen Macht zugunsten der Bevölkerung.

Ich stelle diese Frage, weil wir heute in Brasilien den Eindruck haben, daß man uns auf internationaler Ebene die sogenannten absoluten Gesetze des Marktes innerhalb einer neo-liberalen Perspektive auferlegen will und damit enorme Schwierigkeiten für den Respekt vor dem Leben und für die Lebensbedingungen der brasilianischen Bevölkerung schafft. Als Beispiele, die dies belegen können, führe ich an:

In Brasilien wird aufgrund der Förderung von Privatisierungen staatlicher Dienstleistungen das wenige, was es an öffentlicher Gesundheitsversorgung gibt, abgeschafft. Die Konsequenz ist, daß laut jüngsten Zahlen, die kürzlich in der brasilianischen Presse veröffentlicht wurden, 100 Millionen Brasilianer keinen, aber auch keinen Zugang mehr zur Gesundheitsversorgung haben! Das sind mehr Menschen als die gesamte Bevölkerung Deutschlands, die wegen des Abbaus der öffentlichen Gesundheitsversorgung keine Möglichkeit mehr haben, medizinisch versorgt zu werden. Das wenige, was es gab, wurde abgeschafft in der Annahme, daß die Bevölkerung sich nun privat behandeln lasse und auf dem Markt nach entsprechenden Möglichkeiten suche.

Parallel dazu wird jeder Versuch einer Organisation, die darauf besteht, die Reallohneinbußen wieder aufzuheben - also keine Lohnerhöhungen fordert, sondern nur die realen Einbußen wiedergutzumachen versucht, um die Kaufkraft der Löhne in Brasilien wiederherzustellen - als ein Affront gegen die großen in Brasilien arbeitenden Firmen - ein-

schließlich der multinationalen Unternehmen - gewertet. Warum? Weil eine Wiederherstellung der Löhne, die heute auf ein Fünftel der Kaufkraft im Jahre 1940 reduziert sind, bedeuten würde, daß die Funktionsbedingungen der multinationalen Unternehmen aufs Spiel gesetzt würden - so sagt man dort.

So haben sie das Recht, die Preise zu diktieren, und kurbeln die Inflation an. Der Internationale Währungsfonds seinerseits will das Problem der Auslandsverschuldung nicht lösen, wenn es Inflation gibt. In welcher Richtung also funktionieren die Gesetze des Marktes? Wer hat das Recht, innerhalb der Gesetze des Marktes daran teilzuhaben? Wo ist die Freiheit?

Ich will ein weiteres Beispiel nennen, das sich auf das Thema bezieht, das Sie genannt haben. Sie sprachen das Thema "Transport" an und das Problem, daß oft Straßen gebaut werden und man später nicht mehr die Möglichkeiten hat, sie instandzuhalten. In den 50er und 60er Jahren haben multinationale Unternehmen in Zusammenarbeit mit den brasilianischen Regierungen eine Automobil- und Lastwagenindustrie aufgebaut, die in der Konsequenz auch ein Netz von Straßen erforderte. Deswegen wurde der Straßenbau forciert und der Transport schwerpunktmäßig der Straße aufgebürdet. Dies lag im Interesse der Lastwagenindustrie und des internationalen Erdölhandels, der sich hier einen großen Markt schuf. In den 80er und 90er Jahren will Japan nun die Kosten für den Transport von landwirtschaftlichen Produkten aus den mittleren und nördlichen Teilen Brasiliens senken und zwingt die brasilianische Regierung, Schulden aufzunehmen, um die nötige Eisenbahninfrastruktur aufzubauen.

Was ist der Markt? Was ist die Freiheit des Marktes? Wer ist verantwortlich für solche Entscheidungen?

So ist es: Die Gesetze des Marktes sind gut für Brasilien. Dort müssen sie absolut frei sein - aber nicht in Japan, zum Beispiel, wo alle Projekte, die Brasilien auferlegt werden - einschließlich der erwähnten Eisenbahninfrastruktur - von der JICA entschieden werden, einer Institution, in der Regierung und Konzerne sitzen.

So frage ich: Sollten nicht auch wir die politische und demokratische Freiheit haben, um effektiv Gewalten in unseren Gesellschaften zu errichten, die die Diktatur der in unseren Gesellschaften herrschenden ökonomischen Macht kontrollieren könnten? Man könnte diese Frage allerdings auch erweitern und auch Deutschland mit einbeziehen: Sollten wir nicht als Gesellschaft die Forderung nach einer demokratisch legitimierten, politischen Macht stellen, die auf internationaler Ebene die ökonomische Macht kontrolliert und verhindert, daß diese alles unternimmt, was in ihrem Interesse liegt, ohne die Konsequenzen für die Weltbevölkerung zu bedenken?

Jorge Eduardo Saavedra Durao

Für uns Brasilianer ist es wichtig, diese Unterscheidung von Marktwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft zu bedenken. Vielleicht ist es diese Unterscheidung, die es Deutschland

erlaubt hat, nicht in dem gleichen Maße wie andere Länder - selbst in Europa - mit sozialem Rückschritt konfrontiert zu werden.

Bedenken wir dieses wichtige Wort "sozial" auf dem Hintergrund der brasilianischen Realität, so fällt als erstes die permanente ökonomische Krise und die totale Unfähigkeit des Staates auf, eine soziale Politik zu entwickeln oder auch nur die Infrastruktur zu erhalten, die im Land geschaffen worden war. Dies kann nicht von den Strukturanpassungsprogrammen getrennt werden, die der Herr Abgeordnete in seinem Redebeitrag auch kritisiert hat.

Meine ganz konkrete Frage lautet: Gibt es auf deutscher Seite den politischen Willen, sich gegenüber den multilateralen Organismen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank dafür einzusetzen, daß eine Änderung dieser Politik vollzogen wird, da es unmöglich ist - zum Beispiel - die Krise des brasilianischen Staates von der Krise der Auslandsverschuldung zu trennen? Wir wissen um die wichtige und zunehmend wichtiger werdende Rolle Deutschlands bei der Festlegung der internationalen ökonomischen Beziehungen.

Was also ist effektiv die Position Deutschlands in bezug auf diese Strukturanpassungsprogramme und die Auslandsverschuldung und was könnte gemacht werden, um Bedingungen zu schaffen, die für unsere Entwicklung vorteilhafter wären?

Dr. Paul Becher

Mein Thema ist die Schuldenfrage, die Sie angesprochen haben, sowohl die staatlichen als auch die privaten Schulden am Beispiel Tansania.

Gestern haben wir in unserer Arbeitsgruppe zu diesen Fragen ebenfalls Stellung bezogen. Ich habe die Frage: Machen wir nicht einen Fehler, Sie, wir, die Kirchen, bei der Erörterung dieses Themas? Daß wir zwar, wie gestern auch, die technischen Möglichkeiten erörtern, wie man die Schulden erläßt, aber nicht genügend erörtern, wie die Kreditfähigkeit der Schuldner wiederhergestellt werden kann. Denn davon hängt ja ungeheuer viel ab.

Ihr Bild mit den Straßen in Tansania hat mich da provoziert. Sind nicht praktisch hier die Löcher nicht gestopft, die dann die neue Schuldenproblematik wieder in Gang bringen? Und was meine beiden Vorredner gesagt haben, hängt hiermit unmittelbar zusammen. Nur dann, wenn die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung auf diese Weise geschaffen werden, kommt auch die Möglichkeit, sich ausländischem Druck gegenüber zu wehren, und die Möglichkeit, im Innern eine andere wirtschaftliche und soziale Politik zu schaffen.

Also, hier ist ein Problem der nationalen Rahmenbedingungen. Und ich glaube, wir sollten darüber mehr auch als Kirchen sprechen, weil wir in Deutschland ja deswegen kritisiert werden - und Sie als Partei ebenfalls -, daß wir diese andere Seite zu wenig betonen.

Edgar Palacios

Ich teile die Einschätzung der Vertreter aus Brasilien. Lateinamerika wird tatsächlich von den internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) unterdrückt. Durch die Strukturanpassungspolitik werden in El Salvador die Armen noch ärmer. Die Verelendung schreitet immer weiter fort. Als Folge der Strukturanpassungspolitik werden 60 Prozent des Steueraufkommens von den Arbeitern und den Armen selbst erbracht. Hier sollte auch darauf hingewiesen werden, daß es in unseren Ländern und vor allen Dingen in El Salvador die sogenannten oligarchischen Gruppen gibt. Das sind wirtschaftlich mächtige Gruppen, die unter Ausnutzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Stellung Zugang zur Staatsgewalt erlangt haben. In El Salvador bedienen sich diese mächtigen Gruppen sowohl des Staates als auch der Hilfe aus dem Ausland, um bessere Voraussetzungen für ihre Kapitalakkumulation zu schaffen, wohingegen die breite Mehrheit der Arbeiter, Kleinbauern und Marginalisierten immer stärker an den Rand gedrängt wird. Vor diesem Hintergrund möchte ich die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit El Salvador näher beleuchten. Unseres Erachtens nach ist Deutschland bei der Zusammenarbeit immer sehr solidarisch mit unserer Situation gewesen, sowohl als die Hilfe eingefroren wurde, weil bestimmte Voraussetzungen nicht gegeben waren, als auch jetzt, da sie wiederaufgenommen wird angesichts des begonnenen Friedens- und Demokratisierungsprozesses. Allerdings sollten sowohl der Frieden als auch die Konsolidierung der Demokratie genauer betrachtet werden. Deutschland hilft jetzt beim Bau bzw. Wiederaufbau des einzigen Kinderkrankenhauses in El Salvador, des Krankenhauses "Blum". Im Staatshaushalt gibt es jedoch keine Mittel, die die Arbeit des Krankenhauses in Zukunft sicherstellen. Obwohl Deutschland es für die Menschen in El Salvador baut und ausstattet, stellt der salvadorianische Staat keine Gelder für die Arbeit des Krankenhauses zur Verfügung, und es wird wohl privatisiert werden. Für wen ist dann also die Hilfe bestimmt, von der wir sprechen? Was hat sie mit sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde zu tun, beides Elemente, die zu den Kriterien für die Vergabe von Hilfe gehören. In diesem Fall wäre es so, daß die Unternehmerschaft eine gut ausgestattete Institution zur Erwirtschaftung von Gewinnen auf dem Silbertablett serviert bekäme. Was geschieht in El Salvador? Hier wüßten wir gerne, welche Position die deutsche Regierung hinsichtlich der Hilfe für El Salvador einnimmt oder wie sie sie bewertet.

Es wird auch von Umweltschutz und Ökologie gesprochen. Das Entwicklungsmodell in El Salvador, sei es liberal oder neo-liberal, ist der Hauptfeind unserer Umwelt. El Salvador ist ein klassisches Beispiel dafür, wie natürliche Ressourcen fast völlig zerstört werden. Die einzige grüne Lunge, die San Salvador noch geblieben ist, ist die Kaffeeplantage "El Espino", die seit einigen Jahren von den Arbeitern als Genossenschaft geführt wird. Heute will die Regierung sie reprivatisieren und an ihrer Stelle ein Wohnviertel errichten lassen, wodurch San Salvador vollständig seiner grünen Lunge beraubt werden würde.

Wir sind der Ansicht, daß die Hilfe das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten sollte. Aber wenn wir von Völkern sprechen, meinen wir nicht nur die Regierungen, sondern auch die Bürger, die zivilen Organisationen, die Kirchen und andere spezifische Einrichtungen der Nationen. In diesem Fall lautet die Frage: Wann wird versucht werden, zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für Hilfe gegeben sind? Wer wird das tun? Nur die

Regierung? Auch die Kirchen, die Nicht-Regierungsorganisationen, die Volksbewegungen, die Armen, die Arbeiter und die deutsche Regierung sollten mitentscheiden. Wer soll gefragt werden, ob die Voraussetzungen tatsächlich gegeben sind, die Menschenwürde und Fortschritte im Bereich sozialer Gerechtigkeit zulassen?

Hans-Günther Toetemeyer MdB

Ich will nicht das wiederholen, was Sie an kritischen Punkten aus Brasilien und El Salvador gesagt haben. Ich will nur noch einmal deutlich machen, was ich mit sozialer Marktwirtschaft meine. Das ist eben nicht das Modell, das Amerika unter dem Stichwort "Reaganism" praktiziert hat. Und die amerikanischen Wähler haben jetzt darauf eine Antwort gegeben. Das ist auch nicht das, was die multinationalen Entwicklungsorganisationen tun. Was sie protegieren, was sie fordern, ist nicht soziale Marktwirtschaft, sondern liberale Marktwirtschaft.

Liberale Marktwirtschaft. Da ist die Frage erlaubt, die der brasilianische Freund gestellt hat: Wer ist denn eigentlich bei der freien Marktwirtschaft frei? Ich antworte: Nur der, der es sich selbst erlauben kann. Das heißt, nur der reiche Bürger kann den armen Staat ertragen, sonst keiner. Und damit gehen wir genau an den Problemen Zentralamerikas, Südamerikas und Afrikas und anderer Länder vorbei. Ich betone noch einmal: In einer Marktwirtschaft, die soziale Marktwirtschaft genannt wird, muß der Staat eine wichtige Rolle übernehmen. Er muß dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft eingehalten werden, die jedem gleiche Chancen gibt, die jeden in gleicher Weise staatlich belastet, je nach seiner Fähigkeit, Steuern zu bezahlen, und die diese Einkommen dazu nutzt, soziale Bedingungen, Gesundheit, Erziehung und alles das, was der Staat zu leisten hat, herzustellen. Das ist soziale Marktwirtschaft. Inwieweit wir das bei uns verwirklicht haben, die Beantwortung dieser Frage überlasse ich Ihnen.

Dies kann nur ein Modell sein, wobei wir es auch nicht theoretisch übertragen können. Ich halte nichts davon, zu sagen: Es ist ja mal schön wenn im Bundestag diskutiert wird. Und der Minister Spranger sagt: "Wir fordern als Voraussetzung die Einführung der Marktwirtschaft". Dann unterbreche ich ihn immer und sage: "Sie meinen doch wohl soziale Marktwirtschaft, Herr Minister". Da sagt er es dann immer. Aber ob er es praktiziert, ich bin nicht ganz sicher.

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit das gehört, was hier von Brasilien und El Salvador gesagt worden ist. Ein Punkt, dazu bräuchten wir jetzt noch eine Stunde, ist die Frage der Kontrolle der multinationalen Organisationen und Konzerne. Sie haben gefragt, was tut der Deutsche Bundestag, um in der Weltbank dafür zu sorgen, daß das nicht mehr passiert, was Sie dargestellt haben. Wir haben vor drei Wochen einstimmig beschlossen, dem deutschen Vertreter der Weltbank (wir haben da einen Direktor) den Auftrag des Deutschen Bundestages zu erteilen, dem Kredit für den berühmten Staudamm in Brasilien, der die Natur zerstört, nicht zuzustimmen. Das hat er getan, aber er ist überstimmt worden. Das heißt, auch das bringt nichts. Nationale Parlamente, auch das Europäische Parlament, wenn es denn mal mehr Befugnisse haben wird, was ich erhoffe, können das nicht. Wir brauchen, und lassen Sie mich das als Vision sagen, gerade an diesem wich-

tigen Punkt, ein Weltparlament. das die multinationalen Institutionen parlamentarisch kontrolliert, sonst kriegen wir das Problem nie in den *Griff*. Darauf sollten wir zuarbeiten.

Ich stimme demjenigen zu, der gesagt hat, Schulden erlassen allein tut nichts. Sie haben völlig recht. Es muß darauf geachtet werden, daß die Kreditfähigkeit hergestellt wird. Ich bin immer ein Gegner der allgemeinen Schuldenerlasse gewesen. Schuldenerlaß muß einhergehen mit der Frage, seid Ihr in Zukunft bereit, eine Wirtschaft zu führen, die nicht auf Deubel-komm-raus sich verschuldet. Denn Kredite bekommt nur der, der kreditfähig ist, da stimme ich Ihnen voll zu. Nur, erlauben Sie mir die Rückfrage: Wenn ich mir viele Industrieprojekte in Afrika ansehe, die den Afrikanern aufgeschwätzt worden sind, dann ist die Frage auch an uns, was haben wir da eigentlich gemacht? Wir haben sie selbst in eine völlig unökonomische Verschuldung hineingetrieben! Aber das ist kein Weggehen von meiner Aussage und Zustimmung zu dem, was Sie gesagt haben. Darüber sind wir uns einig.

Ja, Sie haben gesagt, die Konsolidierung der Förderung der Demokratien, ich habe eben schon betont, das darf mit der Wahl nicht aufhören. Und von daher ist dieses Beispiel des Kinderkrankenhauses in El Salvador ein gutes Beispiel. weil es zeigt, daß es keinen Sinn hat zu sagen - und das ist die Projektitis, die ich hier wieder anspreche - wir unterstützen euch beim Aufbau eines solchen Kinderkrankenhauses, ohne uns Gedanken darüber zu machen, wie setzen wir den Staat in die Lage, dieses auch fortzuführen. Es ist ja Aufgabe des Staates, das Gesundheitswesen zu finanzieren, dies ist ja gerade die Sozialkomponente der Marktwirtschaft. Wer fragt die deutsche Regierung hierzu? Die Opposition - ständig. Das ist unsere Aufgabe, wir können nur puschen, wir können immer wieder die Fragen stellen, und ich bin sehr dankbar für viele Argumente, die ich heute wieder dazugelernt habe. Wir werden nicht aufhören, diese Fragen zu stellen, die ich heute morgen hier kritisch dargestellt habe.

Berichte über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe A

Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit - Beispiel Brasilien

Oberkirchenrat Wilfried Steen

Ein Dialogprogramm zur Förderung der Demokratisierung und Partizipation.

I. Grundlegende Feststellungen

Vorbemerkung:

1. Es war ein Anliegen unserer brasilianischen Partner, von einer Vision gesellschaftlicher Entwicklung auszugehen, die eine menschliche Entwicklung ist. Damit ist nicht nur ein gemeinsames Ziel in den Blick genommen, sondern auch der Verzicht auf beliebige Themen- und Problemstellungen.
2. Unsere brasilianischen Partner verstehen sich nicht nur als Stichwortgeber für ein Dialogprogramm in der Bundesrepublik. Sie möchten weiterhin Teil des Dialogprozesses bleiben bzw. auch in der Lage sein, selbst Prioritäten im Dialogprozeß zu setzen.

Grundsätze des Dialogprozesses

1. Wir gehen bei unseren Bemühungen davon aus, daß wir ein Modell nachhaltiger, sozial- und demokratieverträglicher Entwicklung verfolgen. Dieses Modell ist dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext entsprechend zu formulieren.
2. Dies bedeutet unter anderem, daß vor allem in den Ländern des Nordens ein umfassender Wandel der Konsum- und Produktionsmuster erforderlich ist, um überhaupt die Chance für Entwicklung in den Ländern des Südens zu eröffnen.
3. Das Dialogprogramm ist deshalb als gemeinsamer Lernprozeß zwischen Nord und Süd zu begreifen - als Prozeß, in dem neue Allianzen der Solidarität insbesondere auf der Ebene der Zivilgesellschaft geschaffen werden müssen, aber auch bestehende staatliche Institutionen herausgefordert werden sollen, sich in diesen Prozeß einzubringen.
4. Unter Berücksichtigung der vorangegangenen Punkte treten wir dafür ein, dem internen Prozeß der Umstrukturierung im Norden größere Prioritäten zu verleihen. Wir regen deshalb die Einrichtung einer vierten Arbeitsgruppe an, in der Experten aus dem Süden Ansatzpunkte für Veränderungen im Norden herausarbeiten.

5. Grundlegend für das Dialogprogramm bleibt auch die Zielvorstellung: Der Bundestag beschließt, daß Entwicklungspolitik zur Querschnittsaufgabe der Politik der Bundesregierung wird.

II. Schwerpunktsetzungen

In der Gruppe bestand Konsens, daß Schwerpunktsetzungen von der Problematisierung des brasilianischen Entwicklungsmodells ausgehen müssen. In diesem Sinne sollte sich das Dialogprogramm nicht zu sehr auf "Armutorientierung" konzentrieren, sondern auf die Kritik dieses Entwicklungsmodells in seiner nationalen und internationalen Dimension. Dieses Modell brasilianischer Entwicklung ist gekennzeichnet durch soziale Ausgrenzung, durch Ressourcenplünderung, durch eine anti-demokratische Ausrichtung, durch Erzeugung von Armut. Das Dialogprogramm sollte aufzeigen, daß der Ausgangspunkt zur Überwindung der Armut bzw. der sozialen Ausgrenzung nur eine Demokratisierung im Sinne breiter Kreise der Bevölkerung sein kann.

Als konkretes Beispiel eines möglichen Dialogs unter dieser Perspektive wurde das Carajás-Projekt diskutiert. In der Region Grande Carajás ist ein gigantisches Projekt zur Eisenerzerschließung und zum Eisenerzexport unter Beteiligung der multilateralen und bilateralen Entwicklungszusammenarbeit geplant. Beteiligt sind außerdem transnationale Unternehmen, auch deutsche wie Thyssen und Mannesmann. Dieses Projekt hat bereits jetzt katastrophale soziale und ökologische Folgen gezeigt. Es ist geradezu exemplarisch für das brasilianische Entwicklungsmodell.

Aus dieser Region gibt es eine Anfrage des Netzwerkes von Nicht-Regierungsorganisationen und sozialen Bewegungen (Grupo de Trabalho de Amazonia) an das Dialogprogramm, diese Problematik aufzugreifen. Bereits in der Bearbeitung ist eine Studie der brasilianischen Partner über die Folgen des Projektes "Grande Carajás" in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht. Ebenfalls sollen die beteiligten nationalen und internationalen Akteure benannt werden. Die Ergebnisse dieser Studie sollen im Rahmen eines "Runden Tisches" mit den wichtigsten Akteuren diskutiert werden. Diese Konferenz ist für 1993 geplant. Ziel ist, auf Maßnahmen zu einer Gestaltung dieses Projektes hinzuwirken, die an einer tragfähigen, menschlichen Entwicklung orientiert ist.

III. Weitere Themenvorschläge

1. Land und Demokratie

Unter diesem Titel steht ein Dialog zwischen brasilianischen Nicht-Regierungsorganisationen, Kirchen und deutschen Hilfswerken. Für 1993 wird ein Hearing mit dem Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit geplant, das unter folgendem Thema stattfinden soll: "Der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit im Demokratisierungsprozeß".

2. Urbanisierung

Die Wichtigkeit des chaotischen Urbanisierungsprozesses in Brasilien wurde durch Pater Gogolok und Herrn Deelen hervorgehoben. Ca. 75 Prozent der brasilianischen Bevölkerung lebt heute in Städten unter menschenunwürdigsten Bedingungen. Zusammenhänge mit deutscher Industrie und Wirtschaft sind offensichtlich: Die Metropole Sao Paulo gilt als die größte Agglomeration der deutschen Industrie.

3. Agrobusiness

Agrobusiness ist ein entscheidender Bestimmungsfaktor der Logik des Agrarentwicklungsprozesses Brasiliens. Dringend erforderlich ist, daß das Thema "Agrobusiness" von den sozialen Bewegungen in beiden Ländern aufgegriffen wird, da sowohl Deutschland als auch Brasilien in die Wirkung globaler Weltwirtschaftsmechanismen eingebunden sind.

4. Europaebene

In der Arbeitsgruppe wurde die Bedeutung der europäischen Ebene gerade im Hinblick auf die Agrarpolitik unterstrichen. Die European Ecumenical Organization for Development (EECOD) wird unter Beteiligung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Süden ein Seminar zur Agrarpolitik Europas und deren Auswirkungen auf die Dritte Welt veranstalten.

5. Studie zu den deutsch-brasilianischen Beziehungen

Um wichtige Fragen in bezug auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen konkreter formulieren zu können sowie mögliche Handlungsschritte daraus abzuleiten, sollte die Gesamtheit der Beziehungen in ihrer Komplexität genauer analysiert werden.

6. Weitere Problemregionen

Brasilianische Teilnehmer hoben hervor, daß auch weitere Regionen Brasiliens bei der Planung von Dialogen berücksichtigt werden müßten. Katastrophal sei die Lage vor allem im Nordosten. Die Initiative zu Aktivitäten müßte allerdings von den Kirchen, Nicht-Regierungsorganisationen und sozialen Bewegungen der betroffenen Regionen ausgehen. In bezug auf die Nordostregion Brasiliens sind vom Seminar "Land und Demokratie" gründliche Vorarbeiten geleistet worden, auf die zurückgegriffen werden könnte.

7. Hermes-Bürgschaften

Die Fachgruppe B des Dialogprogramms wird gebeten, sich des Themas "Hermes-Bürgschaften" anzunehmen. Dies ist ein bedeutendes Konfliktfeld im Rahmen der deutschen Wirtschafts-, Finanz-, Außen- und Entwicklungspolitik. Gerade durch Hermes-Bürgschaften versinken die Länder des Südens immer tiefer in den Schulden-Sumpf.

Arbeitsgruppe A

Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit - Beispiel Tansania

Father Method Kilaini

1. Strukturanpassung

Die Auseinandersetzung mit der Thematik der Strukturanpassung muß auf verschiedenen Ebenen stattfinden und sie setzt verschiedene Schrittfolgen voraus:

1. Es muß das Verständnis erzeugt werden, daß in Tansania Strukturanpassungen notwendig sind, um das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln.
2. Die Modifikationen, die es innerhalb der Programme bereits gegeben hat, müssen realisiert und verstanden werden. Dabei muß aber auch die anhaltende Armut im Land berücksichtigt werden.
3. Das international verbriefte Menschenrecht auf Teilhabe aller Menschen an ökonomischen Prozessen muß in das Bewußtsein rücken.
4. Es muß zur Kenntnis gebracht werden, daß der überwiegende Teil des tansanischen Volkes uninformatiert ist über die Strukturanpassungsprogramme und über Belange, die sich im ökonomischen Sektor ereignen wie z.B. die Privatisierungsversuche.

Das Dialogprogramm sollte die deutschen und die tansanischen Kirchen ermutigen, sich

1. über die Strukturanpassungen gründlichst zu informieren und ein tiefgehendes Verständnis zu erlangen über die Auswirkungen der Maßnahmen auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten. Dieses Wissen sollte dann auf allen Ebenen der Kirchen diskutiert werden;
2. kritisch mit den Auswirkungen der Strukturanpassungen auseinanderzusetzen. Dies gilt besonders im Hinblick auf die sozialen Sektoren Gesundheit und Bildung und auf die drohende Gefahr, die kulturellen und religiösen Werte zu verlieren;
3. sich verstärkt dafür einzusetzen, daß das Wohlergehen jedes Menschen der zentrale Orientierungspunkt jeder Strukturanpassung sein muß. Sollte diese Orientierung nicht vorhanden sein, dann sollten die Kirchen bereit sein, notwendige Reformen vorzuschlagen.

Die tansanischen Kirchen sind ermutigt worden, eine Gruppe lokaler Wirtschaftsexperten zu bilden, die die Kirchen bezüglich der positiven und der negativen Aspekte der Strukturanpassungsprogramme und der daraus resultierenden Liberalisierung der Wirtschaft beraten kann. Ziel muß es sein, die Menschen besser zu informieren, damit diese die Prozesse verstehen und damit sie eine aktivere Rolle übernehmen können.

Die deutsche Kirche sollte dem privaten deutschen Geschäftssektor relevante Informationen zur Verfügung stellen, um die Investitionen in Tansania zu erhöhen.

II. Entwicklungshilfe für die, die am meisten betroffen sind

Es ist mit Bedauern festzuhalten, daß

1. Programme und Projekte von außen implementiert worden sind mit nur wenig lokaler Beteiligung. Diese waren deshalb nicht nachhaltig.
2. in vielen Fällen die Hilfe nicht diejenigen erreicht hat, die wirklich in Not sind, sondern versickert ist.
3. Programme unglücklicherweise "Hilfe-Syndrome verursacht haben und damit die Abhängigkeit fortgeschrieben haben.

Deshalb sollte das Dialogprogramm die tansanischen und deutschen Kirchen ermutigen:

1. Eine Bestandsaufnahme der Entwicklungshilfe zu machen. Welche Art von Hilfe muß weitergeführt werden und welche Art der Hilfe sollte reduziert werden mit Blick auf die tansanische Selbständigkeit;
2. zuzugeben, daß es viele Meinungen darüber gibt, warum Programme fehlgeschlagen sind, daß es aber kaum untermauertes Faktenwissen gibt, das diese Thesen stützen könnte. Deshalb sollten die Strukturen der Entwicklungshilfe im Süden und im Norden kritisch analysiert werden, mit großer Offenheit und dem Willen für fundamentale Änderungen, falls diese Notwendigkeit ersichtlich wird.

Arbeitsgruppe 8

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Dr. Karin Stahl

Die Frage nach dem Sinn und Zweck von Ökonomie und ihrer ethischen Orientierung zog sich durch die gesamte Diskussion. Damit verband sich eine Kritik aus theologischer Sicht an der Verabsolutierung ökonomischer Werte wie Effizienz, ökonomische Rationalität und Wachstum. Es wurde gefordert, daß die Ökonomie dem Wohle der Menschen dienen müsse und nicht umgekehrt die Menschen der Ökonomie.

1. Strukturanpassungsprogramme

Die Notwendigkeit von Strukturanpassung in Entwicklungsländern wurde nicht angezweifelt, ihre Zielsetzung jedoch problematisiert. Nach ökonomischen Kriterien soll an die Erfordernisse des Weltmarktes angepaßt werden, d.h. internationale Konkurrenzfähigkeit, ökonomische Effizienz und Handelsliberalisierung sollen erreicht werden, um Wachstum wiederzubeleben und zu stabilisieren. Eine Strukturanpassung an die Bedürfnisse der Menschen fehlt aus dieser ökonomischen Sicht. Dies wurde problematisiert. Aus kirchlicher Sicht müsse der Mensch im Blickpunkt stehen. Strukturanpassungsprogramme sollten daher auf die Erhöhung der Lebensqualität und auf Wohlstand für alle ausgerichtet sein. Dies schließt eine Orientierung an den sozialen Bedürfnissen und an ökologischer Tragfähigkeit ein. Südliche Partner betonten hier, daß das Gegenteil der Fall sei. Damit verbunden war ihre Forderung, die Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen auf die Mikroebene, auf die Haushalte, die Produktionseinheiten, den Arbeitsmarkt, den informellen Sektor etc. und auf die sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit etc. stärker zu untersuchen. Es wurde kritisiert, daß Strukturanpassungsprogramme mit der Kürzung von Ausgaben im Sozialbereich, z.B. im Bildungsbereich, die Ausbildungsmöglichkeiten und damit das Human Resource Development vermindere und so die weitere wirtschaftliche Entwicklung langfristig untergrabe.

Die sogenannten Sozialen Abfederprogramme der Weltbank finden nur in afrikanischen Staaten Anwendung. Nach Auffassung einiger Teilnehmer könnten bei anderen Staaten in Lateinamerika oder Asien soziale Härten auch durch Kürzung ihrer Militärausgaben oder Industrialisierungssubventionen ausgeglichen werden. Dies hänge aber von der Prioritätensetzung nationaler Politik ab. Die herrschende ökonomische Lehrmeinung, daß bei erfolgreicher ökonomischer Stabilisierung und Wachstum in einem trickle-down-effect die Armen wieder in den Wirtschaftskreislauf integriert werden, wurde in Frage gestellt. Gefordert seien daher nicht kurzfristige soziale Kompensationsprogramme, sondern ein grundsätzlich anderes Modell von Strukturanpassungsprogrammen, das soziale Dimensionen in das Design von vornherein einbeziehe.

Ähnliches gilt für die Umweltauswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen. Hier wurden von den südlichen Teilnehmern weitere Studien gefordert. Negative Umweltauswirkungen wie z.B. die Auslaugung der Böden durch Intensivierung der landwirtschaftlichen Exportwirtschaft oder die Erschöpfung natürlicher Ressourcen (Fisch, Wald) durch

übermäßigen Export wurden als Problem benannt. Zu überprüfen ist die Politik der Weltmarktintegration und des exportorientierten Wachstums, da Entwicklungsländer mehrheitlich nur Rohstoffe exportieren können. Strukturanpassungsprogramme transportieren nicht nachhaltige Entwicklungsmodelle in ökologischer wie in sozialer Hinsicht. Es wurden grundsätzlich alternative Modelle angemahnt. Hier besteht Dialogbedarf mit der Bundesregierung über solche alternativen Modelle. Die Bundesregierung könnte ihren Einfluß bei IWF und Weltbank geltend machen, um auf sozial und ökologisch tragfähige Modelle von Strukturanpassungsprogramme hinzuwirken.

2. Verschuldung

Der Erfolg von Strukturanpassungsprogrammen wird wesentlich davon abhängen, ob die Schuldenlast der Entwicklungsländer, die einen Großteil der Exporterlöse verschlingt, abgebaut werden kann.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß die Kirchen für eine Entschuldungspolitik eintreten sollten. Die südlichen Partner wiesen darauf hin, daß die Verschuldungskrise nicht nur als Finanzkrise, sondern u.a. als menschliche und soziale Krise zu betrachten ist.

Unterschiedliche Auffassungen bestanden darüber, ob und welche Bedingungen an Entschuldungsmaßnahmen geknüpft werden sollten. Dies setzt eine Klärung der Legitimitätsfrage der Schulden voraus. Die lateinamerikanische Position vieler NROs geht hier am weitesten. Sie stellen der finanziellen Schuld ihrer Länder eine ökologische und soziale Schuld der Industriestaaten gegenüber und fordern daher einen bedingungslosen Schuldenerlaß. Diese Position wurde nicht von allen Teilnehmern geteilt.

Problematisiert wurde, daß ein bedingungsloser Schuldenerlaß nur die Eliten begünstige, die Armen aber nicht erreiche. Einwand: Sozialen Gruppen und NROs wird dadurch aber auch ein größerer Handlungsspielraum eröffnet, da der Druck der Schuldentrückzahlungen nachläßt. Vorgeschlagen wurde ein Vorgehen von Fall zu Fall, das die Besonderheit eines jeden Landes berücksichtigt. Konditionalitäten dürfen aber nicht aufgezungen werden, sondern müssen im Dialog gefunden werden. Hier ist ein stärkerer Dialog nicht nur mit Regierungen, sondern auch mit Banken gefragt.

Spezielle Probleme:

In **Südafrika** wird der Schuldenberg der weißen Minderheitsregierung auf die schwarze Mehrheitsregierung übergehen. Damit wird das Volk mit dieser Schuldenhypothek und die erste demokratisch gewählte Regierung mit schweren Ausgangsproblemen belastet.

Mozambique: Die Schulden an die ehemalige DDR wurden von der Bundesrepublik übernommen und als kommerzielle Schulden, nicht als Schulden aus der Entwicklungszusammenarbeit klassifiziert. Ein Schuldenerlaß ist damit nach den geltenden Regeln unmöglich. Hier ist ein Dialog erforderlich.

Unterschiedliche Voten bestanden auch hinsichtlich von **debt-swaps**. Das Schweizer Modell der Bildung von Gegenwertfonds in einheimischer Währung zu 10-15 Prozent des

Wertes der erlassenen Schulden wurde vorgestellt. Diese Fonds sollen von lokalen NROs kontrolliert und in Kooperation zu nördlichen Entwicklungs-NROs und kirchlichen Hilfswerken für Entwicklungsprogramme eingesetzt werden. Das Schweizer Modell hat bisher nur in Togo Aussicht auf Anwendung. Von einem individuellen Engagement einzelner NROs in Nord und Süd in Debt-swap-Transaktionen wurde abgeraten, da dies eine hohe fachliche Expertise erfordert, die NROs oft nicht besitzen. Dies würde den Einsatz von Experten durch die NROs erfordern. Es muß außerdem sichergestellt sein, wie die Mittel der Swap-Fonds verwandt werden.

Problem: Die Banken sind oft nicht daran interessiert, Schuldtitel zu einem geringeren Wert zu verkaufen, da sie damit die Optionen auf evtl. Zinszahlungen auf den Nominalwert aufgeben. Hier muß geprüft werden, ob durch eine Veränderung der Steuergesetzgebung, die z.Z. einem Schuldenerlaß entgegenwirkt, die Haltung der Banken beeinflusst werden kann. Durch einen intensiveren Dialog mit den Banken soll mehr Information eingeholt werden, um zwischen dem, was Banken offiziell sagen, und dem, was sie zu tun bereit sind, unterscheiden zu können und Einfluß zu nehmen. NROs sollten die Möglichkeit der debt-swaps nicht völlig aus der Hand geben (Philipp. Votum), auch wenn sie nicht als Mittel zur Lösung des Schuldenproblems betrachtet werden.

3. Handel

Die Partner aus dem Süden betonten, daß die sozial Schwachen (wie die Starken) in ihrem Bemühen um Existenzsicherung und Einkommensschaffung mit den internationalen Handelsbedingungen konfrontiert sind, z.B. wenn sie ihre Produkte vermarkten wollen und durch sinkende terms of trade viel zu geringe Preise erzielen. Das Problem der sinkenden terms of trade ist auch bedingt durch begrenzte und sinkende Nachfrage in Industrieländern nach agrarischen und anderen Rohstoffen.

Dies könnte sich umkehren und Rohstoffpreise steigen lassen, wenn die ökologischen, externen Kosten für die Herstellung und Förderung von Agrargütern und Rohstoffen im Preissystem internalisiert werden. Langfristig wird dies aber Nachfrage- rückgang nach den teureren Produkten bewirken, wo sie ersetzt werden können. Man muß auf Diversifizierung der Produktion setzen. Unterschiedliche Meinungen bestanden hinsichtlich GATT und der damit verbundenen Weltmarktintegrationspolitik und Freihandelsideologie. Südliche Partner zweifeln an den angeblichen beiderseitigen komparativen Kostenvorteilen des Freihandels, da nicht alle gleich sind, der Weltmarkt von mächtigen Monopolen beherrscht wird usw. GATT fördere auch den zunehmenden Export von Lebensmitteln und stehe daher Konzepten der Eigenversorgung entgegen. Zur Sicherung der Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln sei eine Politik der Abkoppelung der Politik der Weltmarktintegration vorzuziehen.

Hinweise

In den Gesprächen wurde darauf verwiesen, daß die afrikanischen Staaten ohnehin und unfreiwillig zu ihrem Nachteil vom Weltmarkt abgekoppelt sind. Als Gegenargument wurde von dem kenianischen Vertreter erwähnt, daß Strukturanpassungsprogramme mit

Exportförderung die Subsistenzbauern in Afrika von ihrem Land vertreiben würde und dies die Eigenversorgung gefährde.

Man sollte die Auswirkungen von Handel auf die Menschen mehr beachten. Dies ist kirchliche Aufgabe. Zum Beispiel kommt verstärkter Bananenexport aus Mittelamerika nach Europa nicht unbedingt der Bevölkerung, sondern US-Konzernen zugute.

Als negative Folgen wurden die Vergiftung von Böden und Gesundheitsrisiken durch Pestizideneinsatz genannt.

Das Thema Handel und GATT verweist auf eine Vielzahl von Einzelfragen wie: Textilabkommen, Lomé-Abkommen (Aushöhlung), Zucker, Bananen, Rum etc., Osteuropa.

Problematisiert wurde die EG-Agrarexportpolitik, die in Nigeria, aber auch anderswo die nationale landwirtschaftliche Produktion zerstört hat. Hier besteht Handlungs- und Dialogbedarf. Es ist ein Meinungswandel bei den deutschen Öko-Bauern für Abbau der EG-Subventionen für Chemie-Bauern zu erkennen. Dort könnte man ansetzen.

4. Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Angeregt durch die Anfrage der brasilianischen Arbeitsgruppe, den Dialog auch über das westliche, dominierende Entwicklungsmodell aufzunehmen, da dieses die Entwicklungsmöglichkeiten in der Dritten Welt beschneide und auch den Entwicklungsstil in Dritter Welt dominiere, konzentrierte sich die Diskussion über globale Umweltpolitik auf unseren Entwicklungs-, Konsum- und Lebensstil. Unser Lebensstil des Überkonsums und der Verschwendung sei nicht-nachhaltig und habe globale Umweltschädigungen hervorgerufen. Eine globale Umweltpolitik erfordert daher die Änderung unseres Entwicklungsmodells, neue Werte von Zivilisation, die auf Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität, Bescheidenheit, Frieden und Toleranz beruhen. Es wurde darauf verwiesen, daß auch eine ökologische Strukturanpassung im Norden erforderlich ist, die den Ressourcenverbrauch drastisch einschränkt und die Umweltbelastung reduziert, um den Entwicklungsländern überhaupt ökologische Spielräume für deren Entwicklung zu eröffnen. Wenn die Industrieländer weiterhin mit 23 Prozent der Weltbevölkerung, 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen und 80 Prozent des Schadstoffes verursachen, bleibt den Entwicklungsländern kein Raum mehr für Entwicklung, selbst wenn die ökonomisch-finanziellen Rahmenbedingungen geändert werden. Es wurde einstimmig dafür plädiert, daß die Kirchen hinsichtlich der eigenen ökologischen Strukturanpassung im Norden eine klare Stellung beziehen, die Ziele ökologischer und sozialer Tragfähigkeit benennen und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen, Interessenverbänden, Ministerien etc. über Wege dorthin eröffnen müssen.

Die Kirchen sollen mögliche Interessenkonflikte ausmachen, um soziale Kosten zu minimieren. Die ökologische Strukturanpassung im Norden sollte über technische Lösungsansätze hinausgehen, sie schließt Strukturveränderungen und die Frage nach ständigem Wachstum ein. Wo sind die Grenzen des Wachstums? Daran schlossen sich theologische Überlegungen an, inwieweit solche neuen Orientierungen von Entwicklung im Christentum verwurzelt sind und wie auch der theologische Dialog zwischen Nord und

Süd darüber geführt werden kann. Einfache Lebensstile sollten nicht nur als Last und Verzicht, sondern als positive Perspektive behandelt werden. In ihrem Engagement für eine nachhaltige Entwicklung im Norden sollten die Kirchen den Dialog mit staatlichen Stellen über die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Umsetzung der UN-CED-Beschlüsse und Agenda 21 aufnehmen. Sie sollten sich zusammen mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen für eine Stärkung der "Earth Charta" einsetzen.

Dialogbedarf

1. Dialog mit Bundesregierung über die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank. Ziel: Soziale und ökologische Tragfähigkeit von Strukturanpassung. Bundesregierung soll ihren Einfluß in Weltbank und IWF entsprechend nutzen.
2. Dialog mit Bundesregierung und Banken über Möglichkeiten eines Schuldenerlasses. Möglichkeit von Swaps im Einzelfall prüfen. Swaps sind kein Instrument zur Lösung der Schuldenkrise, sondern höchstens entwicklungspolitisch nutzbar (z.B. NRO-verwaltete Gegenwertfonds). Problem der von der Ex-DDR übernommenen Schulden von Mozambique, Angola, Sambia ansprechen und auf Erlaß hinwirken. Möglichkeiten einer geänderten Steuergesetzgebung prüfen mit dem Ziel der steuerlichen Anerkennung von Wertberichtigungen nur unter der Bedingung des Schuldenerlasses.
3. Dialog auf EG-Ebene, um eine zunehmende Unterordnung von Entwicklungspolitik unter sicherheitspolitische und handelspolitische Belange zu verhindern.
4. Es besteht Monitoring-Bedarf der Post-GATT und EG-Entwicklungen, die Auswirkungen auf Spezialabkommen wie Textilabkommen, Lomé-Abkommen und Präferenzbehandlung einzelner Entwicklungsländer, z.B. Tansania und auf die Stellung der Dritten Welt in der Weltwirtschaft. Ebenso müssen die Auswirkungen der GATT-Handelsliberalisierungen auf die Eigenversorgung mit Lebensmitteln geprüft werden.
5. Monitoring, welche Konsequenzen die Internalisierung externer Kosten für Rohstoffpreise und die Rolle der Dritten Welt in der internationalen Arbeitsteilung hat.
6. Die Kirchen sollten den Dialog in speziellen Handelsfragen aufnehmen (Bananen oder Zucker oder Lomé). Welche Produkte sollte im Einzelfall geprüft werden.
7. Ein intensiverer Dialog mit Bauern, Regierung etc, auf nationaler und EG-Ebene sollte aufgenommen werden über die EG-Agrarpolitik. Dabei soll es zum einen darum gehen die negativen Auswirkungen von Exportsubventionen und Produktionssubventionen auf die Agrarproduktion (Ruin von Kleinbauern) u.a. in Entwicklungsländern zu thematisieren. Zum anderen muß auf Veränderung der extrem chemisierten, mechanisierten und industrialisierten Landwirtschaft als einer extrem anti-ökologischen nicht-nachhaltigen Landwirtschaft gedrungen werden. Die Kirche sollte im Dialog neben Gerechtigkeit auch die Bewahrung der Schöpfung im Auge haben.

8. Dialogbedarf besteht hinsichtlich einer ökologischen Strukturanpassung und Veränderung von Lebensstilen im Norden als Teil einer globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik. Der Dialog ist zu führen mit Partnern im Süden über deren Ansprüche und Forderungen über Veränderungen des dominierenden nördlichen Entwicklungsmodells. Er ist innerkirchlich zu führen sowie mit Verbänden und gesellschaftlichen Interessengruppen (Bauern, Industrie, Gewerkschaften) sowie Ministerien und Parteien. Dies ist eine große, aber notwendige Aufgabe.
9. Die Kirchen sollen im Dialog mit der Regierung darauf drängen, daß die in UNCED gefaßten Beschlüsse umgesetzt werden und die dafür erforderliche Finanzierung bereitgestellt wird.
10. Die Kirchen sollen zusammen mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen für eine Stärkung der "Earth Charta" eintreten.

Anliegen der Tansaniagruppe an die Arbeitsgruppe Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1. Die Möglichkeiten von debt-swaps und debt-conversion, die derzeit von der Regierung Tanzanias angeboten werden, sollten geprüft werden und nach Abwägen der Vor- und Nachteile ein mögliches weiteres Engagement in dem Bereich entschieden werden,
2. Die Auswirkungen von GATT auf Tanzania, insbesondere auf Kleinbauern, neue Kooperativen etc. müssen beobachtet werden. Die Partner in Tanzania befürchten nachteilige Auswirkungen. Hier könnte punktuell ein Dialog über Rohstoffpreise, Marktzugang etc. aufgenommen werden.

Anliegen der Brasiliengruppe an die Arbeitsgruppe Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1. Neoliberale Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank haben in Brasilien Rezession, Arbeitslosigkeit und soziale Marginalisierung bewirkt. Die Kirchen sollten im Dialog mit der Bundesregierung darauf drängen, daß diese Programme sozial tragfähig werden.
2. Die Kirchen sollten den Dialog für eine Entwicklungspolitik Brasiliens fortsetzen. Eine Entschuldung wird aber langfristig nur erfolgreich sein, wenn das neoliberale Wirtschaftsmodell, das von Weltbank und IWF forciert wird, geändert wird.
3. Es sollte ein Dialog zwischen Süd und Nord über das weltweit dominierende, nicht-nachhaltige "westliche" Entwicklungsmodell aufgenommen werden. Dieses Modell wird durch Weltwirtschaftsbeziehungen exportiert, von Eliten im Süden nachgeahmt und fördert nicht-nachhaltige Entwicklung auch im Süden. Eine grundlegende Änderung des Modells im Sinne globaler Nachhaltigkeit ist nötig wie auch eine Süd-Nord-Verständigung darüber.
4. Die Kirchen werden gebeten, den Dialog mit der Regierung zur Beendigung der Weltwirtschaftsblockade gegen Cuba aufzunehmen.
5. Die Kirchen sollten auch in ihrem Dialog das Problem Haiti aufnehmen und auf eine Lösung der politischen und sozialen Krise drängen.

Arbeitsgruppe C

Frieden als Voraussetzung für Entwicklung

Oberkirchenrat Klaus Wilkens

Die Fachgruppe, in der Partner aus dem Sudan, Äthiopien, El Salvador, Guatemala und der Bundesrepublik zusammenarbeiteten, tagte in der ersten Sitzung gemeinsam; trennte sich nach Regionen während der zweiten Sitzung.

Wir haben in unserer Arbeitsgruppe drei Themenfelder behandelt. Wir haben erstens gefragt: Wie können wir Partnerorganisationen in Ländern, in denen es Konflikte gibt, bei ihren Bemühungen um Frieden unterstützen. Wir haben dies gefragt im Hinblick auf das Horn von Afrika und Zentralamerika.

Wir haben zweitens gefragt: Wie können wir einen Beitrag dazu leisten, daß die Politik unserer Regierung friedensfördernder und entwicklungsfördernder wird. In diesem Zusammenhang haben wir besonders die Frage der Rüstungsexporte und die Frage der Konditionierung von Entwicklungshilfe angesprochen.

Drittens haben wir uns die Frage gestellt, ob es sinnvoll sein könnte, Partner zu einem Kongreß der Konfliktschlichter zusammenzurufen. Die Ergebnisse unserer Arbeit möchte ich versuchen, zusammengefaßt vorzutragen.

1. Wie können wir Friedensbemühungen unserer Partner in Konfliktregionen unterstützen?

Einige allgemeine Bemerkungen dazu. Uns ist sehr deutlich geworden, daß das Dialogprogramm die Friedensfrage zukünftig als einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt aufgreifen muß. Man kann über Gerechtigkeit nicht reden, ohne auch die Friedensfrage, die sich überall da stellt, wo um mehr Gerechtigkeit gekämpft wird, ernstzunehmen. Und man kann von Frieden nicht reden, ohne nicht auch nach der Gerechtigkeit zu fragen. Hier wie auch bei der Eindämmung und Überwindung von Konflikten ist ein verstärktes Engagement der Kirchen gefordert und notwendig. Und das Beispiel von Mozambique und El Salvador hat gezeigt, daß die Kirchen des Nordens dazu wirksame Beiträge leisten können.

Eine solche Unterstützungsrolle können wir jedoch nur wahrnehmen, wenn wir mit den Partnern in den Konfliktregionen sehr eng kooperieren und einen regen, kontinuierlichen Informationsfluß mit ihnen gewährleisten.

Uns ist auch deutlich geworden: Wenn wir uns in diese Arbeit hineinbegeben, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß dies eine langfristige Aufgabe ist. Mit der Unterzeichnung von Friedensabkommen, das kann man am Beispiel von El Salvador sehen, ist es noch nicht getan. Dann erst beginnt die Konsolidierung des Friedens, die Umsetzung der vereinbarten Schritte zum Frieden, die Beseitigung der Konfliktursachen.

Es wird auch um eine vorbeugende Friedensarbeit gehen müssen, die die konflikt-trächtigen Situationen untersucht und latente und akute Konfliktursachen frühzeitig zu erkennen versucht. Unsere Rolle bei der Unterstützung von Konfliktregelungen werden wir nur spielen können, wenn unsere Bemühungen darauf zielen, die zivile Gesellschaft in den Ländern der Konflikte zu stärken und zu entwickeln.

Wir haben uns dann in getrennten Gruppen gefragt, was dies für die verschiedenen Konfliktregionen bedeutet. Und hier möchte ich jetzt über die beiden Regionen - Horn von Afrika und Zentralamerika - sprechen, mit denen wir uns befaßt haben.

Die Aufgabe, die sich uns im Sudan stellt, besteht nach unseren Überlegungen vor allem darin, daß wir unseren Partnern helfen müssen, die Grundlagen eines gerechten und dauerhaften Friedens zu schaffen. Es besteht ein Klärungsbedarf hinsichtlich der Form einer demokratischen Regierung, die das Problem der Ethnizität im Blick hat und in eine demokratische Struktur einbindet, ohne neue Konfliktpotentiale zu schaffen. Es ist weiter gesagt worden, daß sich das Problem des islamischen Fundamentalismus in dieser Region unheilvoll auswirkt. Offensichtlich ist die derzeitige Regierung des Sudan unter dem Eindruck des fundamentalistischen Islam bestrebt, das Land mit starker Unterstützung von außen in einen islamischen Gottesstaat zu verwandeln. Diese geopolitischen Zusammenhänge sind uns eindrücklich vor Augen gestellt worden, insbesondere die Rolle des Iran in diesem Zusammenhang. Uns geht es nicht darum, zu einem Kreuzzug gegen den Islam aufzurufen. Aber die Auswirkungen eines solchen islamischen Fundamentalismus auf die Menschenrechte, auf die Frage der Demokratisierung, auf die Konfliktlösungsstrategien und auf die regionale Stabilität und Sicherheit müssen genau untersucht werden. Wir haben dann ganz konkret gemeint, daß wir unseren Partnern, die sich insbesondere ja im südlichen Sudan befinden, der von diesen Entwicklungen in einer fast schon unbeschreiblichen Weise betroffen ist, Gelegenheit geben müssen, daß sie ihre Vorstellungen hinsichtlich der Zukunft des Landes gemeinsam klar formulieren und artikulieren und auch öffentlich machen können. Zu diesem Zweck sollten die Kirchen dieser Region mit organisatorischer und finanzieller Unterstützung der Kirchen des Nordens zu einer Konferenz zusammenkommen können, auf der das Ziel, eine gemeinsame politische Plattform zu erarbeiten und zu formulieren, verfolgt werden kann.

Nicht so ausführlich ist dann über die Konfliktregion Äthiopien gesprochen worden. Hier ist die Situation so, daß das, was mit dem Stichwort der zivilen Gesellschaft gemeint ist, durch den jahrzehntelangen Bürgerkrieg und das Mengistu-Regime völlig zerstört worden ist. Es gibt erste zaghafte Ansätze einer Selbstorganisation. Aber die einzigen Einrichtungen, die ein Gegengewicht zu den Herrschaftsinteressen, die sich jetzt neu etablieren, bilden könnten, sind die Religionsgemeinschaften. Und auch sie sind schwach und auch auf die Aufgabe, ein solches Gegengewicht zu stellen, nur unzulänglich vorbereitet. So stellt sich hier insbesondere die Aufgabe, die Kirchen zu ermutigen und zu unterstützen, sich aktiv den gesellschaftlichen Herausforderungen zuzuwenden und ihnen gemeinsam mit der muslimischen Gemeinschaft zu helfen, daß sie einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und zur Stärkung neuer sozialer Bewegungen und damit zum Entstehen einer starken zivilen Gesellschaft leisten können.

Die Friedensbemühungen in El Salvador haben wir ausführlich in der anderen Gruppe diskutiert. Hier ist die Situation so, daß im Januar diesen Jahres nach einem ebenfalls jahrzehntelangen brutalen Bürgerkrieg ein Friedensvertrag geschlossen werden konnte. Bis zum 15. Dezember diesen Jahres sollen alle in diesem Vertrag vereinbarten Zusagen in die Praxis umgesetzt sein. Dies, und das kennzeichnet die derzeitige Situation, ist jedoch keineswegs eingelöst worden. Es gibt erhebliche Verzögerungen. Sie wirken sich auf beide Seiten aus, da nach dem Prinzip der Gleichzeitigkeit verfahren wird, d.h., wenn die eine Seite ihre Zusagen nicht einlöst, ist auch die andere nicht verpflichtet und wohl auch nicht in der Lage, ihre Zusagen einzulösen. So hat sich hier eine kritische Situation ergeben, in der die repressiven Kräfte des Landes Vorteile für sich zu gewinnen versuchen. Es gibt Androhungen von Putschversuchen, es gibt verstärkt Bedrohungen von Todesschwadronen, von denen auch gerade unsere Partner betroffen sind. Und es gibt Versuche sich jetzt mit Hilfe einer gewaltigen Medienkampagne Startvorteile für die 1994 vorgesehenen Wahlen zu sichern.

Was in dieser Situation von unserer Seite getan werden könnte, ist z.B., daß die deutschen Kirchen - so wurden wir von unseren Partnern gebeten - ihre guten Beziehungen zur Bundesregierung und den politischen Parteien aktiv nutzen, um die Anliegen, Sorgen und Probleme unserer Partner an die politischen Entscheidungsträger in unserem Lande heranzutragen.

Gefordert wurde auch, daß die wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit der Bundesregierung mit El Salvador abhängig gemacht wird von den Fortschritten bei der Implementierung des Friedensvertrages und, daß die salvadorianischen Kirchen und Volksorganisationen die Möglichkeit haben, ihre Sicht über die Ausführung des Friedensvertrages auch gegenüber den politischen Stellen hier direkt vorzutragen. Die politisch Verantwortlichen in unserem Lande dürften nicht nur das geschönte Bild der Regierung von El Salvador vor Augen haben, sondern müßten auch die Stimme der Kirchen und Volksorganisationen über die Umsetzung des Friedensvertrages deutlich erfahren.

Als ein wichtiger Punkt ist dann herausgestellt worden, daß die Konsolidierung des Friedensprozesses in El Salvador unterstützt werden muß durch die öffentliche Entwicklungshilfe, daß also hier in einem ganz buchstäblichen Sinne Frieden und Gerechtigkeit zusammengesehen werden müssen. Es geht um eine Entwicklungshilfe, die die Menschenrechtsaspekte, die ökologischen Aspekte, eben alle Sektoren des gesellschaftlichen Lebens einbezieht. Diese öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik muß ferner darauf dringen, daß die Regierung von El Salvador in diesem Zusammenhang ihren eigenen Beitrag leistet. Derzeit, so wurden wir unterrichtet, ist es so, daß im Staatsbudget von El Salvador für Aufgaben, die sich als laufende Kosten aus Entwicklungsprojekten ergeben, also z.B. für den Unterhalt von Bildungseinrichtungen und von Krankenhäusern, die mit Hilfe der Bundesrepublik dort gebaut werden, keine Mittel eingestellt sind. Vielmehr wird versucht, durch Privatisierung solcher Einrichtungen oder auch dadurch, daß man versucht, die laufenden Kosten aus Entwicklungsgeldern zu finanzieren, sich der eigenen Verantwortung zu entziehen. Offensichtlich geschieht dies auch, um weiterhin entsprechende Mittel für den großen Militärhaushalt zur Verfügung zu haben. Hier ist ein Politikdialog erforderlich, der die Regierung von El Salvador dazu nötigt, ihre Entwicklungsaufgaben eigenverantwortlich und angemessen wahrzunehmen.

Dann wird es nach wie vor notwendig sein, daß wir in allen Fällen von Bedrohungen durch Todesschwadronen und auf welche Weise auch immer unsere bisher schon praktizierte Solidarität unverändert fortsetzen durch Interventionen bei den politisch Verantwortlichen und, das wurde sehr herausgestellt, durch die Entsendung ökumenischer Delegationen in diese Konfliktregion.

Es wurde auch gefragt, ob es nicht sinnvoll sein kann, daß sich die Kirchen, die bei uns im Dialogprogramm zusammenarbeiten sehr viel stärker mit den Kirchen in den USA zusammenschließen, um zu einer gemeinsamen Vorgehensweise bei der Unterstützung von Friedensbemühungen in Zentralamerika zu kommen.

Beschäftigt hat uns ausführlich dann die Konfliktregion **Guatemala**, unmittelbar El Salvador benachbart und doch deutlich davon unterschieden. Hier ist man noch nicht so weit, daß man auf einem abgeschlossenen Friedensvertrag aufbauen kann. Hier bemüht man sich unter größten Schwierigkeiten, einen solchen Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien, der Regierung und der Guerilla zustandezubringen. Bischof Quezada Toruño ist der offizielle Vermittler in den Bemühungen um einen solchen Friedensvertrag. Er hat damit eine ganz entscheidende, aber auch außerordentlich schwierige Rolle übernommen. Die Bemühungen gehen dahin, einen solchen Friedensvertrag in drei Etappen zu erreichen. Zunächst geht es darum, ein Abkommen über Menschenrechte und Demokratisierung zu erzielen, dann ein Abkommen über die Konfliktursachen und schließlich über die Demobilisierung der Guerilla. An der ersten Frage, an der Frage eines Abkommens zur Menschenrechtsproblematik haben sich die Verhandlungen seit einem Jahr völlig festgefahren. Der Vermittler, Bischof Quezada, ist in der schwierigen Position, daß er einerseits seine Neutralität als Vermittler wahren muß, auf der anderen Seite sich das Vertrauen beider Konfliktpartner erhalten muß und sich der Tatsache ausgesetzt sieht, daß der Verhandlungsspielraum, konkret auf die Frage der Menschenrechte bezogen, auf Null geschrumpft ist. Er bedarf unserer aktiven Unterstützung und nicht zuletzt unserer Fürbitte.

Die Handlungsmöglichkeiten der GKKE im Blick auf die Situation in Guatemala sind begrenzt. Hier kommt hinzu, daß es ein Druckpotential gegenüber den Konfliktpartnern nur eingeschränkt gibt, weil z.B. das Militär in Guatemala nicht oder nur zum Teil auf finanzielle Hilfen aus dem Ausland angewiesen ist. In El Salvador ist es sehr stark von den USA unterstützt worden. Hier in Guatemala erwirtschaftet das Militär im Lande durch eine ausbeuterische Wirtschaft das, was es zu seinem Unterhalt benötigt und von daher ist die Einwirkungsmöglichkeit begrenzt. Bischof Quezada hat uns dennoch ermutigt, auf die Verhandlungspartner auch über unsere Regierung einzuwirken und sie in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse zur Einigung zu mahnen. Vor allem wird es auch hier darum gehen, die Volksorganisationen, also die zivile Gesellschaft, zu unterstützen und international abzustützen. Dabei muß man sehen, daß Guatemala heute nicht eben im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht und daß unsere Solidarität darum noch sehr viel aktiver wahrgenommen werden muß. Hierbei wurden auch der Lutherische Weltbund und der Weltkirchenrat genannt. Auch hier wurde unterstrichen, daß wir unserer Solidarität durch Delegationen erkennbar Ausdruck geben sollten.

2. Welche Beiträge können wir leisten, um die Politik unserer Regierung friedens- und entwicklungsfördernder zu gestalten?

Hier haben wir uns der Frage der Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit gestellt, die bei uns bereits seit längerem lebhaft diskutiert wird. Es wurde in unseren Gesprächen deutlich gemacht, daß man, wenn man über Konditionierung von Entwicklungshilfe nachdenkt, ein gemeinsames Verständnis auch mit den Verantwortlichen öffentlicher Entwicklungshilfe darüber erzielen oder haben muß, was eigentlich Entwicklung ist. Da haben wir zwar gute Absichtserklärungen, aber im konkreten Fall ist immer wieder deutlich zu machen, daß Entwicklung nicht gleichzusetzen ist bzw. sich nicht erschöpfen kann in wirtschaftlichem Wachstum, sondern daß Entwicklung alle sozialen Sektoren, die Entwicklung der humanen Ressourcen, insbesondere Bildung einschließen muß.

Daß man Konditionierung ins Auge faßt, wurde von unseren Partnern in Zentralamerika, aber auch am Horn von Afrika nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dabei kommt es aber darauf an, daß die Motive einer solchen Konditionierung und die Informationsgrundlage für entsprechende Konditionen sehr gründlicher Untersuchung und Klärung bedürfen. Hier müßten, so wurde betont, unsere Partnerorganisationen in den betroffenen Ländern ein entscheidendes Wort mitsprechen dürfen, um die Ausgangslage, auch die Implementierung solcher konditionierten Entwicklungshilfe unseren Entwicklungspolitikern deutlich darstellen zu können. Hier, so hat uns Herr Neyer berichtet, gibt es Angebote des BMZ, solche Informationen, wie wir sie über unsere Partner beschaffen können, aufmerksam zu hören und zu berücksichtigen. Davon müßten wir allerdings dann auch wirklich aktiven Gebrauch machen.

Ich erinnere mich deutlich: Als ich mit einer ökumenischen Delegation in El Salvador war und wir bei einer abschließenden Pressekonferenz sagten, wenn die Menschenrechtsverletzungen - das war damals kurz nach dem Mord an den sechs Jesuiten und den Frauen - sich nicht änderten, dann werden wir Kirchen bei der Bundesregierung darauf dringen, daß die Entwicklungshilfe eingestellt wird, da war das der Punkt, an dem alle aufmerksam wurden. So kann es Situationen geben, wo in diesem Sinne auch die Kirchen darauf dringen, daß solche Konsequenzen gezogen werden. Es muß freilich bedacht werden, daß eine solche Blockade oder eine solche Einschränkung von Entwicklungshilfe zwar die Regierung unter Druck setzt, - das ist ja das Ziel -, aber doch vermieden wird, daß das Volk darunter leidet. Ein Weg könnte sein, daß man die Finanzielle Zusammenarbeit, von der insbesondere die Regierung profitiert, beendet, aber die Technische Zusammenarbeit, die sich gezielt auf bestimmte, dem Volke zugute kommende Projekte bezieht, fortsetzt. Dies schien uns eine Möglichkeit zu sein, dieser Schwierigkeit zu begegnen. Sehr deutlich wurde gesagt: Wenn die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen zur Kondition gemacht wird, dann müssen die Kirchen sehr darauf achten, daß diese Auflage nicht in Widerspruch mit den anderen Auflagen gerät, die die Einhaltung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Privateigentum und eine menschliche Entwicklung fordern, daß also die soziale Komponente der Marktwirtschaft nicht verloren gehen darf. Wir wurden aufgerufen, einem "wildem Kapitalismus", wie ihm auch von Weltbank und IWF immer wieder Tor und Tür geöffnet werden, deutlich zu widersprechen.

Die Frage der Rüstungskontrolle oder der Kontrolle von Rüstungsexporten ist mit Blick auf die Region am Horn von Afrika diskutiert worden. Hier ist das Problem, daß vom Iran massiv Rüstungsexporte in den Sudan finanziert werden. Vor allem das Vorhandensein riesiger Waffen- und Munitionsbestände führt insbesondere in Äthiopien und Somalia zu ernstesten Problemen, weil die hier angehäuften Waffen auf einem freien Markt erhältlich sind und zum Bandenunwesen und damit zur großer Unsicherheit beitragen.

Grundsätzlich müßten die Bemühungen der Kirchen darauf gerichtet sein, die Rüstungspirale runterzuschrauben und allen Versuchen, die das Gewaltpotential durch Export von Rüstung noch weiter stärken, entschlossen zu widersprechen, auch wenn es politische Gründe geben mag, die so etwas nahelegen.

Auch die Frage regionaler Sicherheitskonzepte für Afrika wurde als eine wichtige Frage, die weiter zu verfolgen ist, angesprochen.

3. Kongreß der Konfliktschlichter

Der letzte, dritte Punkt geht ganz schnell. Dazu wurde gesagt, und das ist ja auch ganz schön, wenn so etwas bei einer solchen Beratung herauskommt: Das stellen wir erst einmal zurück. Denn wir haben uns schon eine ganze Menge Aufgaben vorgenommen. Das hat nicht erste Priorität.

Auf der anderen Seite wurde sehr deutlich gesagt und insofern schränke ich dies nun auch gleich wieder ein, daß es außerordentlich sinnvoll sein kann, wenn sich im konkreten Fall Vertreter von Kirchen aus Konfliktregionen, die sich um Vermittlung bemüht haben, mit Vertretern von Kirchen, die dasselbe in anderen Regionen tun, zusammensetzen können. Also als Beispiel wurde gesagt, Kirchenvertreter aus Mozambique, die sich dort um Frieden bemühen, mit Vertretern von Kirchen in El Salvador und auch Guatemala. Ein solcher Dialog, ein Süd-Süd-Dialog oder wenn auch die GKKE, weil auch wir dabei etwas lernen können, eingeschlossen sein soll, ein trilateraler Dialog von Konfliktschlichtern könnte hilfreich und sinnvoll sein.

Wir haben das spannende Erlebnis gehabt, Vertreter zweier ganz verschiedener Regionen, Vertreter vom Horn von Afrika und aus Zentralamerika an einem Tisch zu haben. Das ergab eine außerordentlich bewegende und spannende Diskussion. Ich habe mich bemüht, einige Ergebnisse aus diesem Dialog Ihnen vorzutragen.

Aussprache über die Berichte aus den Fachgruppen

Manfred Sollich

Wenn ich richtig sehe, dann unterscheidet sich der Bericht der Gruppe A - Tansania - von den anderen Vorhaben, indem die hier definierten Vorhaben sich eigentlich sehr nach innen richten. Was meine ich damit?

Da war die Rede von den Informationen, die nötig sind über den Anpassungsprozeß an die Betroffenen. Da war die Rede von Bemühungen, zu verdeutlichen, um was es geht, um das verständlich zu machen. Da war die Rede von der Beteiligung und der Einbeziehung der von der Armut am stärksten Betroffenen. Es war schließlich im letzten Punkt zur Demokratisierung die Rede von Konsultationen und Poren, die auch wieder einbeziehen. Ich habe hier den Eindruck, die Zielrichtung, die gewünscht ist von unseren Partnern, ist so etwas wie die Ingangsetzung eines Prozesses und die Freisetzung einer Dynamik von unten her. Und wenn ich das vergleiche mit den anderen Berichten, dann habe ich da eher den Eindruck, daß die anderen Gruppen davon ausgehen, Wissenspotential zu organisieren und damit Druck auszuüben nach oben hin zur Regierung. Mir scheint, da liegt ein erheblicher Unterschied drin und ich wäre ganz froh, wenn dazu noch ein Echo käme.

Harry Neyer

Ist das auch so zu verstehen, daß der Eindruck besteht, daß es mehr auf Tätigkeiten und Bemühungen in Tansania zielt, was vorgetragen wurde, und weniger auf Vorschläge, was wir im Dialogprogramm hier in der Bundesrepublik tun sollen?

Manfred Sollich

Nein, ich habe hier den Eindruck, daß sehr wohl geschätzt wird, eine Art Partnerschaft, ein Zusammenwirken in dieser Zielrichtung, daß aber sehr wohl als Ziel auch für uns im Blick sein soll, die Mobilisierung, die Selbstorganisation, die Stützung der Selbstorganisation der Armen in Tansania in diesem Beispiel.

Leo Schwarz

In dem Bericht von Tansania wurde gesagt, den Weg zu den Armen zu finden, ist auch in der Zusammenarbeit mit den Hilfswerken nicht ganz leicht, weil sehr viele Prioritäten vorgegeben werden. Als wir zum ersten Mal mit der Regierung im Gespräch waren, mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, und gesagt worden ist, daß wir in dieses Dialogprogramm das Land Tansania als einen klassischen Fall aufnehmen möchten, in dem Zusammenarbeit notwendig ist und besonders jetzt auch gefordert wird, da gab es von seiten des Bundesministerium eine sehr große Zurückhaltung. Da war

man also nicht begeistert davon, da hatte man den Eindruck, als würde es als ein sehr schwieriges Land dargestellt, wo man dann auch wenig machen könnte. In dem Bericht, den ich jetzt gehört habe, ist das nicht so angesprochen worden. Was waren eigentlich die Bedenken der Bundesregierung und was können wir von uns aus wirklich dagegen setzen? Eine solche Konsultation sollte uns ja auch fähig machen, daß wir hieb- und stichfest gerade solche Einwände überwinden können.

Method Kilaini

Tansanias Ziel war schon seit 1967, daß sämtliche Entwicklungen, trotz der politischen und besonders der ökonomischen Schwierigkeiten, ihren Beginn im Land selber und an der Basis haben müssen, als Teil unserer traditionellen und kulturellen Wurzeln - auch wenn dies in der Praxis fehlgeschlagen ist.

Bevor wir große Beiträge für das Dialogprogramm liefern, müssen wir zuerst das Feedback aus Tansania haben. In unserer Gruppe, die sich mit dem Strukturanpassungsprogramm beschäftigte, waren mehr Wirtschaftsfachleute als Theologen. Wir kamen zu dem Schluß, daß es zu einfach wäre, das Strukturanpassungsprogramm (SAP) als ganzes zu verwerfen. Es ist eine Tatsache, daß wir es in einigen Fällen brauchen. Wir können nicht einfach sagen: widersetzt euch dem Programm. Wir mußten aber in unserer Gruppe feststellen, und dies schließt die deutschen Kollegen ein, daß wir keine Detailkenntnisse zum SAP haben und daß wir nicht genug über die Auswirkungen auf die armen Menschen wissen. Folgerichtig sollten wir erst einmal hingehen und schauen, welche Folgen das Programm auf die Menschen hat, bevor wir beginnen, es zu bewerten.

Dies ist der Punkt, an dem wir uns von unseren brasilianischen Freunden unterscheiden. Sie sind schon viel länger in diesen Strukturanpassungsprogrammen, während wir erst 1986 mit dem ersten begannen. Tatsache ist, wann immer wir die Programme kritisieren, hatten die Verantwortlichen der Weltbank die Fehler bereits gesehen und befanden sich bereits im Prozeß des Revidierens, so daß wir mit unserer Kritik immer hinter der Zeit waren. Deshalb kommen wir in Form einer Resolution zu dem Schluß, daß wir uns als erstes über die Strukturanpassungsprogramme informieren müssen, sowohl in Deutschland als auch in Tansania. Wir sollten die Details der tansanischen Strukturanpassungsprogramme genauer kennen, dann erst können wir ihre Auswirkungen kritisieren. Zunächst müssen wir über Auswirkungen auf die Sektoren Erziehung und Gesundheit Bescheid wissen. Wenn wir uns auskennen, werden wir sie informieren, so daß sie uns helfen können, die Schwierigkeiten zu bekämpfen. Wir können nur dann Anwälte sein, wenn die Basis uns ihre Vorstellungen gibt. Wir meinen, daß eure Zielsetzung auf unsere Probleme gerichtet sein sollte und von diesen Problemen aus könnt ihr euch für uns einsetzen. Das gilt auch für den politischen Teil. Demokratisierung in Tansania kann nur erfolgreich sein, wenn sie ihren Ursprung im Land selber hat, nicht wenn sie von außen kommt. Wir glauben, daß wir weder eine demokratische Partei noch irgendeine andere Partei formen können, die irgendwo in Europa gebildet wurde, um Tansania zu demokratisieren. Aus diesem Grunde sagen wir, daß eine ausländisch finanzierte demokratische Partei, die ihre Basis, ihr Geld und ihre Ressourcen außerhalb Tansanias hat, keine Partei des tansanischen Volkes sein kann.

In Tansania versuchen wir gegenwärtig, ein Programm zu entwickeln, das die deutschen Kirchen, die katholische und die protestantische auf der einen Seite und die tansanischen Kirchen, die katholische und die protestantische auf der anderen Seite, mit einschließt. Die deutschen Kirchen haben uns in einem Antrag an die deutsche Regierung unterstützt, in ihren bilateralen Verhandlungen mit der tansanischen Regierung Gelder für die Sozialen Dienste bereitzustellen. Gleichzeitig half uns das in dem Dialog mit unserer Regierung, um zu einer Vereinbarung über die Vorgehensweise zu gelangen. Es wurde bereits eine Vereinbarung mit der tansanischen Regierung getroffen und ein Memorandum unterzeichnet. Dank an die deutschen Partner, die Druck ausgeübt haben und uns Kraft gaben, diese Vereinbarung zu erreichen. Wir glauben, daß das Dialogprogramm in ähnlicher Weise hilfreich sein kann, um durch die deutsche Regierung Druck auszuüben. In dieser Form arbeiten wir mit der deutschen Regierung zusammen. Kürzlich traf ich den Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und wir sprachen über diese Dinge. Sogar beim Besuch des Präsidenten lud er uns ein. Ich gehörte dazu. Wir unterhielten uns über diese Dinge.

Jorge Eduardo Saavedra Durao

Ich fühle die Notwendigkeit, mich jetzt zu Wort zu melden, auch wenn ich das Feld der notwendigen Informationen über den tansanischen Kontext nicht vollkommen beherrsche, um klarzustellen, daß die Brasilianer sich nicht an Strukturanpassungsprogramme gewöhnen. Brasilianer reagieren genauso wie Tansanier auf Programme, die ihnen von Regierungen auferlegt werden, die ihrerseits politischen Entscheidungszentren untergeordnet sind, die im Ausland sitzen. Diese Programme sind im Falle Brasiliens extrem schädlich gewesen und wir sehen keinen Grund dafür, daß die Tansanier in dieser Beziehung eine andere Haltung einnehmen sollten als darauf zu achten, daß im höchsten Maße der Schutz ihrer Autonomie, ihrer Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Das heißt: Wir haben vielleicht schon eine gewisse Erfahrung im Kampf gegen die Auferlegung solcher Strukturanpassungsprogramme. Aber wir haben uns ihnen nicht gefügt und uns auch nicht an sie gewöhnt.

Harry Neyer

Ganz sicher wird die Frage der Strukturanpassungsprogramme und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung ein ganz wesentlicher Punkt im Dialogprogramm sein. Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß auch für die GKKE diese Thematik nicht neu ist. Wir haben uns dazu in einem Hearing des Deutschen Bundestages bereits geäußert. Wir haben zuvor, damit wir gut präpariert waren, schriftlich einige Partner aus Ländern des Südens um ihre Antwort auf die Fragen gebeten, die damals der Bundestag gestellt hat. Tansania war auch dabei. Vor zwei Wochen hat die Bundestagsfraktion der SPD exakt zu dieser Thematik ein Hearing durchgeführt mit Fachleuten aus dem Süden und auch von Weltbank und IWF. Wir werden die Auswertung dieses Hearings in unser Programm einbeziehen und vor allem dann der Gruppe 8 zur Verfügung stellen.

Diarmuid Martin

Mein Einwurf wird vielleicht eine Brücke schlagen zwischen den zwei Standpunkten zu Fragen der Strukturanpassungsprogramme. Die beiden Reaktionen zu diesem Thema sind sehr interessant.

Ich möchte anmerken, daß zwischen den verschiedenen Büros des Vatikans und den Führungskräften von Weltbank und Internationalem Währungsfonds eine beträchtliche Anzahl von Dialogen stattgefunden hat. Diese finden bereits seit mehreren Jahren statt, und wir haben die Absicht, sie zu intensivieren. Ein Grund hierfür ist, Wege zu finden, den Basisgruppen in den Entwicklungsländern mehr Bedeutung zukommen zu lassen und sie mit den Repräsentanten von Weltbank und IWF in Kontakt zu bringen. Diese kommen natürlich nur auf Einladung der Regierung ins Land, aber die Führungskräfte von Weltbank und Internationalem Währungsfonds machen sich mehr und mehr Gedanken über die sozialen Kosten ihrer Einwirkungen. Und bisher gibt es noch keinen Mechanismus für einen fruchtbaren Dialog mit den sozialen Partnern und Basisorganisationen in den Ländern. Dies ist ein Aufgabenfeld für ein Dialogprogramm, das direkte Kontakte mit den Vertretern von Weltbank und Internationalem Währungsfonds herstellen sollte, mit dem Ziel, in den etablierten Dialog Vertreter von Volksgruppen und populären Bewegungen mit einzubeziehen. Ich denke, der Wille zuzuhören ist da. Ich bin nicht sicher, wie groß die Möglichkeiten sind, da die beiden Internationalen Organisationen sehr begrenzte Mandate haben, die sehr strikte interpretiert werden. Aus unserer Sicht der Dinge werden wir fortfahren zu betonen, wie wichtig es ist, daß diese Organisationen auch darauf hören sollten, was in den Ländern geschieht und nicht nur auf das, was die Regierungen sagen. Es ist kompliziert, aber ich denke, es ist etwas, das getan werden muß.

Dr. Reinhard Hermle

Ich wollte auf folgendes aufmerksam machen. Die Bemerkung von Msgr. Martin gibt mir dazu Anlaß. Man muß über Strukturanpassung reden. Die Weltbank, insbesondere aber auch der IWF, sind unter starkem Druck. Bei der Weltbank ist es z. B. so, daß bis zu 60 Prozent der evaluierten Projekte der letzten fünf Jahre ökonomische Fehlschläge waren. Die Weltbank schiebt einen gewaltigen Berg von unvollendeten Projekten vor sich her, z.B. aus dem Grund, daß die Partnerländer nicht in der Lage sind, die Counterpartmittel aufzubringen, z.B. aufgrund der durchgeführten Strukturanpassungsprogramme. Die praktische Performance der Weltbank weist ganz erhebliche Defizite auf, nicht zuletzt aufgrund der durch Strukturprogramme eingeführten Politik der Anpassungsprozesse. Ein anderer Faktor ist der Bereich oder die Tatsache, daß zu wenige Projekte wirklich von der örtlichen Bevölkerung getragen waren, daß das Moment der popular participation nicht vorhanden war. In beiden Bereichen, was Strukturanpassung und das Moment der Verankerung der Projekte in der Bevölkerung angeht, hat es bei der Weltbank einen deutlichen Wandel gegeben. Und ich glaube, man sollte bei der Diskussion der Strukturanpassung diesen Wandel zur Kenntnis nehmen und nicht einfach in der Argumentation der vergangenen Jahre verharren. Man muß auf die Elemente des Wandels eingehen. Ein Element dieses zu tun, ist beispielsweise Verbindung aufzunehmen mit den örtlichen

Repräsentanten der Weltbank und, soweit vorhanden, auch mit denen des IWF. Es wäre zu überlegen, ob nicht durch den lokalen Partner der Kirchen ein Dialog mit diesen Repräsentanten angestrebt werden muß. In Indien gibt es beispielsweise ein nationales NGO-Weltbankkomitee, das genau dieses Anliegen zu verwirklichen versucht. Es wird auch von dem NGO-Weltbankkomitee angestrebt, daß die NGO-Vertreter in diesem Komitee versuchen, den Dialog vor Ort stärker in Gang zu bringen, damit die Weltbank Erfahrungen bekommt über das, was konkret vor Ort geschieht. Das ist von ganz zentraler Wichtigkeit, weil eine große Zahl der Projekte, die durchgeführt werden, in Unkenntnis der Wirklichkeit vor Ort geplant und durchgeführt wird.

Nikubuka Nicky Philemon Shimwela

Es stört mich ein wenig, wenn wir die Weltbank und den IWF für die Strukturanpassungsprogramme in unserem Land verantwortlich machen und dafür entschuldige ich mich. Ich sage dies als ein Volkswirt, der diese Programme im eigenen Land mitentwickelt hat. Es stört mich, weil die Fakten nicht wegzudiskutieren sind. Wir haben eine unausgeglichene Außenhandelsbilanz. Wir haben einen unausgegleichenen Regierungshaushalt. Wir exportieren nicht soviel wie wir gerne möchten. Die gesamte Infrastruktur bricht zusammen. Nennen wir es beim Namen: die agrarwirtschaftliche Situation verschlechtert sich, der industrielle Sektor leistet nicht, was wir von ihm erwarten. Der dringende Bedarf für Strukturanpassungsmaßnahmen ist vorhanden. Das ist das Gefühl der tansanischen Staatsbürger - mit oder ohne Weltbank. Wir haben ein bestimmtes Entwicklungsmodell verfolgt. Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem wir denken, daß wir mehr hätten leisten können. Bei der Weltbank gibt es die besten Volkswirtschaftler, sie haben die weltweite Erfahrung und verfügen über Statistiken. Ich meine, sie haben Tansania einiges zu bieten. Wir haben einen gegenseitigen Gedankenaustausch.

Ich weiß, daß die Regierung noch andere Faktoren berücksichtigen muß, und zwar die sozialen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme. Ich freue mich, daß mein Kollege betont hat, daß die Weltbank sich des sozialen Einflusses dieser Programme bewußt ist. Ich denke, daß es nicht stimmt, daß die Weltbank uns die Programme aufdrängt. Was würde - im extremsten Falle - geschehen, wenn die Weltbank sich diesen Fragen gar nicht stellen würde? Wir müßten uns dennoch um die Lösung der Probleme bemühen und würden trotzdem eine Strukturanpassung brauchen. Es ist wichtig, die Schuld nicht allein der Weltbank zu geben. Ich denke, wir sind auch zum Teil schuld und sollten die Probleme objektiv betrachten und versuchen, so objektiv wie möglich nach Lösungen zu suchen, ohne äußere Zwänge verantwortlich zu machen.

Dr. Candido Grzybowski

Nun, ich bedauere, aber diesen Punkt können wir nicht unkommentiert lassen. In der Gruppe "Brasilien" haben wir darüber diskutiert und festgestellt, daß Strukturanpassungsprogramme nicht durch Modifikation zu verbessern sind. Wir sind radikal gegen solche Programme und der dahinterstehenden Konzeption, die in Lateinamerika bisher nur im Chile Pinochets funktioniert hat. Wir stehen ein für die Demokratisierung und ein

Programm demokratischer Veränderungen in unserer Gesellschaft. Einige Aspekte möchte ich hervorheben.

1. Von Strukturanpassung spricht man unter anderem, wenn es darum geht, die Exportfähigkeit eines Landes zu erhöhen. In unserem Falle haben wir die Ausfuhren erheblich in die Höhe geschraubt und rangieren heute mit unserer Handelsbilanz weltweit an dritter Stelle. Aber wir exportieren auf Kosten des Hungers unseres Volkes. Tatsache ist, daß die Löhne gesenkt wurden, um die Exportkapazität zu erhöhen. Dies schafft tiefgehende soziale Disparitäten.
2. Man spricht auch vom Staatsdefizit - ein Defizit, das ohne Zweifel existiert und einer Lösung bedarf. Aber die propagierte Strukturanpassung bedeutet just die Einsparung von Staatsausgaben im Bereich Erziehung, Gesundheit etc. - und dies genau zu einem Zeitpunkt, an dem die Gesellschaft beginnt, die Kontrolle über den Staat wiederzuerlangen. Wir meinen, daß eine Reform der Staatsausgaben an einem anderen Punkt ansetzen und der "Privatisierung" öffentlicher Mittel ein Ende setzen müßte. Ein Beispiel hierfür: Jährlich erhält die brasilianische Landwirtschaft 10 Milliarden US- Dollar - das ist etwa ein Drittel der Summe, die sie selbst zum Bruttosozialprodukt beiträgt. Dieses Geld wird von weniger als 200.000 Familien von Großgrundbesitzern in die Tasche gesteckt. Hier muß die Reform ansetzen.
3. Die Privatisierung von allen großen Staatsbetrieben wird gerne als Lösung für unser Land dargestellt. Keiner zweifelt daran, daß diese Unternehmen ineffizient arbeiten. Aber die Errichtung dieser Betriebe war zum damaligen Zeitpunkt auch keine demokratische Option. Vielmehr geschah dies im Dienste der multinationalen Firmen, die sich in unserem Land ansiedeln wollten, damit diese billigen Stahl, billigen Strom etc. erhielten. Wir meinen, daß das, was bisher nur im Dienste privater Interessen existierte, nun der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden müßte.

Als weiteres Beispiel möchte ich die Agrarreform nennen. Der sogenannte Konsens von Washington formulierte Richtlinien für Strukturanpassungen, innerhalb derer eine Agrarreform eine unzulässige Einmischung in eine Angelegenheit wäre, die allein vom Markt zu regeln sei. Wir hingegen meinen, daß allein eine Intervention des Staates in die Struktur des Landbesitzes das Problem lösen wird, das heute das Leben von zehn Millionen Menschen auf dem Lande am Rand des absoluten Elends bestimmt.

Ich könnte viele Beispiele dafür nennen, warum wir annehmen, daß eine so verstandene Strukturanpassung dem Streben nach Demokratisierung entgegensteht. Man kann nicht beides wollen und es gibt keinen Kompromiß zwischen beiden. Es ist unmöglich, die Strukturanpassung diesen Anforderungen anzupassen, sie zu demokratisieren. Und dies nicht etwa, weil wir keine strukturellen Veränderungen bräuchten, sondern vielmehr weil die Idee der Strukturanpassung ein Entwicklungsmodell spiegelt, hinter dem die freie Entfaltung der Kräfte des Marktes steckt. Das können wir nicht akzeptieren.

Ivo Poletto

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, die für uns von fundamentaler Bedeutung sind, möchte ich betonen, daß sie nicht allein als intellektuelle Übung in unseren Köpfen stattfinden, sondern auch unser Leben prägen. Ich zumindest und einige weitere hier, die ich kenne, sind seit mindestens zwanzig Jahren, wenn nicht mehr, in diesen konkreten Kampf verwickelt - und zwar nicht selten unter dem Einsatz unseres eigenen Lebens. Dabei geht es um die Suche nach Wegen zur Lösung des Problems der Armut und des Elends, das in Brasilien ständig anwächst.

Brasilien ist typisch für ein Land, das gleichzeitig sehr reich und sehr arm ist. Und es wird, gerade weil es auf eine bestimmte Art und Weise reich ist, in sozialer Hinsicht immer ärmer. Es sind dies nur die zwei Seiten einer Medaille.

So gehe ich von der hier bereits hervorgehobenen Voraussetzung aus, daß wir entweder nach grundlegenden Alternativen suchen oder hier nur über die weitere Beschreitung von Wegen sprechen können, die - geschichtlich nachweisbar - in die falsche Richtung führen und die den Lebensinteressen der Brasilianer sowie denen der ganzen Menschheit zuwiderlaufen.

Doch will ich nicht diesen Punkt vertiefen, sondern im Sinne einer Weiterführung unseres Dialoges Punkte unseres Berichtes wieder aufgreifen und verdeutlichen, die sich auf den Prozeß der Demokratisierung beziehen - oder besser gesagt: auf verschiedene Prozesse der Demokratisierung, die in verschiedenen Dimensionen die Wirklichkeit und das Leben in Brasilien betreffen. Diese Demokratisierung ist genau das, was wir unter einer alternativen Praxis zum bisher beschrittenen Entwicklungsmodell verstehen. Ganz ohne Zweifel handelte es sich hierbei nicht um ein demokratisches Modell, was sich unter anderem auch darin wieder zeigt, daß wir gegenwärtig einen Prozeß erleben, der, geprägt vom Druck der Bevölkerung und dem juristischen Vorgang des "Impeachments", den Präsidenten absetzt, der am stärksten das neoliberale Konzept und die Politik der Strukturanpassungen verkörpert hat.

Deswegen möchte ich auf diesen Punkt bestehen: Demokratie als ein Prozeß, der in dieser Dynamik durch Dialoge gefördert und gestärkt werden muß. Hierfür gibt es in unserem Bericht schon konkrete Beispiele und es gibt auch schon die Initiative bezüglich des Carajás-Korridors, die meines Erachtens weitergeführt werden muß. Darüber hinaus gibt es von Brasilien her einen weiteren Vorschlag, der ein zweites großes Thema darstellen könnte, nämlich "Land und Demokratie".

Das Thema "Land und Demokratie" ist, wie ich meine, recht weit und kann unterschiedlich angegangen werden, sowohl was die verschiedenen Regionen in Brasilien als auch die verschiedenen Formen der Behandlung des Themas angeht, und auch wie die Beziehung zwischen "Land" und "Demokratie" hergestellt wird. Eine dieser verschiedenen Möglichkeiten ist, wie Deelen sagte, daß wir uns bewußt machen, daß es Strukturen gibt, die auf institutioneller Ebene verhindern, daß der Zugang zum Landbesitz demokratisiert wird. So wird auch keine Agrarreform gemacht, die diesen Zugang durch eine Verände-

rung der Strukturen des Staates, der herkömmlichen Strukturen, erleichtert. Aber das Ganze hat auch noch eine andere Seite:

Die Strukturen verändern sich auch mit dem Fortgang der Demokratisierung. Insofern kann die Demokratisierung des Zugangs zum Landbesitz eine Errungenschaft und ein Teil des gesellschaftlichen Aufbaus sein und muß nicht notwendigerweise eine Politik bedeuten, die vom Staat her oder von der Regierung, die die Verantwortung für den Staat trägt, durchgeführt wird.

Es geschieht nun, daß wir in Brasilien auf dem Wege der Demokratisierung ein etwas vielfältigeres und komplexeres Bild der Realität haben, in dem unter anderem verschiedene politischen Forderungen bereits auf bestimmten Ebenen der Regierung und der Administration präsent geworden sind. Und dies ist möglicherweise die Gelegenheit, daß es, wenn auch nicht eine Lösung aller Probleme, so doch einen weiteren Fortschritt der Demokratisierung gibt. Es bedeutet auch, daß die Bevölkerung auf diesen Weg ihre Initiativen und Forderungen weiter vorantreibt und daß die Mehrheit der Bevölkerung von der Bedeutung der Demokratisierung der Landfrage überzeugt wird. Damit kommt nicht nur die Demokratisierung der Landfrage weiter, sondern die Demokratie insgesamt als Erfahrung, als soziales Zusammenleben im Land.

Konkret meine ich, daß man das Thema "Land und Demokratie" an verschiedenen Beispielen verdeutlichen könnte. Dazu gehört das Carajás-Beispiel, das nicht nur die Landfrage, sondern auch andere Fragen aufgreift. Doch wenn das "Leitmotiv" des Dialogs auch hier in Deutschland die Frage des Elends ist, so ist Carajás nicht das typischste Beispiel. Es ist sicher ein wichtiger Fall, der untersucht werden muß, weil er sehr viel mit regionalen Fragen zu tun hat - bis hin zur Zerstörung der kulturellen Basis, ein Phänomen, das überall erheblich zur Verschärfung des Elends beiträgt, und zwar nicht nur in Brasilien, sondern auf dem ganzen Planeten. So betrachtet, ist Carajás also ein wichtiger und ernster Fall.

Aber wenn wir die Frage nach dem Elend aufwerfen, so bin ich weiterhin der Ansicht, daß der Nordosten auf die Tagesordnung gehört. Dabei gilt es daran festzuhalten, daß die Bevölkerung die Fähigkeit hat, sich zu organisieren und zu fordern, daß die Grundbesitzstruktur, die den Nordosten beherrscht, zerbrochen wird. Es handelt sich um eine Struktur, innerhalb derer die feuchten Landstriche des Nordosten von einer kleinen Zahl von Unternehmen dominiert werden, die diesen Raum fast ausschließlich entweder für den Anbau von Zuckerrohr und der darauf folgenden Produktion von Alkohol oder für den Anbau von Exportkulturen nutzt. In Teilen des semiariden Raums wurden und werden bis heute noch Maßnahmen von der Weltbank und anderen gefördert, die einzig und allein auf den Export ausgerichtet sind. Es handelt sich um ein fragwürdiges Modell, das nachweislich negative Auswirkungen auf den Nordosten hat.

Wir schlagen vor, das Thema des Nordostens unter zwei Gesichtspunkten zu behandeln: Zum einen gehört dazu die dargestellte Frage nach der Grundbesitzstruktur, zum anderen aber die Frage nach der Landwirtschaft, und zwar in dem Sinne, daß wir gemeinsam nach alternativen Möglichkeiten suchen in dieser Region des Nordostens, im Sertao, Landwirtschaft zu betreiben und ein glückliches Leben zu führen.

Wenn wir dies vertiefen könnten, wäre es für uns vielleicht sogar möglich, irgendwann einmal unseren Freunden in Deutschland einen Hinweis zu geben:

“Hört mal, hier im Nordosten, da ist die und die Firma verantwortlich für die und die Sache. Bitte macht Druck in Deutschland, um dieses Problem lösen zu helfen.“ Noch haben wir diesen konkreten Hinweis nicht. Aber wenn wir uns darauf einlassen, werden wir sicherlich verschiedene Hinweise haben, sei es auf der Ebene der Agroindustrie oder der Produktion von Pestiziden oder sonstigen chemischen Produkten zum Einsatz in der Landwirtschaft. Hier spielt Deutschland eine wichtige Rolle ebenso wie als Zielland unserer Exporte. Diese Bereiche haben in ihrer Konsequenz mit der Zunahme der Armut und des Elends im Nordosten zu tun.

Wenn wir uns andere Regionen ansehen, so werden wir noch mehr Hinweise bezüglich der Verantwortung Deutschlands und der Multinationalen zu geben haben. Schließlich geht es nicht allein um Deutschland, sondern um ganz Europa und andere Länder, wo die Agroindustrie in einer Beziehung steht zum Elend in Brasilien und der Frage der Aufrechterhaltung der Agrarstruktur, was wiederum das Vorwärtkommen der Demokratisierung verhindert. Wohlgermerkt: In Brasilien gibt es in diesem Punkt bereits einen relativ weitgehenden Konsens. Wenn es uns nicht gelingt, auf verschiedenen Wegen und mit internationaler Unterstützung die herrschende Agrarstruktur zu brechen, so wird unsere Demokratie auch nicht heranreifen. Für uns nämlich ist Demokratie nicht bloß eine Idee, sondern ein Prozeß, ein Aufbau, eine Errungenschaft, etwas, was wir machen müssen.

Einer der Wege der Demokratisierung ist der Bruch mit der Grundbesitzstruktur, die mit den konservativen politischen Strukturen in Brasilien zu tun hat. Deswegen glaube ich, daß das Thema “Land und Demokratie“ in der Zusammenarbeit von verschiedenen Mitwirkenden hier und in Brasilien und von verschiedenen Institutionen, die mit der Landbevölkerung arbeiten, vertieft werden kann und es hier Bereiche gibt, auf denen wir gemeinsam vorwärts kommen werden.

Hierzu möchte ich drei Vorschläge machen:

1. Ohne bereits konkrete Formulierungen für ein solches Projekt vorliegen zu haben, möchte ich vorschlagen, daß sich mit interessierten Beteiligten eine Art permanenter Dialog über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren führen ließe, in dessen Zusammenhang konkrete Fragen der Entwicklung von Alternativen für den Nordosten erörtert werden könnten. Es könnte etwas sein, was für die semi-aride Region des brasilianischen Nordostens förderungswürdig wäre, die international als eine der ärmsten Regionen gilt und wo immer wieder im Rahmen des konventionellen Entwicklungsmodells Gelder für Maßnahmen verwendet werden, die in soziale und ökologische Katastrophen münden. Deswegen wollen wir nach Alternativen suchen und durch die Dynamik der Dialoge eine Unterstützung für diese alternativen Initiativen im Nordosten auf den Weg bringen.
2. Innerhalb des Themenkomplexes “Land und Demokratie“ möchte ich desweiteren vorschlagen, in Brasilien und Europa die Auswirkungen von Agroindustrie und Agrobusiness und ihren Zusammenhang mit dem Wachstum des Elends zur Diskussion zu stellen. Wir müssen den Zusammenhang von Agroindustrie und der Verminderung

der Ernährungssicherheit diskutieren, weil wir sonst zwar für oder gegen die Agroindustrie sein können - aber möglicherweise nicht merken, daß dies eventuell in einem Widerspruch steht zu einer bereits getroffenen Option: zu der Option für das Leben. Wir wollen eine Lösung für das Problem des Hungers und des Elends. Wir wollen nicht, daß die Zahl der Armen zunimmt. Von daher müssen wir die Frage des Zusammenhangs von wachsendem Hunger und Agroindustrie in Brasilien und Europa kritisch analysieren.

3. Ich schlage vor, daß ein Programm entwickelt wird, um Fragen der europäischen Landwirtschaft zu diskutieren. In unserer Wahrnehmung - und hier treffen sich unsere Vorstellungen mit dem, was in der Gruppe "Wirtschaft" diskutiert wurde - müssen wir die europäische Landwirtschaft analysieren, da es ohne Veränderungen in der Landwirtschaft Europas wohl kaum einen Ausweg aus dieser weltweiten, tiefen Krise gibt, die immer mehr Hungertote fordert. Wir kommen allein deswegen schon nicht darum herum, weil das europäische Modell - wenn es auf die ganze Welt übertragen würde - der ganzen Menschheit vielleicht noch gerade zwei Generationen zum Überleben ließe. In Europa müssen nicht nur die Probleme der Kleinbauern in Brasilien diskutiert werden, sondern auch das hier herrschende Landwirtschaftsmodell, das Modell landwirtschaftlicher Entwicklung, das Modell des Verhältnisses zur Natur und nicht zuletzt das hiesige Konsummodell. Das heißt also, daß es bei dem Thema "Land und Demokratie" nicht allein um Brasilien geht, sondern auch um Themen hier in Europa, und daß der Dialog folglich von einer praktischen Dimension geprägt wird, weil wir gemeinsame Wege suchen.

Wenn das nicht gemacht wird, so folgt weiterhin jede Anstrengung und jeder gute Wille hier in Deutschland dem Prinzip: "Hier gibt es keine Probleme, die Probleme liegen drüben." Und: "Was können wir Deutsche tun, um die Probleme in Brasilien lösen zu helfen?"

Aber in Wahrheit sind wir uns in Brasilien bewußt - und das gilt so lange, bis ihr uns das Gegenteil beweist -, daß unsere Probleme zum Teil damit zu tun haben, wie in Europa Landwirtschaft betrieben wird und welches Entwicklungsmodell in Europa gilt. Wenn also dieses Problem in Europa angegangen wird, dann können wir in gemeinsamer Verantwortung nach gemeinsamen Wegen suchen: gemeinsame Wege für das menschliche Leben. Wenn das nicht gemacht wird, mag es zwar neuere und aktualisierte Formen der Zusammenarbeit geben, aber es wird immer ein gewisser Assistenzialismus bleiben. Ein weiterer von uns angesprochener Punkt betrifft die Analyse der urbanen Probleme Brasiliens. Unsere Gruppe ist der Ansicht, daß es bei der Suche nach Lösungen für die Überwindung von Armut und Elend in Brasilien von grundlegender Bedeutung ist, das Problem der Verstädterung, das kein geringes Problem ist, anzugehen. Innerhalb der letzten vierzig Jahre wurden wir Zeugen, wie der größte Teil der brasilianischen Bevölkerung gezwungen wurde, dicht zusammengedrängt in den Städten zu leben und miteinander auszukommen. Wir müssen alternative Wege suchen für Arbeit, Gesundheitsversorgung, Erziehung, Hygiene. Alternative Wege, die es unserer Bevölkerung erlauben, zu leben. Dies muß zum Teil auch mit der Frage nach einer Agrarreform verknüpft werden.

Der letzte Punkt, der als allgemeiner Vorschlag aufgefaßt werden kann, ist, daß, als Ermöglichung eines Dialogs unter uns, hier in Europa ein Dialog über die notwendigen Veränderungen des europäischen Entwicklungsmodells in Gang kommt - und das gilt nicht nur für das Thema Landwirtschaft, das wir unter den Begriffen "Land und Demokratie" ja schon angesprochen haben. Schließlich handelt es um das gleiche Entwicklungsmodell, das mit dem Ziel der Integration auch auf uns übertragen wird. Hier unterstützen wir die Gruppe "Wirtschaft", die über notwendige Veränderungen in Europa gesprochen und das hier herrschende Modell als "Modell der Verschwendung" bezeichnet hat. Damit ist nicht nur ein Produktions-, sondern auch ein Konsummodell angesprochen, das in die Richtung verändert werden muß, daß es nicht mehr der Verschwendung, sondern dem einfachen Leben und dem Leben der Menschheit auf unserem Planeten dient. Denn wenn der Konsum den europäischen Maßstäben folgt, dann wird es auf dem Planeten Erde nicht die Möglichkeit geben, daß alle Menschen daran teilhaben können.

Das also sind unsere Vorschläge für das Programm eines in gemeinsamer Verantwortung getragenen Dialogs der Suche nach Wegen für die Menschheit als ganze.

Klaus Wilkens

Herr Vorsitzender, ich wollte zu diesem letzten Punkt, daß wir im Dialogprogramm auch die Agrarpolitik der EG zu einem Thema machen müssen, doch ganz kurz etwas sagen. Vielleicht ist das nicht so deutlich geworden, daß das ganze Dialogprogramm primär die Aufgabe hat, auf Veränderungen, wenn Sie so wollen, auf Strukturanpassung in unserem Bereich zu dringen. Es ist eigentlich das Ziel des Dialogprogramms, daß wir versuchen, auf die Akteure in Wirtschaft und Politik hier Einfluß zu nehmen, damit sie strukturelle Veränderungen bei uns durchführen, von denen wir meinen, daß sie hinderlich sind für eine menschenwürdige Entwicklung im Süden. Und der Dialog mit den Partnern, den wir führen, soll uns helfen, daß wir diese Aufgabe, Einfluß zu nehmen auf die Verantwortlichen bei uns, kompetenter wahrnehmen dürfen. Denn das Problem ist doch, daß Weltbank und IWF mit dem Druck der Verschuldung den Ländern des Südens die Strukturanpassung aufoktroieren können, weil sie eben weitere Kredite nur geben, wenn bestimmte Auflagen erfüllt werden. Mit Blick auf Strukturveränderung bei uns, die nicht minder notwendig sind, haben IWF und Weltbank überhaupt gar kein Druckpotential. Wie der Vatikan, darf ich dabei bemerken, spricht auch die EKD mit Weltbank und IWF. Ich habe daran teilgenommen vor einem Jahr. Damals haben wir zu Michel Camdessus gesagt: "Nun sprechen Sie doch auch mal Strukturveränderung in den EG-Ländern an". Daraufhin hat er geantwortet: " Mr. Waigel doesn't need my money". Ich kann nur appellieren. Deshalb ist auch das Dialogprogramm ein Versuch, Strukturveränderungen bei uns mit Hilfe unserer Partner zu einem Thema zu machen. Dies wollte ich noch einmal unterstreichen.

Thomas Fues

Ich arbeite als Ökonom in der Fachgruppe "Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen" des Dialogprogramms mit. Für mich stellt sich jetzt doch sehr deutlich im Laufe unserer Diskussion heraus, daß der Bedarf für Strukturanpassung nach ökologischen und sozialen, aber auch friedenspolitischen Kriterien global vorhanden ist, daß es also gar nicht darum gehen kann, für einzelne Länder des Südens oder auch für unsere Länder des Nordens diese Tatsache abzustreiten. Der Bedarf ist da, jetzt geht der Streit darum, über welche Mechanismen werden entsprechende Prozesse eingeleitet und fortgeführt, damit Bewegung, damit Veränderungen stattfinden. Herr Wilkens hat sehr deutlich gemacht, daß ein grundlegendes Problem der Nord-Süd-Beziehung ist, daß hier sehr asymmetrische Machtverhältnisse und Einwirkungsstrukturen vorhanden sind. Die Länder des Südens, vor allen Dingen dann, wenn sie im Rahmen ihrer Schuldenkrise sehr stark von ausländischem Kapital abhängig sind, werden eben in ganz anderer Weise als die Länder des Nordens in Verbindung gebracht oder der Politik von IWF unmittelbar ausgesetzt, wobei es dann natürlich auch eine Frage der Deutung ist, wie stark hier Zwang ins Spiel gebracht wird, bzw. auch die Verhandlungsmacht des jeweiligen Land des Südens eine Rolle spielt.

Für mich wäre ein wichtiges Anliegen des Dialogprogramms, daß wir zu einer gemeinsamen Diskussion der Wege zur Umsetzung entsprechender Anpassungsprogramme im Norden und im Süden kommen, unabhängig von diesen realen Machtverhältnissen der internationalen Politik und der internationalen Finanzinstitutionen; daß wir also im Norden die Herausforderung sehen, die sich für uns stellt, auch wenn wir diesen unmittelbaren Zwangsmechanismen im finanziellen Bereich nicht ausgesetzt sind. Hier denke ich oder hier wünsche ich mir eine Einmischung aus dem Süden, eine sehr klare Formulierung von Erwartungen und Forderungen an Veränderungen im Norden. Ich möchte nur ein kleines Beispiel anführen, wie so etwas operationalisiert werden kann. Die kirchlichen Hilfswerke in der Schweiz haben bei einem ghanaischen Ökonom ein Strukturanpassungsprogramm für die Schweiz in Auftrag gegeben (das liegt seit wenigen Monaten vor), wo aus der Perspektive des Südens ganz präzise benannt wird, in welchen ökonomischen und sozialen Politikbereichen Veränderungen erforderlich wären, damit die Schweiz eine andere Rolle in der Weltgesellschaft spielen kann. Vielleicht kann das ein nachahmenswertes Beispiel auch für das Dialogprogramm sein.

Enilson Rocha Souza

Ich bitte um Nachsicht, insbesondere die Brüder und Schwestern hier aus Deutschland, für einen Punkt, den ich jetzt nur kurz anschnitten werde, der aber, so bitte ich, sich tief in euer Gedächtnis einprägen möge.

Meine persönliche Erfahrung ist es, daß wenn jemand aus der Dritten Welt auf einem internationalen Forum die Verantwortlichkeit der sogenannten Dritten Welt in bezug auf die Problematik des Elends anspricht, sofort Reaktionen zu spüren sind, die zum Teil sogar recht euphorisch sind: "Sehr gut, exzellent. Jemand aus der Dritten Welt sagt, daß sie auch verantwortlich sind."

Es stimmt: Wir sind mitverantwortlich für diese Situationen. Doch liegt genau hier der Punkt, den ich euch ganz klar in Erinnerung rufen möchte: Ja, wir sind verantwortlich, aber wenn wir im Süden nach den wahren Verantwortlichen fragen, dann müssen wir unterscheiden. Es sind nicht die Armen die Verantwortlichen für diese Situation der Korruption, des Elends, der Diktaturen, der Gewalt, die in unseren Ländern existiert. Bitte, meine Herrschaften, erinnert euch: Die Verantwortlichen sind die Oligarchien, die Vertreter der Multinationalen, die Militärs, die im Falle von Brasilien eine gewalttätige, mörderische, korrupte Diktatur errichtet haben, die zwanzig Jahre gewährt hat. Es ist nicht das Volk Brasiliens, das arme Volk verantwortlich. Bitte, freut euch nicht, wenn jemand aus der Dritten Welt sagt, daß wir auch verantwortlich sind - ja, wir sind es, aber in erster Linie die Oligarchien und nicht die Armen und Elenden, die in unseren Ländern die Masse der Bevölkerung ausmachen. Entschuldigt meinen Gefühlsausbruch, aber es war mir wichtig, diesen Aspekt festzuhalten, da ich viele euphorische Leute sehe, wenn jemand aus der Dritten Welt seine Mitverantwortlichkeit anerkennt.

Dr. Donatus Komba

Ich denke nicht, daß Strukturanpassungsmaßnahmen nur in Beziehung zu den Wirtschaftsordnungen im Süden oder sogar zu denen im Norden stehen. Das internationale Wirtschaftssystem sollte als ganzes betrachtet werden und wir sollten uns fragen, welche Strukturanpassungen auf internationaler Ebene notwendig sind. Aus einigen Punkten der Präsentation wurde deutlich, daß es einen Nettoressourcentransfer von Süd nach Nord gibt. Ein System also, in dem das Wasser aus der Wüste in die Meere fließt. Wie können wir in dem Zusammenhang über die Reduzierung der Armut sprechen? Die Strukturen der Weltwirtschaftsordnung produzieren Armut im Süden. Was immer wir auch tun und was immer wir auch an guten Vorschlägen haben, es ist notwendig, daß Strukturanpassungsmaßnahmen auf die internationale Ebene verlagert werden. Nur dann wird ein Einklang zwischen den Strukturanpassungsmaßnahmen im Süden und der Wirtschaftsordnung im Norden hergestellt.

Mein zweiter Beitrag bezieht sich auf die Bedingungen, die mit der Strukturanpassung zusammenhänge. Ich denke, wir beginnen einige der Konditionen als legitim zu akzeptieren. Mein Problem ist aber, daß in Ländern, wo man den Bedingungen nicht gerecht werden kann, die Menschen trotzdem noch arm sind. Was vermag das Dialogprogramm zu tun, um die Armen in jenen Ländern zu erreichen, wo man den Bedingungen, die z.B. Deutschland gestellt hat, nicht gerecht werden kann. Ich meine wir haben die Pflicht, die Armen zu erreichen. Besonders in den Ländern, in denen die Konditionen nicht erfüllt werden können.

Dr. Gerhard Grohs

Ich habe mich sehr gefreut, daß in zwei Berichten auch die ökologische Problematik angesprochen wurde und zwar in dem Bericht von Brasilien und dem Bericht jetzt über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der brasilianische Bericht hat vor allem auf das Carajás-Projekt hingewiesen und der Bericht über die weltwirtschaftlichen Rahmen-

bedingungen auf die Notwendigkeit, unser Entwicklungsmodell zu kritisieren, das wir hier in Nordamerika und Europa vorführen. Das halte ich für außerordentlich wichtig, und gerade die Kirchen sind ja schon lange in dieser Diskussion engagiert, inwiefern man auch unseren Lebensstil und unsere Art von Konsum und Produktion verändern muß. Das ist eine Diskussion, die auch mit Recht an Schärfe zunimmt, Herr Fues hat auch darauf hingewiesen. Allerdings ist ein anderer Aspekt noch nicht erwähnt worden, und das ist nämlich der, daß es natürlich auch ökologische Probleme in den Entwicklungsländern gibt, die nicht nur von außen hereingetragen werden, sondern die sich auch durch den Verlauf der Entwicklung und der Modernisierung in diesen Ländern ergeben. Und ich glaube, daß da auch die Kirchen, sowohl in den Ländern der Dritten Welt als auch bei uns, eine wichtige Rolle zu spielen haben und auf diese Problematik aufmerksam machen müssen, weil man nämlich gerade, wenn dieser Prozeß erst beginnt, sehr viel größere Möglichkeiten hat, neue Wege zu beschreiten und Verschwendung und Vergeudung von Ressourcen und die Ausbeutung der Ressourcen auf Kosten der späteren Generationen zu vermeiden. Es gibt ja schon darüber Diskussionen, zum Beispiel in Kenia und auch natürlich in Brasilien, aber ich glaube, daß die Kirchen in beiden Teilen der Welt eine große Rolle darin zu spielen haben, auf diese Problematik hinzuweisen - und zwar gerade deshalb, weil die Oligarchien auf die hier hingewiesen wurde, sich vorgenommen haben, im Extrem zum Teil, die schlechten Modelle nachzuahmen, die wir auch haben. Diese Oligarchien sind nicht nur außerhalb der Kirchen vertreten, sondern zum Teil auch innerhalb der Kirchen, und deswegen glaube ich, daß man auch diese interne Frage jetzt einmal angehen muß.

Dr. Manfred Kulesa

Ich möchte nur auf einige Punkte hinweisen, die man noch ergänzen kann, weil die hier als Fragen aufgekommen sind. Zu der Frage der Strukturanpassung wurde sehr wohl in der Arbeitsgruppe B auch die Frage gestellt, ob wir genug wissen über die Auswirkungen der Strukturanpassung. Der Referent, der uns die Einführung gegeben hat, Herr Liem, hat gerade darauf hingewiesen, daß da ein Klärungsbedarf besteht. Das ist auch eine Frage an die Wissenschaft. Ein solcher Bedarf besteht darin, genauer nachzuweisen, wie die Strukturanpassungspolitik sich in den einzelnen Ländern auf der Ebene des Haushalts und auf der Ebene des Kleinproduzenten auswirkt. Offenbar gibt es nicht genug solche Untersuchungen, das haben wir dann auch festgestellt. Das ist nicht notwendigerweise eine Aufgabe des Dialogprogramms, aber ein ganz wichtiger Hinweis, daß in diesem Bereich mehr getan werden muß.

Das zweite, was ich sagen möchte ist, daß - wir haben das vielleicht nicht deutlich genug gemacht - die europäische Landwirtschaftspolitik jetzt gerade nach den Ergebnissen, die zu erwarten sind in der Uruguay-Runde, ganz ernsthaft zum Gegenstand unseres Dialogprogramms gemacht werden sollte. Das ist eine Empfehlung der Gruppe B. Wir haben unsere Dinge vielleicht nicht mit dem Temperament vorgetragen, das in anderen Teilen der Welt die Dinge unterstreicht, aber in der Tat ist es ein Hauptthema. Das gleiche gilt auch für die Frage, daß wir unser eigenes Modell in Frage stellen. Das ist in der Tat gerade unsere Hauptfrage, wie schon andere Redner gesagt haben. Wir vertreten keineswegs ein Modell, das anderen aufgezwungen werden soll, insofern wird hier zu

den Bekehrten gepredigt. Aber wir hören die Predigt und wir müssen sie immer wieder hören, weil sie zu Konsequenzen führen soll. Insofern haben wir es sehr bedauert, daß die Gruppe B nicht mit der Gruppe "Brasilien" zusammentreffen konnte, um diese Fragen zu besprechen. Das hätten wir sehr begrüßt, und das können wir vielleicht in einer künftigen Dialogrunde zwischen Brasilien und dem Dialogprogramm direkt nachholen.

Dr. Candido Grzybowski

Ich stimme voll mit Dr. Kulesa überein, daß wir den Dialog über die Frage nach der Strukturanpassung vertiefen müssen - schon aufgrund dessen, was bei der Diskussion hier zutage gefördert worden ist. Allerdings würde ich denselben Raum auch anderen Fragen widmen, die etwa mit den Entwicklungen der Uruguay-Runde oder allgemein mit dem GATT zu tun haben.

In dieser Beziehung möchte ich einen praktischen Vorschlag machen, der in die Richtung geht, daß die Kirchen des Nordens - und speziell deren Hilfswerke - uns im Süden helfen, untereinander den Dialog über Strukturanpassung und Handelsfragen zu vertiefen. Denn ich spüre, daß wir Brasilianer und Lateinamerikaner viele Gemeinsamkeiten mit den Afrikanern und Asiaten haben, aber unser Dialog - trotz aller Begrenzungen - mehr mit euch hier im Norden geführt wird als unter uns im Süden.

Worauf ich darüber hinaus hinweisen wollte, bezieht sich auf zwei Punkte aus dem Bericht der Gruppe B.

Der eine Punkt greift ein altes Thema auf, nämlich das der Verschuldung. Im Bericht wird die Frage nach der Schuldenumwandlung erwähnt. Ich will mich nicht über die Gründe auslassen, weswegen wir gegen Schuldenumwandlung sind. Wir haben ein internationales Seminar zu dem Thema durchgeführt und eine Publikation dazu vorgelegt und einfach nur einmal gefragt: Wem nützt die Schuldenumwandlung? Unser Ergebnis war, daß er vor allem der jeweiligen Institution im Norden nützt, die sich auf diese Weise Ressourcen im Süden aneignet. Ein weiteres Problem ist, daß unsere Regierungen versuchen, uns Nicht-Regierungsorganisationen oder Kirchen über die Bereiche Soziales und Umwelt in die Dynamik der Schuldenumwandlungen mit hineinzuziehen.

Die Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldnern bleiben auch nach acht bis zehn Jahren Debatte über das Thema eine einseitige Angelegenheit. Man könnte sich fragen, warum die größten Schuldner der Welt, die Vereinigten Staaten, nicht als Schuldner qualifiziert werden. Allein diese einfache Frage gibt ja schon zu denken: Was sind das für Beziehungen?

Ich frage mich, ob wir im Süden nicht entscheidend gewinnen würden, wenn sich unser Kampf und unsere Lobbyarbeit als zivile Gesellschaft darauf konzentrierte, die Schulden auf ihren Marktwert zu reduzieren - schließlich wird ja soviel vom Markt als Norm geredet. Damit würden sich die Schulden auf etwa ein Drittel des heutigen Standes verringern.

Das andere Problem, auf das ich hinweisen wollte, bezieht sich auf die ökologischen Kosten, auf die Internalisierung der ökologischen Kosten. Ich will es nochmals sagen, warum wir in unseren Überlegungen zwischen Nichtregierungsorganisationen und Kirchen in Brasilien beginnen, uns dagegen auszusprechen: Wir glauben nicht, daß der Markt eine geeignete Form zur Regulierung der Natur ist. Erstens, weil die Natur eine Gabe Gottes und ein Recht aller ist. Insofern hat sie keinen Wert außer dem, der sie selber ist. Ihr einen Marktwert zuzusprechen bedeutet, daß derjenige, der Geld hat, sie kaufen kann, und dies wiederum bedeutet, daß die Ungleichheit zwischen den Menschen, was Zugang zu den natürlichen Ressourcen betrifft, vertieft wird. Von daher möchte ich an ein Beispiel erinnern, das zwar einen anderen Hintergrund hatte, aber trotzdem einen Denkanstoß gibt: Als das Erdöl erheblich teurer wurde, hat das die einfache Folge gehabt, daß, wer Geld hatte, weiterhin Erdöl kaufen konnte, und wer kein Geld hatte, der konnte eben kein Erdöl kaufen. Die Natur über den Markt regulieren zu wollen, bedeutet bloß die Reproduktion der strukturellen Ungleichheit, und zu glauben, dies würde die Zerstörung der Natur aufhalten, ist in unseren Augen einfach absurd.

Dr. Rolf Hofmeier

Ich will zu zwei Punkten noch kurze Ergänzungen bringen: zum Thema Verschuldung und zur Konditionierung von Entwicklungshilfe.

Zum Thema Verschuldung wundert mich etwas, daß eigentlich immer nur einerseits auf die bilateralen Verschuldungen aus Entwicklungshilfen und dann natürlich, vor allen Dingen in Lateinamerika, klar auf die kommerziellen Verschuldungen eingegangen wird. Zumindest in Afrika ist es doch so, daß der ganz überwiegende Teil der heute noch in den Büchern stehenden Verschuldungen bei den internationalen Finanzinstitutionen, sprich Weltbank oder African Development Bank, liegt, und da heißt es dann immer so ganz pauschal: aus institutionellen Gründen kann man da nichts dran machen, weil die natürlich ihr Geld aufgenommen haben und die müssen es wieder- kriegen, sonst kommen die ganzen Institutionen in die roten Zahlen. Da müßte man versuchen anzusetzen, und das könnte auch ein Thema für das Dialogprogramm sein. Gerade wenn ich daran anschließe, was Herr Hermler vorhin gesagt hat, daß viele Projekte der Weltbank nach ihrer eigenen Evaluierung schiefgegangen sind. Das heißt, die haben Kredite vergeben. Sie geben selbst zu, daß die, aus welchen Gründen auch immer, gar nicht in die Schuldzuweisung gehen. Aber wenn Tatsache ist, daß die Projekte eben nicht so produktiv gewesen sind, wie sie es eigentlich hätten sein sollen, dann ist der Schuldenberg übriggeblieben. De facto ist es eben heute so in Afrika, daß der ganz überwiegende Teil der Schulden, die üblicherweise ausgewiesen sind, bei den multilateralen Institutionen liegen. Zum Beispiel Tansania: Die bilateralen Schulden, also von deutscher Seite, aber auch von den meisten anderen Geberländern, sind längst abgeschrieben worden im Sinne des Schuldenerlasses. Bei uns war das schon in den späten 70er Jahren, die meisten anderen bilateralen Geber haben irgendwann nachgezogen, also da ist fast keine Verschuldung mehr. Kommerzielle Verschuldung im dem Stile wie in Brasilien oder wie in Lateinamerika generell gibt es in Afrika - sicher in einzelnen Ländern, in Nigeria, in der Côte d'Ivoire - aber im großen und ganzen, gerade für die ärmeren Länder in Afrika, spielt auch das keine Rolle. Zum Beispiel aus deutscher Sicht, wir haben versucht, die

Zahlen zu finden, gegenüber Tansania, das sind lächerliche Beträge. Was wirklich zu Buche schlägt, sind die Summen gegenüber der Weltbank, gegenüber der African Development Bank. Da könnte man vielleicht versuchen, darüber nachzudenken, ob es irgendwelche Arten von Möglichkeiten gibt, daß die Geber ein neues Modell finden, um auch diese Schulden abzuschreiben oder zu verringern. Natürlich muß man dabei aufpassen, daß das sozusagen ein Abschreiben der Vergangenheit sein soll und daß man trotzdem die Kreditfähigkeit für die Zukunft erhält.

Zum zweiten Punkt: zu der politischen Konditionierung von Entwicklungshilfe. Ich finde es gut, daß hier auch in diesem Rahmen und auch generell zunehmend häufiger Vertreter des Südens sagen, im Prinzip sind diese politischen Konditionen, wie auch immer sie im einzelnen aussehen, durchaus berechtigt. Wir haben gestern von dem Staatssekretär Repnik konkret diese fünf Konditionen, wie sie von deutscher Seite vorgetragen werden, hier präsentiert bekommen. Mir scheint dabei nur ein Punkt zu kurz zu kommen, der es wert wäre, in den Dialogprozeß eingebracht zu werden. Er betrifft die mangelnde Transparenz bei der Anwendung der Bewertungskriterien für einzelne Länder. De facto ist es bei uns heute so, daß dieser Kanon von fünf Kriterien nur auf der technokratischen Ebene des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit konkret auf einzelne Länder bezogen wird. Das heißt, die dortigen Beamten, die Länderreferenten, haben so ein Kästchensystem, wo sie ankreuzen: Ist die Demokratie auf dem aufsteigenden Ast oder nicht? Und so weiter und so fort. Das geht allenfalls bis auf die Führungsebene des BMZ herauf und dort wird dann darüber entschieden, welche Konsequenzen daraus gezogen werden. Das heißt, kriegt ein bestimmtes Land mehr oder weniger als Länderquote. Das mindeste, was ich mir vorstellen könnte, wäre, daß dieser Prozeß der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden muß, d.h. daß der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Parlament einbezogen wird und daß das nicht eine rein interne Sache des Ministeriums bleibt und damit letzten Endes den politischen Präferenzen der jeweiligen Regierung unterliegt. Das ist im Augenblick ein CSU-Haus, das kann in zwei Jahren auch ein SPD-Haus sein, das würde an der grundsätzlichen Problematik nichts ändern. Ich denke, da müßte man ansetzen, und es gibt auch Vorschläge, eventuell zu dieser ganzen Frage der Bewertung in irgendeiner Form Beiräte einzurichten, wo zum Beispiel die Kirchen mit reinkommen könnten, mit ihren Erfahrungen oder auch wissenschaftliche Institutionen. Also, es geht mir im Grunde darum, zu sagen, daß diese ganze Sache, die im Prinzip legitim ist, transparenter zu machen ist, um dem ganzen mehr Glaubwürdigkeit zu geben.

Thomas Fues

Im Anschluß an den vorherigen Redebeitrag möchte ich noch einmal die Zielvorstellung des Dialogprogramms, Entwicklungspolitik als *Querschnittsaufgabe* zu definieren, hier in den Mittelpunkt rücken. Dabei möchte ich konkreter benennen, wie eine solche Umsetzung praktisch aussehen könnte.

Meiner Meinung nach ist hier und auch in der Diskussion heute Vormittag fast ausschließlich als Adressat auf der politischen Ebene das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit genannt worden. Mir liegt viel daran, sehr deutlich zu machen,

daß ganz wichtige, vielleicht noch wichtigere Partner für das Dialogprogramm andere Ministerien sind, jetzt im Hinblick auf die staatliche Adressatenebene. Zum Beispiel das Bundesministerium für Wirtschaft, das für die Hermes-Bürgschaften und für die deutsche Politik bei Rohstoffabkommen zuständig ist. Und das Bundesministerium für Finanzen, das in den ganzen Fragen der Verschuldung die Federführung hat. Mir ist es auch sehr wichtig, daß das Dialogprogramm ganz klare Handlungsschritte unternimmt, um diese Ministerien, die sich eben traditionell genau der Auseinandersetzung oder der Rechenschaftslegung mit der Zivilgesellschaft bei uns entziehen, viel stärker in die Pflicht zu nehmen. Konkret am Beispiel der Konditionierung: Da muß doch kritisch gesehen werden, daß das BMZ vielleicht in kleinen Ansätzen versucht, diese menschenrechtlichen, demokratiepolitischen Aspekte jetzt bei der Vergabe der Hilfe zu berücksichtigen, daß aber dieser Ansatz doch nicht für die anderen Bereiche der deutschen Politik trägt. Das Wirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt vergeben Hermes-Bürgschaften und Rüstungshilfe an genau diese Staaten weiterhin nach ihren traditionellen Kriterien, ohne Rücksicht zu nehmen auf entsprechende Entwicklungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Also hier besteht ein klarer Handlungsbedarf für das Dialogprogramm gegenüber der deutschen Politik: darauf zu dringen, daß in allen politischen Bereichen diese Aspekte gleichmäßig berücksichtigt werden.

Dr. Karin Stahl

Ich möchte eingehen auf einige Punkte, die zur Arbeitsgruppe B genannt wurden. Das erste zur Strukturanpassung. Wir haben nicht in die Richtung diskutiert, daß man meint, man könne mit kleinen Korrekturen diese Strukturprogramme verbessern, die ja durchgeführt werden. Unsere Diskussion ging vielmehr in die Richtung zu fragen, an was soll angepaßt werden, was müßte das Ziel von Strukturanpassung sein? Wir sind zu solchen Begriffen wie Lebensqualität gekommen. Und das heißt natürlich, wenn man ein solches Programm an Lebensqualität ausrichten will, daß man sich nach sozialer und ökologischer Tragfähigkeit fragen muß. Wenn man in Dialog treten will mit internationalen Finanzinstitutionen, die ein nach Profiten ausgerichtetes internationales Finanzsystem repräsentieren, dann stellt sich die Frage, ob ein Dialog überhaupt fruchten kann in solchen Institutionen. Und ich denke, wenn man Erfahrungen gesammelt hat, daß so ein Dialog nicht fruchten kann, dann müßte sich ein Dialogprogramm auch überlegen, ob es überhaupt diesen Dialog fortsetzen kann oder in eine andere Richtung gehen muß, damit man eine gescheite Strukturanpassung hinbekommt.

Der zweite Punkt: ich möchte nochmal auf die Swaps-Diskussion eingehen. Wir haben viele Zweifel an Swaps geäußert und auch versucht klarzumachen, daß Swaps kein Instrument zur Lösung der Schuldenkrise sein können. Daß es hier manifester Schuldenreduzierungen bedarf, und daß man sehr vorsichtig mit der ganzen Frage der Legitimität von Schulden überhaupt sein muß, weil in vielen Ländern von vielen Gruppen die Legitimität überhaupt nicht anerkannt wird. Ich weiß von Lateinamerika, daß oft die Frage von ökologischer und sozialer Schuld der finanziellen Schuld gegenübergestellt wird und damit auch die Legitimität der Schulden in Frage gestellt wird. Wenn man sich auf Swaps einläßt, muß man sich natürlich bewußt sein, daß man die Schulden anerkennt, weil man im Rahmen dessen agiert. Wir haben klargelegt, daß man für sämtliche Swaps, an de-

nen man sich beteiligt, vorher genau prüfen muß, wer davon profitiert. Wenn natürlich die Banken profitieren, weil sie Schulden noch verkaufen können, die sowieso schon längst abgeschrieben sind, dann hat dieses Instrument keinen Sinn. Wenn auch Partner im Süden, die sich an irgendwelchen Sozialfonds beteiligen sollen, dies nicht wollen, hat es auch keinen Sinn. Dann kann kein Dialogprogramm sich für solche Swaps einsetzen.

Und der letzte Punkt auf die Internalisierung externer Kosten. Wir haben in der Diskussion über ökologische und soziale Strukturanpassung auch im Norden sehr klargemacht, daß wir nicht wie Unternehmer ökonomistische und technizistische Lösungsansätze verfolgen können. So ein Lösungsansatz ist nämlich diese Internalisierung von externen Kosten. Und ich denke, unsere Diskussion lief nicht darauf hin, daß wir meinen, man kann davon die Lösung der internationalen ökologischen und sozialen Krise erhoffen oder ein gerechteres Weltwirtschaftssystem herbeiführen. Wir haben es diskutiert im Zusammenhang mit sinkenden Terms of Trade als eine Möglichkeit, die sehr genau auf ihre Auswirkungen hin betrachtet werden muß. Wir haben erörtert, daß Rohstoffpreise erhöht werden können, aber natürlich kann diese Maßnahme neue Ungerechtigkeiten hervorrufen. Und dann muß man sehr genau überlegen, ob man sich dafür einsetzen kann.

Edy Korthals Altes

Die Ausführungen von Klaus Wilkens haben mich sehr beeindruckt. Dazu habe ich zwei Fragen.

Erstens: Hierbei handelt es sich um die gefährliche Entwicklung auf seiten fundamentaler islamistischer Aktivisten. Sollten wir nicht die Gefahr der Konfrontation zwischen der islamischen und der christlichen Welt, die auf uns zukommt, vermeiden? Wäre es nicht wünschenswert, in unseren europäischen Kirchen und besonders auf lokaler Ebene, die Kontakte mit den islamischen Gemeinden zu verbessern? Wir sollten versuchen, Brücken zu bauen, Ängste zu nehmen, die durch die schrecklichen Ereignisse der letzten Monate zur Zeit im Blickpunkt stehen. Unsere Aufmerksamkeit sollte auf die Gemeinsamkeiten gelenkt werden. Ich meine, es ist sehr wichtig, den Eindruck zu vermeiden, der Islam und das Christentum seien zwei sich gegenüberstehende Blöcke. Das ist nicht der Fall. Was tun die Kirchen, und dies ist mein Anliegen hier, auf lokaler Ebene, um die Kontakte zu fördern?

Meine zweite Frage hat mit der andauernden Entwicklung in der Waffenproduktion zu tun. Es ist eine Illusion zu glauben, daß wir den Waffenhandel reduzieren oder sogar kontrollieren können, wenn man sich dem Problem nicht in einem erweiterten Sinne nähert. Wir sollten uns die Waffenproduktion und besonders die Bereiche Forschung und Entwicklung ansehen. Solange die Forschung im Militärbereich und die Entwicklung von Waffen in dem Maße fortschreiten wie zur Zeit, mache ich mir keine Illusionen über die Effektivität von Restriktionen. Ich denke wirklich, daß die Kirchen sich der Problematik sehr sorgfältig annehmen und mit anderen Institutionen kooperieren sollten.

Edgar Palacios

Wir möchten auch Herrn Wilkens unsere Anerkennung aussprechen, der die Debatte unserer Arbeitsgruppe zusammengefaßt hat. Wir halten es für eine hervorragende Arbeit, möchten aber auch einige Aspekte hervorheben, die auf dieser Konsultation besonders berücksichtigt werden sollten. Sowohl in Afrika als auch in Mittelamerika spielt die zivile Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Sie ist von den kriegerischen Auseinandersetzungen stark in Mitleidenschaft gezogen worden, und es gibt eine große gesellschaftliche Zersplitterung. Für den Demokratisierungsprozeß und die Festigung des Friedensprozesses ist die Stärkung der zivilen Gesellschaft unabdingbare Voraussetzung. Mit ziviler Gesellschaft meinen wir private gesellschaftliche Kräfte, die sich auf der Grundlage eines umfassenden Konzeptes zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit organisiert haben. Zur zivilen Gesellschaft gehören auch die unternehmerischen Zusammenschlüsse, im Gegensatz zu den staatlichen Strukturen. Wenn wir aber von ziviler Gesellschaft sprechen, meinen wir genau jene gesellschaftlichen Kräfte, die auf organisierte Art und Weise für Frieden und Gerechtigkeit arbeiten. In diesem Sinne denken wir, daß die Kirche, die sich an diesen Prozessen beteiligt, von innen heraus zu einer Stärkung der Bewegungen beitragen sollte, weil nur über diesen Weg Ergebnisse erreicht werden können. Manchmal verharren wir auf der Ebene derjenigen, die Entscheidungen treffen, elitäre Positionen beziehen, und lassen die protagonistische Rolle außer acht, die den Völkern, den Bürgern, den sozialen Bewegungen und den Volksbewegungen zusteht. Deshalb wünschen wir uns, daß berücksichtigt wird, wie grundlegend eine Beteiligung der Kirche ist. Ihr Beitrag und ihre Mitarbeit sind wichtig, um diese Bewegungen zu stärken, denn darüber können wirkliche Fortschritte erreicht werden, nicht nur bei den Demokratisierungsprozessen, sondern auch in Hinblick auf das, was hier bezüglich der Wirtschaftsmodelle angesprochen wurde. Das wäre der erste Punkt.

Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, hat auch mit den Wirtschaftsmodellen zu tun, die uns in Lateinamerika und vor allen Dingen in El Salvador beeinträchtigen. Das neoliberale Modell ist für uns negativ. Aber auch wenn wir von Alternativen sprechen, gibt es gewisse Schwierigkeiten, deshalb wurde mit dem Friedensabkommen dafür gesorgt, daß mehr als 40.000 Familien, fast 50.000 Familien Zugang zu Land bekommen können. Auf diese Art und Weise werden Formen gemeinschaftlichen Landeigentums eingeführt, die im Gegensatz zu den traditionellen Formen einer kapitalistischen, privatwirtschaftlichen und individuellen Produktionsweise stehen. Diese Form des Eigentums geht häufig einher mit Gemeinschaftsunternehmen oder Genossenschaften. Das ist von großer Bedeutung, da die Unterstützung alternativer Produktionsformen wesentlich zur Stärkung der Demokratie und zur Konsolidierung des Friedensprozesses beiträgt.

Dr. Peter Nyot Kok

Ich möchte gerne, in aller Kürze, zur Rolle der Kirchen in Deutschland ergänzen, daß sie versuchen sollten, den Iran zu überreden, seine Waffenlieferungen in den Sudan zu stoppen.

In unserem Verständnis war es für die deutsche Regierung ein sensibles Problem, den Iran zu überreden, die Finanzierung von Waffen aufzugeben. Dann aber stellten wir fest, daß die Aktionen des Iran nicht einmal der iranischen Wirtschaft nutzen. Denn tatsächlich bezahlt der Iran China für Waffenlieferungen in den Sudan. Den Nutzen hat die chinesische Wirtschaft, und es erscheint allgemein als schwierig, die Chinesen zu überzeugen, weil sie argumentieren, daß sie durch diese Waffenexporte Arbeitsplätze sichern würden. Aber der Iran zahlt die Rechnung und deshalb ist es eine andere geo-politische Betrachtungsweise für den Iran, den sudanesischen Waffenaufbau zu finanzieren. Unsere Angst war, daß der Iran keine ökonomischen Interessen, sondern geopolitische Interessen verfolgte, dann würde die Betrachtung ganz anders aussehen. Es wurde auch betont, daß der Iran, soweit es den Sudan angeht, ein anderes Interesse hätte und zwar: das Uranvorkommen im Sudan. Viele sind sich dessen gar nicht bewußt, aber es ist eine Tatsache, daß es Urandepots im Kriegsgebiet gibt, und falls der Iran regionale Macht hat oder Ambitionen, diese zu bekommen, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Aufbau des Sudans nicht nur auf religiöse Interessen zurückzuführen ist, sondern auch auf die kalkulierte Absicht, ein Gebiet zu kontrollieren, das eine generelle politische Bedeutung haben kann. Ich stimme dem Problem des islamischen Fundamentalismus zu, den man nicht als einen Kreuzzug betrachten sollte. Ich bin sehr glücklich, daß der Bericht diesen Blickwinkel einfing. Ich möchte dies mit einer persönlichen Erfahrung unterstreichen. Ich war einer der Anwälte, der den verstorbenen Mahmud Mohamed Taha im Sudan verteidigte. Er war ein islamischer Denker und ein moslemischer Philosoph, der aufgehängt wurde, weil, wie man sagte, er "seinen Glauben" aufgab. Ich, als ein christlicher Anwalt, verteidigte ihn zusammen mit einem moslemischen Anwalt gegen den moslemischen Fundamentalismus, aber da es keine Gerechtigkeit gab, wurde er gehängt. Der islamische Fundamentalismus richtet sich also auch gegen Moslems. Wir sollten dies nicht vergessen.

Dr. Manfred Kulesa

Ich habe nur etwas zu referieren, was in der Gruppe B aufgekommen ist, was wir sozusagen an den Bereich C zu Protokoll geben wollen. Es wurde bei uns gesagt, wir sollten uns im Dialogprogramm dafür einsetzen, daß unsere Regierung zusammen mit anderen Regierungen gegen die US-Blockade in Cuba eintritt. Und es wurde auch gesagt, wir sollten unsere Regierung dazu bringen, aktiver zu unterstützen, daß in Haiti die demokratisch gewählte Regierung auch wirklich die Macht ausüben kann. Diese beiden Dinge haben wir nur zur Kenntnis genommen und geben sie weiter. Wir haben sie nicht näher behandelt aber der Konsens war immerhin, daß das wichtige Anliegen seien. Ob das nun Anliegen sind, die im Dialogprogramm überhaupt behandelt werden können, oder ob die Kirchen sich auf anderer Weise hier einsetzen sollen, das blieb offen.

Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen

Dr. Günter Linnenbrink

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED)

Als ich heute Nacht über diesem Abschlußbericht saß, fiel mir ein, daß ich einst in den Jahren 1955 bis 1960 ein Studium absolviert habe, das wirklich gar nichts mit dem zu tun hatte, worüber ich heute abschließend resümieren soll. Ich bin von Hause aus, wie die meisten von Ihnen vielleicht wissen, Theologe und Pastor und hatte natürlich Hebräisch, Griechisch und Latein gelernt, und wie man alt- und neutestamentliche Texte auslegt. Aber daß es so etwas gibt wie Entwicklungspolitik und dazu noch sehr differenziert, das war mir damals unbekannt. Und ich dachte heute nacht, was ist eigentlich der Grund gewesen, daß du diesen Weg gegangen bist, daß wir uns mit solchen Fragen befassen, die am Anfang meines Weges nicht da waren. Ich sage das nicht deshalb, um mich zu entschuldigen für das, was ich Ihnen jetzt präsentieren will, sondern um deutlich zu machen, daß es eine bewußte Entscheidung von mir gewesen ist, mich als Theologe diesen Fragen zu widmen - und das seit jetzt mehr als dreißig Jahren.

Nach dieser persönlichen Vorbemerkung noch eine inhaltliche. Unsere Konsultation hier hat, wie Sie wissen, eine Vorgeschichte und einen Rahmen, und beide sind wichtig zum Verständnis von Struktur, Zielsetzung und auch Ergebnis unseres jetzigen Vorhabens.

1. Zur Vorgeschichte

Das erste Dialogprogramm gleichen Namens - Bischof Schwarz hat in seinem Eingangsreferat darauf hingewiesen - hat Karl Osner damals das erste "Ökumenische Entwicklungsprojekt in der Bundesrepublik Deutschland" genannt. Es war der Versuch, deutlich zu machen, daß Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungsdienst nicht nur eine Sache außerhalb Deutschlands ist, sondern daß wir hier, Bewohner, Bürger und Bürgerinnen eines hochindustrialisierten Landes, ebenfalls so etwas wie eine Strukturanpassung in unserem Verhalten und in unserem Denken nötig haben. Und wir sind, glaube ich, nicht zu unbescheiden, wenn wir daran nochmal erinnern, daß ein Ergebnis auch dieses ersten Dialogprogramms, der entwicklungspolitische Grundsatzbeschluß des Deutschen Bundestages im Jahre 1982 gewesen ist, der einen breiten Konsens der Parteien in dieser Frage festgelegt hat und der lange gehalten hat.

Eine zweite Bemerkung zur Vorgeschichte: Die Vereinigung Deutschlands wie auch der Zerfall der mittel- und osteuropäischen, sogenannten sozialistischen Staaten ließen einen ungeahnten finanziellen und personellen Bedarf an Unterstützung zum Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher und zu sozialer Solidarität verpflichteter Gemeinwesen erkennen. Alle Schätzungen vorher, was das denn kosten würde, erwiesen sich als weit unterhalb des tatsächlichen Bedarfs. Und deswegen besteht und bestand die Gefahr, daß das entwicklungspolitische Engagement zugunsten der Länder des Südens angesichts dieser neuen und wirklich immensen Herausforderung zurückgedrängt werden könnte. Sie müssen sich einmal vorstellen, daß mehr als 20 Prozent des ganzen Bun-

deshaushalts 1993 für den Aufbau in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt wird. *Damit* nicht eine falsche Alternative in unseren Gemeinden, in unserer Bevölkerung und in unserem eigenen Bewußtsein entsteht, die Osthilfe durchzusetzen und dafür die Südhilfe langsam aber sicher auslaufen zu lassen, wollten die Kirchen ein deutliches Zeichen setzen, indem sie die Hilfsaktionen wie *Miserior, Adveniat, Brot für die Welt* wie auch ihre Bemühungen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit nicht nur unverändert fortsetzen, sondern intensivieren. Ich denke, es war ein guter Einfall, daß die Eröffnungsaktion von Brot für die Welt für dieses Jahr in Halle stattfand.

Eine letzte Vorbemerkung zur Vorgeschichte, nämlich das Stichwort "Hören auf die Partner im Süden". Beim ersten Dialogprogramm wurden Ziele und Methoden im wesentlichen durch die in der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zusammengefaßten Dienste und Werke selbst entwickelt. Die Interessen und die Wünsche unserer Partner wurden mitberücksichtigt, aber sie waren nicht selbst an der Formulierung der Positionen wirklich beteiligt. Und dieses Mal wollten wir Ziele, Struktur und Methoden eng mit den Partnern im Süden abstimmen. Wir wollten lediglich Vorschläge machen, nicht aber Vorgaben. Diese Positionsbestimmung als gemeinsame Aufgabe war das Ziel dieser Konsultation. Darum war auch relativ viel Zeit eingeplant für die Beratung in den Arbeitsgruppen. Die rege Diskussion dort und auch die sehr inhaltsreichen Berichte, die wir heute Vormittag gehört haben, zeigen, daß dieser Ansatz nicht falsch war.

2. Zum Rahmen dieser Konsultation

Es wurde an verschiedenen Stellen schon darauf hingewiesen, daß die Kirchen - und zwar beide Kirchen - in den zurückliegenden Jahren, man kann auch sagen Jahrzehnten, Grundsatzbeschlüsse und Grundsatzserklärungen abgegeben haben, die bis heute ihre Aktualität nicht verloren haben. Ich habe vor wenigen Tagen nochmal "Populorum Progressio" gelesen, die Enzyklika von Papst Paul VI. Das meiste stimmt noch. Das gleiche gilt für die Denkschrift, die die EKD 1973 formuliert hat. In der Analyse braucht man beinahe nichts zu ergänzen. Das ist nun eigentlich überhaupt nicht tröstlich, sondern zeigt, daß es auch so etwas wie "verlorene Jahrzehnten gegeben hat mit Blick auf das, was damals schon als gemeinsame Herausforderung formuliert und den Christen aller Konfessionen auf's Herz gebunden worden ist. Aber nicht nur in diese Tradition gehört unsere Konsultation, sondern auch in die Tradition, die Herr Bindemann in seinem Referat hier zu Anfang unserer Konsultation angesprochen hat, nämlich des weltweiten konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Ich denke, daß dieser Versuch, die biblische Tradition vom Gottesmandat an seine Geschöpfe, die Menschen, verantwortlich und sorgsam mit der anvertrauten Erde, den Mitlebewesen und den Arten umzugehen, erneut ins Bewußtsein der Christen und aller Menschen guten Willens zurückgerufen werden muß. Auch in diesen ökumenischen Prozeß will sich das Entwicklungsengagement der Kirchen eingeordnet wissen.

Die Nord-Süd-Herausforderung kann wirksam nur ökumenisch angepackt werden. Das heißt, die Kirchen müssen wirklich - ob sie wollen oder nicht, und ich denke sie wollen es - gemeinsam handeln, die Konfessionsgrenzen überschreiten.

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung ist seit vielen Jahren ein solches ökumenisches Unternehmen. Es ruht auf einem breiten und soliden Fundament wechselseitigen Vertrauens und gemeinsamer Ziele und Interessen. Und in den zurückliegenden Jahren hat sich die GKKE als ernst zu nehmender Gesprächspartner in unserer Gesellschaft für die Regierung, für die Parteien, für die Verbände herausgestellt, und zwar gerade deshalb, weil diese Kombination von praktischer Entwicklungszusammenarbeit, wie sie durch die Werke betrieben wird, und der entwicklungspolitischen Advocacy, wie sie sich die GKKE auf ihre Fahnen geschrieben hat, hilfreich war und das Argument überzeugend machte. Den Gesprächspartner dürfte beeindrucken, daß hier nicht eine von den vielen Organisationen auftritt, die nur etwas sagen will, sondern eine, die auch wirklich etwas tut. Ich denke, daß diese Kombination auf jeden Fall fortgesetzt und intensiviert werden sollte. Es darf keine Trennung geben zwischen den Werken und der GKKE.

Daß unsere Konsultation zu Anfang einen ökumenischen Gottesdienst gefeiert hat und mit einem Gottesdienst enden will, ist ein unübersehbares und auch so gewolltes Zeichen für die Motivation unseres Engagements. Es ist der Glaube an Gott, den Schöpfer des Himmels und der Erde, sowie an seinen Sohn Jesus Christus unseren Herrn und Erlöser, der uns in der Gewißheit des Wirkens des Heiligen Geistes zusammenführt und uns zum Dienst an den notleidenden Nächsten befähigt und ermutigt. In der Zusage Gottes von seiner Nähe und Hilfe, das möchte ich ganz persönlich bekennen, finde ich - und ich denke, das geht meinen Brüdern und Schwestern genauso - die Kraft gegen alle Resignation und auch manchmal überfallende Mutlosigkeit, nicht nur angesichts der überwältigenden Fülle der Aufgaben und Probleme, sondern auch der Tatsache, daß sie uns nun schon mehr als drei Jahrzehnte aufgetragen sind.

3. Zum Dialogprogramm

Ich komme nun zu Bemerkungen und Beobachtungen im Hinblick auf die Intentionen des Dialogprogramms und der Ziele dieser Konsultation. In den drei Bereichen: "Armutsentorientierung", "Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen" und "Frieden als Voraussetzung für Entwicklung" haben die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in dieser Konsultation diskutiert, ob die vorgeschlagenen Schritte und Maßnahmen jeweils den Herausforderungen und Nöten wirklich entsprechen. Es hat sich dabei ergeben, wenigstens ist das mein Eindruck, daß die Konzentration auf Länder wie Brasilien und Tansania, was den Bereich der armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit angeht, sinnvoll war. Ich komme gleich noch einmal auf einige Beobachtungen dabei zurück. Desgleichen hat sich der Themenkomplex "Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen" als durchaus relevant herausgestellt. Und daß die Regionen Horn von Afrika und Zentralamerika Schlüsselzonen für die Notwendigkeit friedensstiftender Maßnahmen sind, ist ebenfalls evident geworden. Dabei hat sich in allen drei Bereichen die Wichtigkeit der präzisen Kenntnisse der ökumenischen Gesprächspartner für die Formulierung der Aufgaben und der einzuleitenden Handlungsschritte erwiesen. Das gilt auch für die, wie gesagt, schon seit vielen Jahren bei uns in Deutschland geführten Diskussionen um die notwendigen Strukturpassungen hier.

Was den Gruppenbericht der Brasilien-Gruppe angeht, ist mir wichtig geworden, daß dort eine ziemlich lebhaft Kritik - sie hat sich dann auch noch in der Plenardebatte fortgesetzt - geübt worden ist an dem derzeit verfolgten Entwicklungsmodell in Brasilien, das ja auch am Beispiel von Carajás abgelesen werden kann. In einem Zusammenhang wurde sogar gesagt, nicht so sehr die Armutsorientierung soll in den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Maßnahmen gestellt werden, sondern die prinzipielle Kritik des brasilianischen Entwicklungsmodells und seiner ausgrenzenden, anti-demokratischen und die Ressourcen ausplündernden Tendenz.

Ich denke, daß der Vorschlag, daß im nächsten Jahr, nach Fertigstellung einer brasilianischen Studie über die Folgen des Projekts "Grande Carajás", ein runder Tisch organisiert werden soll, an dem die wichtigsten Akteure in diesem Projekt teilnehmen mit dem Ziel, auf Maßnahmen zu einer tragfähigen Gestaltung dieses Projektes hinzuwirken, sinnvoll ist und von uns aufmerksam gehört werden sollte. Daß das Thema "Land und Demokratie" hier ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt hat, und daß darüber auch gegenwärtig ein Dialog stattfindet zwischen brasilianischen NGO's, Kirchen und deutschen Hilfswerken, der möglicherweise in ein Hearing mit dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im nächsten Jahr einmünden kann, ist ebenfalls ein von uns sorgsam zu beachtender Hinweis, was den Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit im Demokratisierungsprozeß angeht, damit man feststellen kann, ob das eine das andere behindert oder unterstützt.

Unsere Freunde aus Tansania haben uns nachdrücklich vor Augen geführt, daß sie durchaus damit einverstanden sind, daß Strukturanpassungen in ihrem Lande erfolgen. Allerdings müssen die sozialen Konsequenzen und Implikationen nicht nur mit bedacht werden, sondern integraler Bestandteil auch der Evaluation dieses Strukturanpassungsprozesses sein.

Das hier in der Diskussion auch erwähnte "Memorandum of Understanding", das die tansanischen Kirchen und die tansanische Regierung formuliert haben und das mit den kirchlichen Hilfswerken und der Bundesregierung hier abgestimmt worden ist, halte ich für ein nicht nur brauchbares, sondern interessantes Beispiel für die Möglichkeit, einen handlungsorientierten Dialog zu führen, der beide Seiten in die Pflicht nimmt und beide Seiten voreinander rechenschaftspflichtig macht. Gerade auch mit Blick auf die Beteiligung der Bevölkerung kann ja niemand besser als die Kirchen auf diesen entscheidenden, auch im Sinne der Entwicklungsförderung entscheidenden Faktor hinweisen.

Einige wenige Beobachtungen zum Arbeitsbereich "Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen". In einer Diskussionsrunde dieser Arbeitsgruppe hörte ich, daß die Frage nach dem Sinn und Zweck von Ökonomie und ihrer ethischen Orientierung eigentlich neu gestellt werden müsse. Keiner hätte eine plausible Antwort darauf. Für mich macht das offenkundig, daß die Verabsolutierung ökonomischer Werte wie Effizienz, wirtschaftliche Rationalität und Wachstum nicht die Lösung der gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme bringt. Sie sind Instrumente, mit deren Hilfe diese Lösung versucht werden kann. Es muß ein neuer Bezugsrahmen gefunden werden, der den ursprünglichen Sinn der Ökonomie, nämlich zum Wohle des Menschen beizutragen - und zwar aller Menschen - wieder erkennbar werden läßt.

In unserem Land wird gegenwärtig nahezu in jedem ernstzunehmenden Institut die Frage der Wirtschaftsethik diskutiert. Ist das nicht eine Aufgabe, die auch von uns aufgegriffen werden muß? Nicht nur national ist über Fragen der Wirtschaftsethik zu reden, sondern sie müssen als eine globale Anfrage aufgegriffen werden, wenn wir der tatsächlichen Bedeutung von Wirtschaft in unserer Zeit gerecht werden wollen. Hier ist ein Zusammenwirken von wirtschaftswissenschaftlichem, politischem und auch theologischem Sachverstand dringend nötig. Und die Enzykliken "Sollicitudo Rei Socialis" (1991) wie auch "Laborem exercens" (1987) sind längst noch nicht ausgeschöpft in dieser Hinsicht.

Eine Bemerkung in Klammern zum Stichwort "Änderung des Lebensstils und Verhaltens im Norden". In einem unserer UNCTAD-Memoranden der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung in den 70er Jahren haben wir damals ein ganzes Kapitel dieser Frage gewidmet. Ich habe es nochmal durchgelesen. Es ist leider immer noch genauso aktuell wie vor fast zwanzig Jahren. Ob das nun ein vernichtendes Urteil über unsere entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist, mag man offenlassen; auf jeden Fall ist es ein Urteil darüber, was noch zu tun ist.

In der kritischen und auch lebhaften Debatte hier über die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank hat keiner bestritten, daß Reduktionen der ausgefertigten Haushalte und Budget-Defizite in den Entwicklungsländern erforderlich sind. Es müssen aber - und zwar uno actu - die sozialen Konsequenzen solcher Reduktionen mit bedacht und in das politische Handeln mit umgesetzt werden. Und hier zeigt sich ein erheblicher Theorie- und Handlungsbedarf. Wenn die Reduktionen lediglich die Gesichtspunkte der Wiedergewinnung internationaler Konkurrenzfähigkeit und Kreditwürdigkeit berücksichtigen, dann greifen sie zu kurz. Eine Strukturanpassung darf nicht die Bedürfnisse der Menschen in den Grundversorgungsbereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung zunächst einmal außer acht lassen. Das gleiche gilt für die ökologischen Schäden.

Ich komme jetzt zum Thema "**Frieden als Voraussetzung für Entwicklung**". Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal an "Populorum Progressio" erinnern. Entwicklung ist der neue Name für Frieden, so könnten wir es auch formulieren. Daß beides miteinander zusammenhängt, das eine das andere bedingt, das wir wissen wir. Wir haben es immer wieder gesagt und doch sind wir gegenwärtig Zeugen von mehr kriegerischen Auseinandersetzungen als noch vor zwanzig Jahren. Aber es besteht Konsens bei uns, daß die Kirchen ihre Friedensbemühungen nicht unterbrechen dürfen, sondern fortsetzen und intensivieren müssen. Das ist ein originärer kirchlicher Auftrag. Unabdingbar für ein wirksames Eintreten der Kirchen für friedliche Konfliktbewältigung ist die langfristige Perspektive solcher Bemühungen. Wir haben das heute auch in der Plenardiskussion noch einmal gehört: Es reicht nicht, wenn ein Friedensabkommen geschlossen ist, wenn nicht die Schritte der Konsolidierung und Kontrollen ebenfalls beschlossen sind und die Akteure auch identifiziert werden, die hier verantwortlich gemacht werden müssen.

Die Grundsätze und Ziele eines solchen friedensfördernden Prozesses sind dabei weitgehend die gleichen wie bei den Entwicklungsbemühungen. Die Option für die Armen ist der leitende Gesichtspunkt auch bei den friedensstiftenden Maßnahmen.

Denn nur so wird es gelingen, auch die Ursachen solcher Konflikte wirklich zu identifizieren, seien sie ethnischer, sozialer, politischer, wirtschaftlicher oder religiöser Natur. Strittig ist die Frage der Außenintervention bei Konflikten, wo die Konfliktparteien verhandlungsunwillig oder auch unfähig sind. Ich denke, daß wir hier weiterarbeiten müssen, nämlich die Bedingungen zu klären, unter denen solche Außeninterventionen um der leidenden Menschen willen nötig sind. Wir können uns nicht damit zufriedengeben zu sagen, wir verzichten auf jegliche Außenintervention. Dieser Satz ist für mein Empfinden letztlich nicht haltbar.

In der Frage der Rüstungsexporte sollen sich die Kirchen für die restriktivste Form einsetzen. Eigentlich muß Stellung gegen jede Form von Rüstung bezogen werden, denn Waffen- und Gewaltanwendung haben nur in den seltensten Fällen zu einer dauerhaften Konfliktlösung geführt. Wo wirtschaftliche und soziale Konfliktherde sind und Waffen - das haben wir ja gehört und wir wissen es auch, Waffen sind vorhanden wie Sand am Meer -I werden sie auch benutzt. Das hängt schon damit zusammen, daß für die Menschen gilt, wie es im Alten Testament heißt: Das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf. Wir verdrängen das manchmal, aber ich glaube, die biblische Weisheit über die tatsächliche Gegebenheit, die "Condition humaine", ist immer noch wahr.

Der Austausch der Erfahrungen, die kirchliche Friedensvermittlungsversuche nötig haben - wir haben von den Problemen gehört in Guatemala, in El Salvador, in Äthiopien und im Sudan - hat auch bewiesen, daß die Probleme vergleichbar sind. Deswegen sollte die Anregung sorgfältig geprüft werden, ob nicht ein Erfahrungsaustausch der in der kirchlichen Friedensarbeit im Süden engagierten Personen ermöglicht werden sollte. Der Vorschlag, einen Kongreß der Friedensstifter durchzuführen, wurde nicht aufgenommen in der Gruppe. Doch wurde deutlich, daß es hier einen Bedarf an Erfahrungsaustausch gerade bei der Vergleichbarkeit der Probleme gibt.

Schließlich war für mich nicht überraschend, aber doch befreiend, daß sich für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte hier jedermann und jede Frau eingesetzt hat. Diese Einmütigkeit und Unzweideutigkeit halte ich für bemerkenswert. Die Formulierung der Menschenrechtskonvention mag europäisch sein, die ihnen zugrundeliegenden Werte sind jedoch, davon bin ich überzeugt, universell in allen Religionen und Kulturen gültig. Dahinter dürfen wir nicht zurück. Dies befähigt uns dann auch in der notwendigen Auseinandersetzung, z.B. in der notwendigen Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus klar und unmißverständlich Position zu beziehen. Und ich stimme dem zu, was hier im Plenum heute Vormittag gesagt wird, daß auf diese Weise auch die islamischen Kräfte gestützt werden, die diese Regression des Islam nicht mitmachen möchten. Es wird in unserer Gesellschaft viel von der Notwendigkeit multikulturellen Zusammenlebens gesprochen. Ich denke, das Gespräch zwischen den Religionen, gerade an dieser Stelle, ist dringend nötig.

Die beiden Beiträge der Politiker, die hier waren, der Staatssekretär Repnik und der Abgeordnete Toetemeyer, sollten noch einmal daraufhin untersucht werden, inwieweit die von ihnen ausgesprochenen entwicklungspolitischen Grundsätze auch Ansatzpunkte für den beabsichtigten Dialog bieten. Ich meine, daß beide Politiker unmißverständlich ihre

Bereitschaft zum Dialog ausgesprochen haben. Ob sich diese Bereitschaft nur auf die entwicklungspolitischen Fragen im engeren Sinne erstreckt oder auch die Forderung der Kirchen einbezieht, wonach die Entwicklungsproblematik als eine Querschnittsaufgabe für alle in Frage kommenden Ressourcen anzusehen und zu behandeln ist, wird sich in den Gesprächen erweisen müssen. Möglicherweise ist es unumgänglich, hier die Entscheidung des Bundestages und der Bundesregierung herbeizuführen, daß es nicht bei den Lippenbekenntnissen bleibt, Entwicklungspolitik sei Querschnittsaufgabe der Bundesregierung.

Mit Blick auf den Kriterienkatalog, der von beiden Politikern vorgelegt worden ist, darf ich nochmal daran erinnern: Bei Herrn Repnik: eindeutige Option für die Armen und die Beachtung der Menschenrechte, die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit. marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialer Komponente und die Entwicklungsorientierung des staatlichen Handelns beim Partner. Bei Herrn Toetemeyer: auf Dauer tragfähiges Wachstum, wirtschaftliche Produktivität, sozial gerechte Verteilung, die Umweltverträglichkeit und die Menschenwürde. Ich denke, beide Kriterienkataloge bieten ein ausreichend breites Handlungsfeld für Gemeinsamkeit und Dialog. Dabei wird es gewiß einzelne kritische Auseinandersetzungen geben können und auch müssen, wenn es in die Bewertung der jeweiligen Ländergespräche und in die Ergebnisse geht. Aber insgesamt finde ich, ist das eine Basis für einen zweiten, breiten entwicklungspolitischen Konsens, wie er 1982 schon einmal formuliert worden ist und dann auch Bestand gehabt hat.

4. Schlußbemerkungen

Angesichts der beschränkten personellen und finanziellen Ressourcen bei unseren Partnern im Süden wie auch bei uns selbst, ist uns ja ein beinahe bedrückend großes Aufgabenfeld auf dieser Konsultation vor Augen geführt worden. Aber es hat auch niemand prinzipielle Kritik an diesem Dialogprogramm geäußert; wenigstens habe ich es nicht gehört. Das finde ich ermutigend. Wir haben jetzt also jeder unsere Hausaufgaben zu machen. Auf unserer Seite wird das heißen: Durchforstung der klassischen Aufgaben in unseren Werken und auch eine neue Prioritätensetzung im Hinblick auf das, was unbedingt weiter fortzusetzen ist und auf das, was vielleicht zugunsten der neuen, hier auch definierten Aufgaben zurückgestellt werden kann. Es wird nicht damit gehen, daß wir zusätzlich neue Stellen errichten und große finanzielle Mittel dafür bereitstellen. Dies wird, soweit ich die finanzielle und die personelle Situation übersehe, nicht gehen. Aber die Konzentration und die Durchforstung ist sicherlich auch ein heilsamer Zwang für uns selbst zu klären, was nötig ist, was jetzt noch läuft, weil es schon seit Jahren läuft, und was zugunsten neuer Aufgaben und Herausforderungen zurückgestellt werden kann. Das wird ein manchmal auch schmerzlicher Prozeß sein.

Es ist weiter nötig, die Koordination der Dialogaufgaben im Süden und im Norden zu gewährleisten. Wir haben das festgestellt bei den Diskussionsrunden über die Situation in Tansania und in Brasilien wie auch bei den Gesprächen über die Situation in Guatemala, in El Salvador, Äthiopien und im Sudan.

Ich darf hier abschließend eine Bemerkung einflechten, die vielleicht den einen oder die andere merkwürdig berühren wird. Ich habe den Eindruck, wer in diesem Bereich der Armutsbekämpfung, der Friedensstiftung und der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ihrer Konsequenzen für die Menschen tätig ist, der wird sich ja gewiß nicht selten auch fragen, woran liegt das eigentlich, daß trotz des so oft bekundeten guten Willens so viel Unheil weiterhin geschieht. Und ich möchte hier sagen, die Sünde der Menschen ist keine christliche Diffamierung der menschlichen Möglichkeiten; sie ist eine bittere, eine notvolle Realität. Wieviel Habgier, wieviel unkontrollierte Machtausübung, wieviel Korruption, wieviel Heuchelei ist uns schon begegnet. Aber das läßt uns nicht mutlos werden, denn unsere Kraftquelle liegt woanders. Ich kann hier nur für mich persönlich sprechen. Sie liegt in der Gewißheit der Nähe des Heiligen Geistes und in der ökumenischen Gemeinschaft, in eben diesem Geist, den ich jahrzehntelang erfahren habe.

Als wir in unserem ökumenischen Gottesdienst zu Beginn die Seligpreisungen unseres Herrn gehört haben und die mich wirklich sehr bewegende Auslegung von Bischof Held, dachte ich, die Seligpreisungen gelten uns in gleicher Weise wie den Hörern damals. Brauchen wir eigentlich mehr als den Segen dieses, unseres gemeinsamen Herren? Reicht der nicht aus, das zu tun, was uns aufgetragen ist?

Ich danke Ihnen.

Voten aus dem Süden

Bischof Rodolfo Quezada Torufo

Ganz kurz: Ich möchte Ihnen eine sehr persönliche Erfahrung mitteilen. Für mich wird diese Zusammenkunft immer ein unvergeßliches Erlebnis bleiben. Nachdem ich lange Zeit in meinem Vaterland verbracht habe, war es mir hier erneut möglich, die Universalität des Glaubens zu erfahren. Ich denke, diese Art des Dialogs sollte fortgesetzt werden. Hier wurde viel darüber gesprochen, daß ich der Versöhner und Vermittler zwischen Guerilla und Regierung sei. Tatsächlich bin ich Mitglied der Nationalen Versöhnungskommission Guatemalas, die von acht Personen gebildet wird: zwei katholischen Bischöfen und zwei sogenannten "ehrbaren Bürger", also angesehenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, einer von ihnen ist der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Guatemalas, weiterhin zwei Vertretern der politischen Parteien und zwei Regierungsvertretern. Der einzige Ort, an dem in Guatemala in gewisser Weise Ökumene gelebt wird, ist eben diese Nationale Versöhnungskommission. Ihr verdanken wir es, daß wir gemeinsame Gottesdienste feiern können, gemeinsame Gebete für den Frieden sprechen und eine gemeinsame Arbeit für den Frieden leisten können. Und all dies hat es uns ermöglicht, unsere Verantwortung als Christen oder auch als Juden bei der Schaffung des Friedens besser zu begreifen. So denke ich erstens, daß diese Art von Dialog und Zusammenkünften sehr notwendig ist. Als zweites hoffe ich, daß es einmal ein Treffen der Vermittler geben werde, denn das würde unsere Arbeit sehr erleichtern. Drittens möchte ich besonders unterstreichen, daß für uns Frieden nicht nur das Ende bewaffneter Auseinandersetzungen bedeutet, sondern darüber hinaus politische Übereinkünfte mit einschließt, durch die die Ursachen beseitigt werden können, die dem Konflikt zugrundeliegen. Die praktische Umsetzung dieser Übereinkünfte sollte wiederum zur Konsolidierung des Friedens führen. Und ich denke, daß die ökumenische Konsultation die moralische Verpflichtung hat, uns die Hilfe zu geben, die wir als Kirchen in El Salvador und Guatemala brauchen. Damit würde zweifellos Druck auf die wirtschaftlichen und militärischen Machtgruppen ausgeübt werden. Es wäre darüber hinaus ein Beitrag zur Erlangung des Friedens in unseren Ländern auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Solidarität. Noch einmal herzlichen Dank an alle. Glauben Sie mir, es ist eine unvergeßliche Erfahrung für mich. Hoffentlich treffen wir uns bald wieder!

Bischof Amon Mwakisunga

Ich möchte mich herzlich für die Einladung bedanken. Für mich ist es das erste Mal, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen. Das hat einen großen Lerneffekt. Ich würde mir wünschen, mehr tansanische Bischöfe hätten die Gelegenheit dazu. Ich habe viele Anregungen erhalten und werde einige Sachen nun anders angehen, als ich dies zuvor getan habe. Wir haben hier viel über den Dialog mit der deutschen Regierung gesprochen. Für ein solches Vorhaben möchte ich im Namen der tansanischen Delegation Dank aussprechen. Der Dialog, der auch in Tansania begonnen hat, bringt die Kirche hier und in Tansania zusammen. Wir reden jetzt in einer Sprache. Im Dialog werden wir

gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten kämpfen. Ich hoffe und bete, daß diese neue Form der Zusammenarbeit weitergeht.

Zuerst haben wir begonnen, mit unserer Regierung zu reden, damit sie uns im Kampf gegen die Armut unterstützt. Aber die Kirchen können mehr tun, als Dialoge zu führen. Ich selbst komme aus Mbeya. Dort gibt es viele junge Menschen und viele arme Menschen. Die Kirchen müssen mit Dialogen fortfahren. Aber sie müssen ihre spezifische Aufgabe und Chance im Auge halten. In den Kirchen wird gepredigt. Unsere Chance ist, die Mentalität der Menschen zu ändern, um gegen die Armut kämpfen zu können. Meine Sorge ist, daß es sehr lange dauern wird, das, was wir hier beschließen, zu implementieren.

Was ich zum Ausdruck bringen wollte ist, daß die Kirchen die Einstellungen der Menschen ändern können, indem sie sich auf die Bibel beziehen. Das mag sich naiv anhören, es ist aber einfach. Ich versuche das in meiner Diözese. Wir sagen so allgemein, daß Tansania ein armes Land sei. Aber in meiner Stadt gibt es Menschen, die Millionäre sind. Was kann ich also tun? Ich muß das Denken dieser Leute ändern, damit sie den Armen helfen und diese achten. Wenn es uns gelingt, an der "grassroot" das Denken zu ändern, dann wird es uns auch bei den Verantwortlichen in der Regierung gelingen, denn diese kommen auch in unsere Kirchen.

Zusammengefaßt:

Wir müssen versuchen, das Denken zu ändern, um Solidarität zu erreichen.

Pastor Ervino Schmidt

Schwestern und Brüder, als wir eingeladen wurden, an dieser Konferenz teilzunehmen, erhielten wir ein Programm und einige Hinweise auf die Ziele dieser Konferenz und des Dialogprogramms. Darin hieß es unter anderem, daß es um eine intensive Beschäftigung mit strukturellen Fragen der Entwicklungspolitik, der Nord-Süd-Politik, der Weltwirtschaft und der Friedenssicherung gehen sollte. Nun gut, das alles war etwas abstrakt, aber inzwischen hat es Gestalt angenommen. Es hat in diesen Tagen Gestalt angenommen, in denen wir Diskussionen geführt haben, die zum Teil recht hitzig waren. In dieser Zeit kam immer deutlicher zum Vorschein, was dieses Dialogprogramm bedeutet. Und in diesem Sinne wollen wir uns für die brüderliche Atmosphäre bedanken, in der es möglich war, diesen Dialog zu führen.

Ich denke, daß ich im Namen aller meiner Kollegen aus Brasilien spreche, wenn ich sage, daß wir uns gut aufgehoben gefühlt haben mit unseren Erwartungen und unseren Sorgen. Es war wirklich ein Dialog zwischen Brüdern. Und in genau diesem Sinne möchte ich auch den ökumenischen Charakter hervorheben, sind doch die beiden großen Kirchen - die evangelische und die katholische - hier anwesend. Wir vertreten hier den CONIC (Nationaler Rat der Christlichen Kirchen Brasiliens), dem auch die katholische Kirche angehört. Dies ist ein fast einmaliger Fall.

Zugleich vertreten wir hier die CESE (dieselben Kirchen, die im CONIC sind, sind auch in der CESE). Wir arbeiten in Brasilien zusammen und wollen noch einmal dafür danken, daß wir an diesem so entscheidenden Ereignis, das so wichtig für unsere Völker ist, teilnehmen durften. In diesen Tagen, genauer seit gestern, begleitet mich ein Vers aus der Bibel, den ich gerne allen Teilnehmern mitteilen möchte. Er stammt aus Daniel 12 und lautet: "Da werden die Einsichtigen leuchten wie der Glanz des Firmaments, und die, welche viele zur Gerechtigkeit geführt, leuchten wie die Sterne in alle Ewigkeit." Wie Sterne werden alle Schwestern und Brüder leuchten, denn sie machen genau dieses: Sie tragen dazu bei, daß Menschen in Gerechtigkeit leben können. Mögen wir alle von hier gestärkt in der Hoffnung fortgehen, im Namen des Herrn. Danke.

Christa Held

Zunächst möchte ich mich im Namen der Gruppe des Lutherischen Weltbundes bedanken. Es war ein Privileg, daß wir an diesem Ereignis teilnehmen konnten, das sehr fruchtbar war. Zudem bin ich äußerst beeindruckt von der Zusammenfassung Dr. Linnenbrinks.

Bei allen weiterführenden Vorschlägen vermißte ich während der gesamten Konsultation einen Punkt. Vielleicht ist dies auf die Zusammensetzung der Teilnehmer zurückzuführen. Ich bin der Meinung, wir haben einen der am häufigsten vernachlässigten Teile der gesamten Bevölkerung vergessen. Ich mußte immer an die Flüchtlingslager in Somalia oder die vergewaltigten Frauen in Bosnien oder die Frauen in den Slums Brasiliens oder Tansanias denken, die nicht wissen, wie sie den Lebensunterhalt bestreiten sollen. Und meine Bitte ist nur, dies einzubeziehen, da wir so oft schon gehört haben, daß eine Ursache für Fehlentwicklungen darin begründet liegt, daß Frauen als Planerinnen, Entscheidungsträgerinnen und als Hauptnutznießerinnen von Entwicklungsprozessen ausgeschlossen werden. Falls es Gerechtigkeit gibt, so darf man die Gleichheit der Geschlechter nicht vergessen und deshalb bitte ich das Dialogprogramm, hört auf die Frauen und schließt sie mit ein.

Nun mein zweiter Punkt. Ich meine, es wurde ziemlich deutlich, daß wir uns alle wegen unseres Lebensstils im Norden schämen müssen und es wurde viel an uns appelliert, dies zu ändern. Aber ich denke, wir sind manchmal nicht in der Lage, zu erkennen, daß dies eine wundervolle Gelegenheit für uns wäre. Es ist ja nicht so, daß wir etwas aufgeben müssen, das uns in Not brächte. Ich denke, die meisten von uns, ich sage nicht alle, haben soviel, daß sie eine Menge aufgeben könnten, ohne zu leiden. Vielleicht füllen wir unser Leben mit Konsum und Materialismus, um einen Ausgleich zu finden für etwas, daß Ihr im Süden habt: mehr Menschlichkeit, mehr Wärme, mehr Gemeinsinn, mehr Freundschaft. Ich denke, wir sollten diesen anderen Lebensstil als eine Herausforderung betrachten, als eine Befreiung, als etwas, das uns in eine andere Lebensqualität führen könnte.

Reverend Benjamin Witbooi

In den letzten Tagen habe ich mich manchmal gefragt, was ich als Südafrikaner hier tue. Aber die Konsultation war sehr informativ und es gab genügend Hinweise auf die Tatsache, daß Südafrika beides ist: Nord und Süd. Mein Anzug stellt den Norden, meine Ketten den Süden dar. Im Ringen um die südafrikanische Gesellschaft wußten wir die ganze Zeit, wofür wir kämpften. Aber in der gegenwärtigen Situation unserer Geschichte fangen wir an uns zu fragen, wofür wir kämpfen.

Der hier begonnene Dialog zwischen Nord und Süd liefert einen ausgezeichneten Einstieg für die Debatte in Südafrika. Einer Debatte über die Neuverteilung der ökonomischen und politischen Macht. Strukturelle Anpassungsprogramme, Schulden- und Wirtschaftsfragen waren keine Angelegenheiten der schwarzen Südafrikaner, da sie keinen Zugang zur Macht und zur Kontrolle der Wirtschaftskräfte hatten. Aber in der jetzigen Phase der Befreiung müssen die Probleme, die die weiße Regierung nicht nur intern sondern auch international herbeigeführt hat, durch eine zukünftige demokratische Regierung gelöst werden. Die Debatte, die hier begonnen hat und das zur Verfügung gestellte Material werden nützliche Informationen sein, um ein Gespräch in Südafrika zu beginnen. Die Kirche in Südafrika spielte eine aktive Rolle im Befreiungskampf und sie muß fortfahren, theologische Reflektionen über Themen, die in Beziehung zur ökonomischen, politischen und sozialen Rekonstruktion stehen, anzustellen. Der Süd-Süd-Dialog und der Nord-Süd-Dialog werden uns weiterhin hilfreich sein bei unseren Versuchen, einen strukturellen Wandel in Südafrika herbeizuführen. Ich möchte deshalb den Veranstaltern sowie den lateinamerikanischen und afrikanischen Teilnehmern für die Gelegenheit danken, an einem Prozeß beteiligt zu sein, der die Kirchen darin unterstützen könnte, ihre Mission in der Welt zu erfüllen.

Botschafter Edv Korthals Altes

Als erstes möchte ich mich für die Einladung und für die gute Organisation bedanken. Herr Vorsitzender, Sie bewiesen ein Geschick, das die Italiener "L'arte delle combinazione" nennen. Sie besitzen die wichtige Gabe, Verbindungen herzustellen. Hier trafen sich in einer friedlichen Atmosphäre: Bischöfe, Laien, Nord, Süd, hartgesottene Diplomaten, sanfte Idealisten. Herr Vorsitzender, Ihnen gelang es, uns an einem Ort willkommen zu heißen, den ich meiner Frau eigentlich verschweigen müßte: einer Diskothek. Aber es war eine Diskothek, in der klassische Musik gespielt wurde. Sie verbanden jung und alt. Herr Vorsitzender, ich bin nicht nur als ein Vertreter aus dem Norden hier, als Ko-Präsident von EECOD, sondern auch als ein Nachbar aus den Niederlanden. Und ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar, daß sie meine Teilnahme an dieser sehr lebendigen Konsultation ermöglichten.

Nun, die Berichte, die wir hörten, waren sehr positiv, sehr interessant und es wurden viele konkrete Schritte vorgeschlagen. Die große Frage, die mich bewegt, lautet: Was geschieht von nun an? So daß wir uns in 20 Jahren nicht an demselben Platz wiederfinden werden, um zu sagen: Vor 20 Jahren diskutierten wir dies und das, wir beschäftigten uns mit unserem Lebensstil und mit den verschiedenen Möglichkeiten einer Restrukturie-

rung unserer Gesellschaft und wir entwickelten ein wunderbares Programm, trotz allem, die Lage ist sogar schlechter als 1992. Ich habe mich in den letzten Jahren gefragt: Was ist eigentlich schiefgelaufen? Ich denke, der tansanische Bischof hat den wunden Punkt gefunden: Was wir in unserer Gesellschaft brauchen, ist eine völlige Umkehr. Wir müssen ernst nehmen, was wir predigen und was wir in ausgezeichneten Seminaren, wie diesem, hören. Wir müssen wirklich ernst nehmen, was es heißt, Teil der göttlichen Schöpfung und ihrer Gaben zu sein, wir dürfen nicht in dieser unglaublichen und unverantwortlichen Art und Weise, wie wir es jetzt tun, mit ihr herumspielen. Wir haben nicht das Recht dazu. Jesus Christus schaut auf uns und stellt uns eine sehr direkte Frage: Und ihr - was habt ihr an diesem entscheidenden Augenblick mit eurem Wissen und mit euren Möglichkeiten getan? Herr Vorsitzender, ich denke, wir sollten Vertrauen in den Heiligen Geist setzen, der den Menschen nicht nur inspiriert. Er könnte auch ein Feuer entfachen. Ich suche diese Feuer in unseren Kirchen im Norden. Wir meinen, daß die wichtige Arbeit, die sie hier durchführen, sobald wie möglich voll in die Kirchen integriert werden sollte. In konkreten Worten heißt das, daß die "Kirchenfürsten" mit einer klaren Strategie an die Bevölkerung herantreten sollten: Wir treten für einen radikalen Wandel ein. Wir sind überzeugt, daß wir einen anderen Weg gehen müssen. Unser Lebensstil ist nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Diese Strategie sollte mit dem Dialogprogramm verbunden werden, das den Kirchen erlaubt, den Verantwortlichen zu sagen: Wir würden gerne mit Ihnen diskutieren, wie wir den großen Wandel in unserem Lebensstil, in unserem Produktionssystem, in unserem ökonomischen System realisieren können. Wir sollten uns aber keine Illusionen machen, es wird ein äußerst komplexer Prozeß werden.

Wir kennen die ökonomische Krise in den nördlichen Ländern. Sie kennen die Angst vieler Politiker vor der negativen Reaktion der Öffentlichkeit, wenn sich diese für einige der Dinge einsetzen, die wir fordern. Manchmal erinnert mich das an ein Spiel in der Diplomatie, das "Protokoll" heißt, und es ist ein "combat de gönörosité". Politiker sagen den Kirchen: Bitte übernehmt die Führung und sagt den Menschen, wie die Dinge liegen und bereitet die öffentliche Meinung darauf vor, daß wir uns ändern müssen. Die Kirchenführer erwidern: Nun, das ist ein schlechtes Geschäft, da wir eine schwindende Mitgliederzahl haben und uns das Risiko zu groß ist. Überlaßt den Politikern die Initiative. Auf diese Weise werden wir nie einen Fortschritt machen.

Wie denken Sie darüber? Meine Beobachtungen basieren auf einer kürzlich stattgefundenen Konsultation mit den höheren Politikern aus einem der EG-Mitgliedsländer. Ein Verantwortlicher der Kirche wollte wissen, ob nicht die Möglichkeit bestünde, daß die Politiker die Führung übernehmen könnten, da sie es seien, die wissen, um was es geht. Nun, die Antwort auf diese Frage blieb aus, aber privat sagt man mir oft, daß es wichtig wäre, daß die Kirchen den Ton angeben, und was bedeutet das? Es bedeutet, daß in sämtlichen europäischen Ländern nicht gesagt werden kann: Nun, laßt uns warten bis die USA oder Japan in Aktion treten.

Wir und die europäischen Länder sollten in allen Kirchen in Aktion treten, auf der Grundlage einer klaren Aussage, was wir zu tun beabsichtigen, für was wir eintreten wollen, und was der Grund dafür ist, daß wir einen so langen Weg auf der sogenannten "hori-

zontalen Linie der Wirklichkeit“ gegangen sind und gegenüber der vertikalen Linie nur Lippenbekenntnisse gemacht haben, wie Dr. Linnenbrink so zutreffend herausgestellt hat.

Herr Vorsitzender, mein letzter Vorschlag lautet: Falls die Kirchen sagen: Wir müssen uns ändern und wir werden uns ändern, dann meint dies auch, daß ein konziliarer Fortschritt nicht von vornherein ausgeschlossen werden sollte, sondern daß auf eine erste Phase eine zweite folgen muß, mit einer noch größeren spirituellen Komponente als in der ersten. Zweitens muß eine klare Bereitschaft für ein Dialogprogramm bestehen. Auch dafür, daß wir jeden einzelnen Schritt und den Inhalt eines solchen Programms, das einige Jahre dauern wird, sorgfältig betrachten. Dies sollte auf europäischer Ebene geschehen. Meine nun wirklich letzte Beobachtung ist, daß es von großer Bedeutung ist, die Mitgliedskirchen der Europäischen Gemeinschaft sowie die europäischen Institutionen in Brüssel, die unglücklicherweise nicht sehr gut strukturiert sind, zu informieren. Ich würde allen hier anwesenden Kirchenvertretern dafür danken, einen genauen Blick auf die Art und Weise zu werfen, in welcher wir uns als Christen in diesem Moment organisiert haben. Es könnte viel mehr Kooperation und Koordination geben.

Schlußwort

Prälat Paul Bocklet

Ko-Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Lassen Sie mich abschließend noch einmal ein kurzes Wort des Dankes sagen. Dieser Dank gilt zunächst einmal allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Süden, aus Tansania und Brasilien, aus Äthiopien, dem Sudan und Kenia, aus Guatemala, El Salvador, von den Philippinen, aus Indonesien und Südafrika, die den langen Weg zu uns auf sich genommen haben, aber auch denen, die aus den europäischen Ländern zu uns gekommen sind. Wir danken Ihnen allen für Ihre Beiträge und kritischen Anregungen, für das was wir von Ihnen lernen durften. Wir sind ein Stück mit Ihnen zusammengewachsen.

Das Wort Ökumene ist sehr oft in unseren Gesprächen genannt worden und ich möchte es jetzt noch einmal erwähnen. Das, was wir hier in den letzten Tagen miteinander gelebt haben, war Ausdruck von Ökumene, und es bedeutet für uns alle, einen gemeinsamen Weg zu gehen und das Trennende zu überwinden.

Aber lassen Sie mich in meinem Dank fortfahren. Er gilt den Referenten und den Arbeitskreisleitern ebenso wie Herrn Dr. Bindemann von der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, Herrn Bischof Dr. Held vom Kirchenamt der EKD und Herrn Dr. Linnenbrink, der uns heute die Zusammenfassung und Schlußbetrachtung geschenkt hat, dem Präsidenten von Justitia et Pax, unserem Weihbischof Schwarz, Herrn Repnik, dem Parlamentarischen Staatssekretär aus dem Entwicklungsministerium und dem Abgeordneten der SPD-Fraktion Herrn Toetemeyer. Ihnen allen danken wir für ihre interessanten und anregenden Beiträge und Referate. Und wir wollen in diesem Zusammenhang nicht die Damen und Herren vergessen, die die Vorträge und Diskussionen übersetzt haben. Sie haben durch ihre Tätigkeit dazu beigetragen, zwischen den Menschen unterschiedlicher Sprachen und Kulturen eine Brücke zu bauen. Hierfür bedanken wir uns ebenso wie für die Arbeit der Techniker, die hier für einen reibungslosen Ablauf gesorgt haben. Besonderer Dank gilt natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle der GKKE, für die diese Konsultation ihr erstes großes Aufgabenfeld war, das sie miteinander ökumenisch bewältigen mußten. Sie haben es hervorragend gemacht. Unser Dank gilt den Sekretärinnen Frau Herkrath, Frau Dhers-Nauber und Frau Meyer-Düllmann sowie den beiden Geschäftsführern Herrn Dr. Kulesa und Herrn Ney-er, der Referentin Frau Molkentin und dem Referenten Herrn Nirschl. Für ihre gemeinsame Arbeit herzlichen Dank.

Schließlich möchte ich noch all denen danken, die hier im Gustav-Stresemann-Institut, in diesem schönen und gastfreundlichen Hause, die stillen Dienste geleistet und auch für unser leibliches Wohl gesorgt haben. Sie haben viel dazu beigetragen, daß eine Atmosphäre der Geborgenheit entstehen konnte.

Ich bin damit am Schluß, und es bleibt mir nur noch festzustellen, daß wir auf einem guten Weg sind. Laßt uns auf diesem Wege beieinander bleiben. Laßt uns in ökumenischem Geist nach vorn schauen auf das, was wir gemeinsam haben, und auf das, was wir gemeinsam bewegen können. Und wir wollen anschließend im Gottesdienst unserem Herrn danken. Er ist in diesen Tagen bei uns gewesen.

Teilnehmer und Teilnehmerinnen

Referenten

Dr. Walther Bindemann
Evangelische Akademie
Berlin-Brandenburg

Prälat Paul Bocklet
Ko-Vorsitzender der GKKE
Kommissariat der Deutschen Bischöfe
Katholisches Büro, Bonn

Bischof Dr. Heinz Joachim Held
Kirchenamt der EKD
Hannover

Dr. Günter Linnenbrink
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED)
Ko-Vorsitzender des Leitungskreises
für das GKKE-Dialogprogramm
Hannover

Hans-Peter Repnik MdB
Parlamentarischer Staatssekretär Bundes-
ministerium für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung
Bonn

Weihbischof Leo Schwarz
Vorsitzender der Deutschen Kommission
Justitia et Pax
Trier

Hans-Günther Toetemeyer MdB
Stellvertretender Entwicklungspolitischer
Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen
Bundestag
Bonn

Themenbereich A: Armutsorientierung der Entwicklungspolitik

A 1: Brasilien

José Heder Benatti
Grupo de Trabalho da Amazonia
Sociedade Paraense de Defesa
dos Direitos Humanos (SDDH)
Belém/Pará - Brasilien

Sr Jorge Eduardo Saavedra Durao
Federação de Orgãos Para Assistência
Social e Educacional (FASE)
Rio de Janeiro, Brasilien

Dr. Candido Grzybowski
Instituto Brasileiro de Análises Sociais
e Econômicas (IBASE)
Rio de Janeiro, Brasilien

Pfarrer Meinhard Piske
Igreja Evangélica de Confissão Luterana
no Brasil
Porto Alegre - Brasilien

Ivo Poletto
Comissao Pastoral da Terra Goiania,
Goiás - Brasilien

Pastor Ervino Schmidt
Conselho Nacional das Igrejas Cristas
do Brasil (CONIC)
Porto Alegre/Rio Grande do Sul
Brasilien

Silvio Schneider
The Lutheran World Federation
Department of World Service
Genf / Schweiz

Enilson Rocha Souza
Exekutiv-Sekretär Coordenadoria Ecumö-
nica de Serviço (CESE)
Salvador/Bahia - Brasilien

Deutsche Teilnehmer:

Jutta Barth
Evangelische Zentralstelle
für Entwicklungshilfe (EZE)
Bonn

Dr. Hartmut Bauer
Evangelische Zentralstelle
für Entwicklungshilfe (EZE)
Bonn

Godfried Deelen
Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
Aachen

Pater Dr. Osmar Gogolok OFM
Institut für Brasilienkunde
Mettingen

Dr. Horst Goldstein
Missionszentrale der Franziskaner
Regionalstelle Berlin
Berlin

Paul Hell
Vorsitzender der
GKKE-Fachgruppe Brasilien
Evangelische Akademie Bad Boll
Bad Boll

Hans Nirschl
Gemeinsame Konferenz Kirche
und Entwicklung - Dialogprogramm
Bonn

Karl Osner
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Ko-Vorsitzender des Leitungskreises
für das GKKE-Dialogprogramm
Bonn

Dr. Jürgen Stahn
Brot für die Welt
Stuttgart

OKR Wilfried Steen
Kirchenamt der EKD
Hannover

Luciano Wolff
Evangelische Zentralstelle
für Entwicklungshilfe (EZE)
Bonn

**Themenbereich A:
Armutsorientierung
der Entwicklungspolitik****A 2: Tansania**

Carol Birkland
The Lutheran World Federation
Genf / Schweiz

Father Method Kilaini
Tanzania Episcopal Conference
Dar Es Salaam, Tanzania

Dr. Donatus Komba
University of Dar Es Salaam
Tanzania

Bishop Amon Mwakisunga
Evangelical Lutheran Church of Tanzania -
ELCT
Mbeya, Tanzania

Nikubuka Nicky Philemon Shimwela
Parastatal Reform Commission
Dar Es Salaam, Tanzania

Deutsche Teilnehmer

Pfarrer Horst Becker
Neuendettelsau

Prof. Dr. Gerhard Grohs
Vorsitzender
der GKKE-Fachgruppe Tansania
Mainz

Eberhard Hitzler
Evangelische Zentralstelle für Entwick-
lungshilfe (EZE)
Bonn

Dr. Rolf Hofmeier
Institut für Afrika-Kunde
Hamburg

Harry Neyer
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Gemeinsame Konferenz Kirche und
Entwicklung - Katholische Geschäftsstelle
Bonn

Jürgen Nikolai
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Aachen

Paul-Gerhardt Rösch
Universität Bayreuth
Bayreuth

Claudia Warning
Deutsche Kommission Justitia et Pax,
Bonn

**Themenbereich B:
Weltwirtschaftliche
Rahmenbedingungen**

Christa Held
The Lutheran World Federation
Genf / Schweiz

Botschafter Edy Korthals Altes
European Ecumenical Organization
for Development (EECOD)
Brüssel, Belgien

Mosi Kisare
All African Conference of Churches
(AACC)
Nairobi, Kenia

Dr. Ngo Liem
Centre for the Development of
Human Resources in Rural Asia
(CENDHRA)
Manila / Philippinen

Rev. Benjamin Witbooi
South African Council of Churches
(SACC)
Salt River / Süd Afrika

Deutsche Teilnehmer:

Dr. Paul Becher
Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Bonn

Thomas Fues
Bad Münstereifel

Dr. Manfred Kulesa
Gemeinsame Konferenz Kirche
und Entwicklung
Evangelische Geschäftsstelle
Bonn

Dr. Karl W. Menck
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung
Hamburg

Dr. Johannes Müller SJ
Institut für Gesellschaftspolitik
an der Hochschule für Philosophie
München

Dr. Karin Stahl
Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher
Entwicklungsdienst (AGKED)
Stuttgart

**Themenbereich C:
Frieden als
Voraussetzung für Entwicklung**

Professor Hizkias Assefa
Nairobi Peace Initiative
Nairobi, Kenia

Abba Kidane Mariam Ghebray
Ethiopian Catholic Secretariat
Addis Abeba, Äthiopien

Rt. Rev. Woldetinsae Ghebregiorgis
Apostolic Vicariate of Harar
Harar, Äthiopien

Edgar Gutierrez
Fundación Myrna-Mack
Ciudad de Guatemala / Guatemala

Bethuel Kiplagat
CAMAC (K) Limited International House
Nairobi, Kenia

Dr. Peter Nyot Kok
Max-Planck-Institut für ausländisches und
internationales Privatrecht
Hamburg

Veronika Büttner
Stiftung Wissenschaft und Politik
Ebenhausen

Rev. Luis Serrano Lorente
Iglesia Episcopal de El San Salvador
El Salvador / Salvador

Manfred Drewes
Informationsstelle Horn von Afrika
Bonn

Bona Malwal
Oxford / England

Klaus Ebeling
Institut für Theologie und Frieden
Barsbüttel

Msgr. Diarmuid Martin
Päpstlicher Rat
Justitia et Pax
Vatikanstadt / Italien

Dr. Wolfgang Heinrich
Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher
Entwicklungsdienst (AGKED)
Stuttgart

Rev. Edgar Palacios
Iglesia Bautista Shalom
San Salvador / El Salvador

Andrea Koch
Kirchenamt der EKD
Hannover
Dr. Klaus Lefringhausen
Mettmann

Rev. Vitalino Similox
Conferencias de Iglesias Evangelicas de
Guatemala
Ciudad de Guatemala / Guatemala

OKR Reinhold Mauritz
Kirchenamt der EKD
Hannover

Bischof Rodolfo Quezada Toruño
Bischof von Zacapa und Santo Christo
de Esquipulas
Ciudad de Guatemala / Guatemala

Gudrun Molquentin
Gemeinsame Konferenz Kirche
und Entwicklung
Dialogprogramm
Bonn

Deutsche Teilnehmer:

Msgr. Jakob Aigner
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Bonn

OKR Klaus Wilkens
Kirchenamt der EKD
Hannover

Prof. Dr. Lothar Brock
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Vorsitzender der
GKKE-Fachgruppe Frieden
Frankfurt

Weitere Teilnehmer:

Prälat Norbert Herkenrath
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Aachen

Dr. Reinhard Hermle
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Aachen

Dr. Friedrich Kronenberg
Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Bonn

Rainer Lingscheid
Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher
Entwicklungsdienst (AGKED)
Stuttgart

Ullrich Post
Dienste in Übersee
Hamburg

Manfred Sollich
Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe e.V. (AGEH)
Köln

**Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
der Geschäftsstelle der GKKE**

Anne-Marie Dhers-Nauber
Sekretariat

Charlotte Herkrath
Sekretariat

Dr. Manfred Kulesa
Geschäftsführung

Georgina Meyer-Düllmann
Sekretariat

Gudrun Molкетин
Referentin

Harry Neyer
Geschäftsführung

Hans Nirschl
Referent